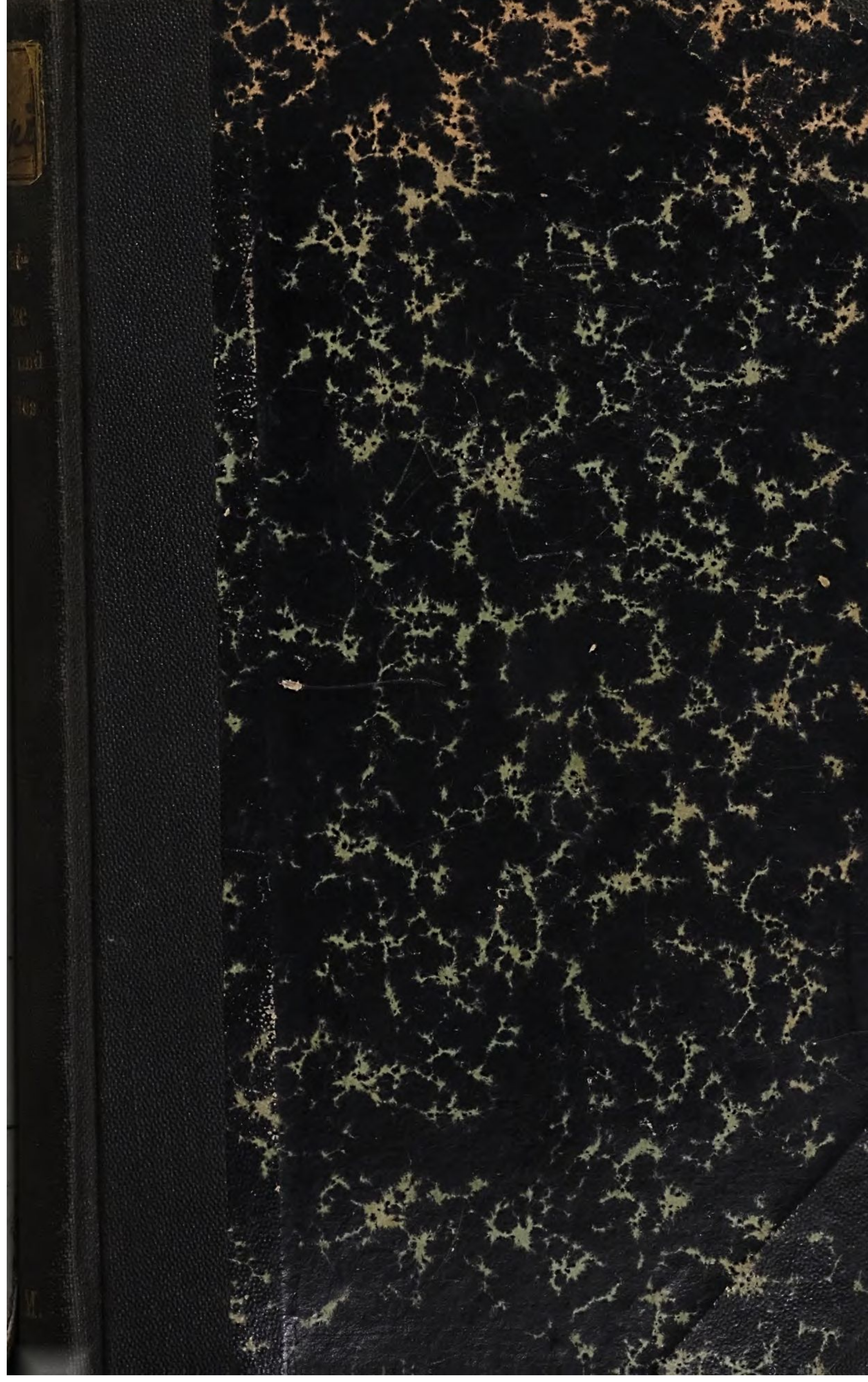




Techn.

Patentgesetz.

163 spi



Sämmtliche
Patentgesetze des In- u. Auslandes
in
ihren wichtigsten Bestimmungen.

Für den praktischen Gebrauch
übersichtlich zusammengestellt.

Nebst
den vollständigen neuen deutschen Patent- und
Gebrauchsmuster-Gesetzen, dem Internationalen
Vertrage zum Schutze des gewerblichen Eigenthums,
dem Vertrage der südamerikanischen Staaten, dem
Klassenverzeichnifs des deutschen Patentamtes,
sowie
einem Verzeichnifs der Behörden, Vereine u. s. w., welche
die deutschen Patentschriften auslegen.

Unter Mitwirkung der Redaction des Ingenieur-Kalenders von

W. H. Uhland

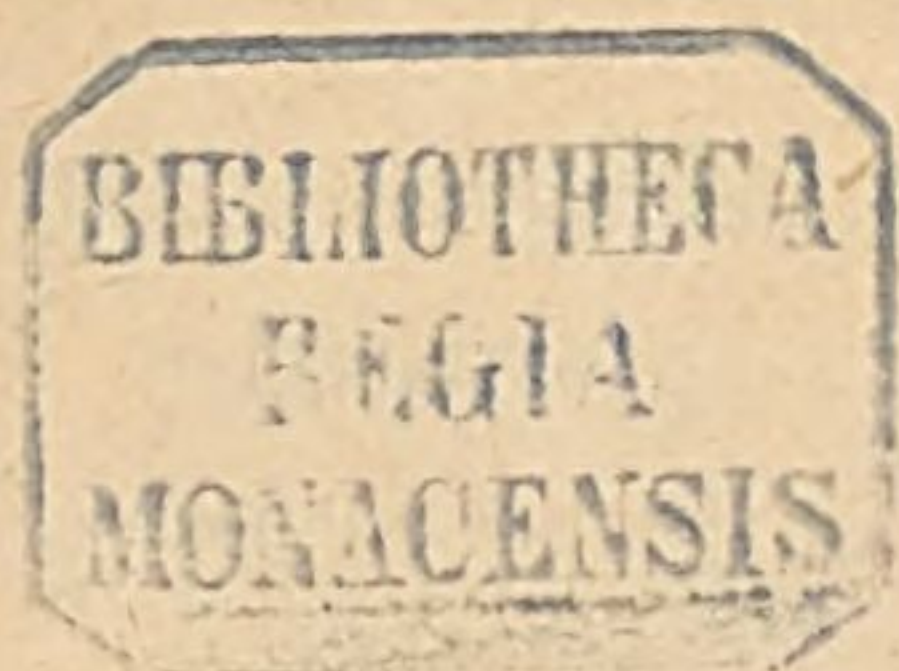
herausgegeben von

Ingenieur R. Schmehlik.

Dresden,

Verlag von Gerhard Kühtmann.

1894.



Vorwort.

Die leitende Absicht bei der Abfassung der vorliegenden Zusammenstellung der wichtigsten Patentvorschriften des In- und Auslandes war, den Erfindern und Patentsuchern eine Uebersicht der Bedingungen zu verschaffen, welche sie erfüllen müssen, um sich den Nutzen aus ihrer Erfindung mit Hilfe verschiedener Patente zu sichern.

Wer einmal mit der Nachsuchung eines Patents sowohl im Deutschen Reiche als auch im Auslande beschäftigt gewesen ist, kennt die Schwierigkeiten, welche mit derselben verbunden sind. Auch müssen die Inhaber von Patenten so manchesmal üble Erfahrungen machen, welche mit dem Erlöschen eines ausländischen Patents insofern im Zusammenhange stehen, als gewisse dort gegebene Vorschriften nicht beachtet wurden. Diese Schwierigkeiten zu vermindern, ist der Zweck der in diesem Buche enthaltenen Anweisungen.

An geneigte Leser ergeht das freundliche Ersuchen, mich auf etwaige Mängel aufmerksam machen und mich mit Rathschlägen unterstützen zu wollen, damit die nächste Auflage verbessert werden kann. Gefällige Zu-

schriften wolle man an die Verlagsbuchhandlung von Gerhard Kühtmann in Dresden richten.

Bei Abfassung des Werkes bin ich von dem Herausgeber des Kalenders für Maschinen-Ingenieure, Herrn W. H. Uhland, in Leipzig-Gohlis in ausgiebigster Weise unterstützt worden, wofür ich demselben hierdurch meinen besten Dank ausspreche.

Berlin im October 1893.

Romanus Schmehlik.

Inhalts-Verzeichnifs.

	Seite
Vorwort	III
Inhalts-Verzeichnifs	V
Die wichtigsten Bestimmungen der Patent-	
gesetze:	
Algerien (Afrika)	1
† Argentinien (Amerika)	1
* Belgien	4
† Bolivia (Amerika)	7
† Brasilien (Siehe Vereinigte Staaten von Brasilien)	10
Britisch-Guiana (Amerika)	10
Britisch-Honduras (Amerika)	12
Britisch-Nord-Borneo (Asien)	14
Britisch-Ostindien (Asien)	14
Canada (Amerika)	16
Cap der guten Hoffnung (Britisch-Südafrika) . . .	21
Ceylon (Asien)	21
† Chile (Amerika)	22
Columbia (Amerika)	24
Congostaat (Afrika)	26
Cuba (Amerika)	27
Dänemark	27
Deutsches Reich	29
Egypten (Afrika)	33
* England (Siehe Großbritannien und Irland) . . .	33
Finnland	33
* Frankreich	35
Französische Kolonien	38
Griechenland	39
* Großbritannien und Irland	40
* Guatemala (Amerika)	43
* Holland	45
Holländisch-Westindien (Amerika)	46
* Italien	48

	Seite
Jamaica (Amerika)	58
Japan (Asien)	60
Luxemburg	63
Mauritius (Afrika)	66
Mexico (Amerika)	68
Natal (Afrika).	71
Neufundland (Amerika)	72
* Neu-Seeland (Australien)	73
Neu-Süd-Wales (Australien)	78
Nicaragua (Amerika)	79
* Norwegen	80
Oesterreich-Ungarn	84
† Paraguay (Amerika)	93
† Peru	93
Philippinen (Asien)	94
Portorico (Amerika)	94
* Portugal	94
Portugiesische Kolonien	98
* Queensland (Australien)	102
Rumänien	103
Rußland (ohne Finnland)	103
* San Domingo (Amerika).	110
San José oder Costa Rica (Amerika)	110
* San Salvador (Amerika)	110
* Schweden	111
* Schweiz	116
* Serbien	126
* Spanien	126
Spanische Kolonien	132
Straits Settlements (Asien)	136
Süd-Australien	136
Tasmanien (Australien)	137
Trinidad (Amerika)	138
* Tunis (Afrika)	139
Türkei	140
† Uruguay (Amerika)	142
* Vereinigte Staaten von Amerika	143

* † Vereinigte Staaten von Brasilien	153
Vereinigte Staaten von Venezuela	156
Victoria (Australien)	157
West-Australien	160
Anmerkung I.	162
Anmerkung II.	162
Muster- oder Modellschutz	163
Markenschutz	163
Beglaubigung der Vollmachten	164
Zurückzahlung von Gebühren	166
Vollmachtsformulare für verschiedene	
Länder	167
Belgien	169
Canada	171
Dänemark	174
Deutsches Reich (Gebrauchsmuster)	175
Deutsches Reich (Patent)	176
Frankreich	177
Großbritannien und Irland	178
Italien	180
Oesterreich-Ungarn	181
Schweden	182
Schweiz	183
Spanien	184
Vereinigte Staaten von Amerika	185
Das deutsche Patentgesetz vom 7. April 1891	189
Gesetz, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern.	
Vom 1. Juni 1891	207
Internationaler Vertrag zum Schutze des gewerb-	
lichen Eigenthums	213
Vertrag der südamerikanischen Staaten, betreffend	
die Erfindungspatente	222
Patentklassen-Verzeichniß des deutschen Patentamtes	225
Verzeichniß der Behörden, Vereine u. s. w., welche	
die deutschen Patentschriften erhalten und zur	
unentgeltlichen Einsichtnahme auslegen	227

Die mit * bezeichneten Länder sind dem Internationalen Vertrage für den Schutz des gewerblichen Eigenthums (s. denselben) beigetreten.

Die mit † bezeichneten Länder haben den Vertrag der südamerikanischen Staaten (s. denselben) unterzeichnet.

Algerien (Afrika)

(4,200,000 Einwohner.)

Siehe französische Kolonien.

Die Urkunden sind bei dem Secretariat der Präfectur in Algier, Oran oder Constantine zu hinterlegen und die Gebühren beim Kriegskassen-Rendanten einzuzahlen.

† Argentinien (Amerika).

(4,200,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 11. October 1854. Reglement des Patentamts vom 9. November 1866.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Alle Mittel, die zur Erreichung eines industriellen Endzweckes dienen; alle neuen industriellen Erzeugnisse.

Ausgeschlossen sind: Pharmaceutische Präparate, Finanzpläne, rein theoretische Entdeckungen ohne Angabe ihrer Verwendung; Erfindungen, die den guten Sitten und Gesetzen zuwiderlaufen.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit. Als nicht neu gilt eine Erfindung, welche im Inlande oder Auslande durch Druck n. s. w. in genügender Weise bekannt geworden ist.

Unterlagen:

1. Ein Gesuch auf Stempelbogen von 25 Centavos mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Zwei spanische Beschreibungen nach Vorschrift.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in metrischem Mafsstabe auf biegsamem Zeichenpapier, davon ein Satz möglichst auf Kattun aufgezogen. Beliebige Grösse, jedoch so klein, als es die Deutlichkeit erlaubt;

mit einem Rande von mindestens 25 *mm* Breite an der rechten Seite. Die Erfindung muß mit Tinte und im Allgemeinen perspectivisch dargestellt sein. Wo letzteres nicht angeht, sollen die betreffenden Theile durch Orthogonalprojectionen, Gesamtschnitte oder theilweise Durchschnitte veranschaulicht werden.

4. Wenn nöthig, zwei Modelle.

5. Vollmacht.

Modelle können verlangt werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Nach der erfolgten Zahlung der Gebühren (s. unten) und Leistung von Bürgschaft für die Zahlung der Jahresgebühren erfolgt die Prüfung der Anmeldung. Dieselbe kann entweder bewilligt oder versagt werden. Im ersteren Falle wird das Patent ausgefertigt und dem Inhaber übergeben.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden.

Beschwerde gegen die Zurückweisung der Anmeldung kann innerhalb 10 Tagen beim Ministerium des Innern erhoben werden. Bestätigt dasselbe die Zurückweisung, so verfallen alle gezahlten Gelder.

Dauer des Patents. Vorläufiges Patent 1 Jahr, welches beliebig oft um je 1 Jahr verlängert werden kann. Hauptpatente werden für 5, 10 oder 15 Jahre ertheilt, doch laufen sie nicht länger als bereits ertheilte ausländische. Einführungspatente werden auf höchstens 10 Jahre bewilligt, jedoch nicht länger als die ausländischen.

Zusatzpatente werden ertheilt und zwar sowohl an den Inhaber der Hauptpatente als auch an Andere; jedoch sind die letzteren von dem ersteren abhängig. Die Zusatzpatente laufen mit dem Hauptpatente, jedoch nicht länger als 10 Jahre.

Zahlungen: Außer dem Stempel von 25 Centavos für das Gesuch sind folgende Gebühren sofort bei der Anmeldung zu entrichten:

Für ein 5jähriges Patent 80 Pesos

„ „ 10 „ „ 200 „

„ „ 15 „ „ 350 „

für die Bestätigung eines ausländischen Patentes eine Summe im Verhältnisse zur Zeitdauer.

Wird das Patent versagt und beruhigt man sich dabei, so wird die Hälfte der eingezahlten Gelder zurückgezahlt.

Außerdem sind folgende Jahresgebühren zu entrichten:

Für 5jährige Patente: jährlich 8 Pesos

„ 10 „ „ 10 „

„ 15 „ „ 11 „

für die ersten 5 Jahre und jährlich 12 Pesos für die übrigen 10 Jahre.

Für Zusatzpatente betragen die Gebühren $\frac{1}{4}$ der obigen für den Inhaber des Hauptpatentes, dagegen $\frac{1}{2}$ der obigen für Andere.

Vorläufiges Patent 50 Pesos.

(1 Peso = 100 Centavos = 4,05 *M* gerechnet, jedoch factisch minder bewerthet.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Jährlich wird ein Bericht über die eingegangenen Beschreibungen und Zeichnungen gemacht, welcher im Patentamt und in den Postanstalten öffentlich ausgelegt wird.

Ausführung der Erfindung muß binnen zwei Jahren stattfinden und darf nicht während zwei aufeinander folgenden Jahren unterbrochen werden.

Besitzwechsel muß mittels öffentlicher Urkunde bewirkt und diese eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage ist vor den Bezirksgerichten anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
2. Wenn der Titel des Patents absichtlich falsch angegeben ist.

3. Wenn die Zeichnung oder Beschreibung nicht vollständig oder genau ist.
4. Wenn ein ausländisches Patent verfallen ist.
5. Wenn die Erfindung zur Zeit der Anmeldung nicht neu war.

Das Patent verfällt, wenn die Erfindung nicht innerhalb 2 Jahren ausgeführt ist, oder wenn die Ausführung 2 aufeinander folgende Jahre geruht hat.

* Belgien.

(6,200,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 24. Mai 1854 und Aenderung vom 27. März 1857. Königliche Verordnungen vom 12. September 1861 und 23. Juni 1877.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Alle Mittel, die zur Erlangung eines industriellen Endzweckes dienen.
2. Mechanische und chemische Verfahren.
3. Industrielle Erzeugnisse.
4. Anwendung bekannter Mittel bezw. Verfahren zur Erreichung eines neuen Zweckes.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung noch nicht verwendet, ausgeführt oder ausgenutzt worden ist oder die genaue Beschreibung bezw. Zeichnung der Erfindung noch nicht durch Druck veröffentlicht wurde, ferner bei Einführungs-patenten, wenn diese Veröffentlichung im Auslande ausschliesslich die Wirkung einer gesetzlichen Vorschrift ist.

Unterlagen:

1. Zwei Gesuche, davon eines auf Stempelpapier, mit Angabe eines Domicils in Belgien.
2. Zwei französische Beschreibungen auf Propatria-Papier von 340 *mm* Höhe $\times$ 210 bis 220 *mm* Breite; sie sollen klar und vollständig sein und mit einer kurzen Uebersicht schliessen, welche

ohne Zuhilfenahme der Zeichnung das Wesen der Erfindung angiebt.

3. Zwei (Satz) Zeichnungen auf Paus-Leinwand in einem der folgenden Formate:

340 *mm* Höhe $\times$ 220 *mm* Breite

340 „ „ $\times$ 440 „ „

340 „ „ $\times$ 660 „ „

mit einem frei zu lassenden Rande auf der linken Seite von 40 bis 50 *mm* Breite. Die Zeichnungen sind in metrischem Maassstabe mit chinesischer Tinte herzustellen, abgesehen von denjenigen Theilen, welche für die Erfindung besonders charakteristisch sind und in verschiedenen Farben (z. B. roth) dargestellt werden sollen. Die Erfindung kann auf einer beliebigen Anzahl Zeichnungen dargestellt sein.

4. Verzeichniss der niedergelegten Sachen.
5. Zwei Modelle (nach Belieben).
6. Quittung über 10 Francs.
7. Vollmacht.

Bei Einführungspatenten ist die Angabe von Datum und Dauer des ausländischen Patents sowie Namen des Patentinhabers erforderlich.

Vollmacht kann von einer oder mehreren Personen oder Firmen unterzeichnet sein, ohne Legalisation.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Die eingereichten Unterlagen werden in der einen Ausfertigung auf dem Ministerium aufbewahrt und in der zweiten Ausfertigung der Patenturkunde beigelegt. Letztere wird nach etwa 3 Monaten dem Patentsucher zugestellt. Nach drei Monaten von der Niederlegung an wird die Einsicht der Beschreibungen Jedermann gestattet.

Zurückweisung der Anmeldung findet nur statt, wenn die Unterlagen nicht vorschriftsmässig sind oder die Erfindung den Gesetzen bzw. guten Sitten zuwiderläuft.

Einspruch gegen die Ertheilung ist vor derselben nicht zulässig.

Beschwerde kann nicht erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Hinterlegung des Gesuches und währt bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren und Ausführung der Erfindung 20 Jahre, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Zahlungen:

Für das 1. Jahr 10 Francs (mit dem Gesuche zu entrichten)

für das 2. Jahr 20 Francs

für das 3. Jahr 30 Francs

und für jedes Jahr 10 Francs mehr bis zu 200 Francs für das 20. Jahr.

Für Zusatzpatente werden keine Gebühren entrichtet, wenn das Hauptpatent dem Patentsucher gehört.

Frist für die Zahlungen. Die Jahresgebühr ist im Monate, in welchen der Tag der Anmeldung fällt, zu entrichten. Das Gesetz gewährt eine Frist von 6 Monaten nach der Fälligkeit, innerhalb welcher die Jahresgebühr mit Zuschlag einer Strafgebühr von 10 Francs gezahlt werden kann.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Auszüge aus den Beschreibungen erscheinen gewöhnlich erst ein Jahr nach der Patentertheilung im „Receuil Special des Inventions“.

Ausführung der Erfindung muss innerhalb eines Jahres, nachdem dieselbe im Auslande begonnen hat, in Belgien stattfinden und darf nicht ein Jahr lang unterbrochen werden.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Abtretung muss stets in beglaubigter Form angezeigt werden und die Stempelzahlung (10 Francs) erfolgen, auch dann, wenn der Besitzwechsel durch Todesfall verursacht wurde.

Nichtigkeitsklage ist bei dem Civilgerichtshofe anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patents.

1. Wenn die Erfindung vor dem Tage der Anmeldung in Belgien verwendet, ausgeführt oder ausgenutzt worden ist.
2. Wenn der Patentsucher wissentlich einen Theil seines Geheimnisses in die Unterlagen nicht eingeführt hat.
3. Wenn die genaue Beschreibung oder Zeichnung der Erfindung bezw. des Gegenstandes derselben vor dem Tage der Anmeldung durch Druck veröffentlicht war.
4. Wenn die Erfindung nicht zur richtigen Zeit in Belgien ausgeführt worden ist oder ihre Ausführung 1 Jahr geruht hat.
5. Wenn in Belgien oder im Auslande schon ein Patent auf dieselbe Erfindung einem Anderen ertheilt worden ist.
6. Wenn ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent abgelaufen ist.

Sonstige Bemerkungen: Wer ein Patent auf Verbesserungen an einer bereits patentirten Erfindung erhält, ist von den Patentinhaber derselben abhängig. Doch darf der letztere ebensowenig das Patent des ersteren ohne dessen Erlaubniss ausbeuten.

† **Bolivia (Amerika).**

(2,334,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger; bei Einführungspatenten derjenige, welcher die bisher im Lande unbekannte Erfindung zuerst einführt.

Patentgesetz vom 8. Mai 1858 und vom 11. September 1877.

Patentobject. Neue Verfahren und Mittel zur Vervollkommnung jeder Fabrikation oder jeden Gewerbes.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen, oder eine gewerbliche Verwerthung nicht gestatten.

Vorprüfung auf Werth der Erfindung findet statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie in der Republik bis dahin unbekannt war.

Unterlagen. Ein spanisches Gesuch mit deutlicher Angabe, worin die Erfindung oder Verbesserung besteht, wobei das Geheimniss des Verfahrens, der verwendeten Stoffe oder Instrumente gar nicht mitgetheilt zu werden braucht, und eintretendenfalls eine Probe des erhaltenen Productes, des dargestellten Metalls oder des verbesserten Erfindungsproductes. 1 Vollmacht.

Bei Einführung ausländischer Erfindungen in das ganze Land oder einen Theil desselben: Zeichnungen und Modelle der zu bauenden Maschine, oder eine ausführliche Beschreibung der Principien, Methoden oder Verfahren des Gewerbebezweiges, sowie des zu erzeugenden Productes.

Vor dem Prüfungsausschusse (s. unten) sind alle Urkunden und Beweise sowie Erklärungen abzugeben, welche zur Beurtheilung der Erfindung erforderlich sind. Bei Einführungspatentgesuchen kann man, wenn Erklärungen ohne Preisgebung des Geheimnisses nicht möglich sind, durch eine praktische Ausführung den Nachweis liefern, dafs das gesuchte Ergebniss thatsächlich erzeugt wird. Ausserdem ein Kostenanschlag bei Einführungspatenten.

Modelle können verlangt werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Die Regierung ernennt einen Ausschufs von drei Sachverständigen, einem Ortsvorsteher und zwei Gemeindebeamten, welche einen Eid bezüglich Geheimhaltung der Erfindung leisten, die Erfindung auf ihren Nutzen prüfen und einen Bericht an das Ministerium für Handel und Gewerbe einsenden. Innerhalb 3 Monaten nach Eingang des Berichtes ertheilt die Regierung ein Patent auf Stem-

pelpapier No. 1 und läßt das verschlossene Packet betreffend die Erfindung zur Geheimhaltung aufbewahren.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen, wenn den Vorschriften wegen der Prüfung der Erfindung nicht genügt wird, oder wenn die Erfindung keinen gewerblichen Nutzen hat.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert mindestens 10 Jahre, höchstens 15 Jahre.

Bei Einführungspatenten 3 Jahre, wenn der Bau der eingeführten Maschine oder die Einrichtung der Fabrikation eine Ausgabe von 25 000 Bolivianos erfordert, 6 Jahre bei 50 000 Bolivianos erforderlicher Auslage und 10 Jahre bei einer Auslage von 100 000 Bolivianos und mehr.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Einführungspatente gelten nur im Bezirke, für welchen sie ertheilt sind.

Zahlungen: Bei Ertheilung des Patents eine Gebühr von 100 Bolivianos und ein von der Nationalbank auszustellender Schein über die Hinterlegung einer Bürgschaft von 100, 200 oder 300 Bolivianos, je nachdem das Patent auf 3, 6 oder 10 Jahre oder mehr lautet.

(1 Boliviano = 4,05 *M* gerechnet, factisch = 2,5 *M*.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb 1 Jahres stattfinden, sonst verfällt die Bürgschaft.

Besitzwechsel. Der Patentinhaber kann seine Rechte, bei Strafe der Verwirkung, nur mittels notarieller Urkunde ganz oder theilweise abtreten.

Nichtigkeitsklage ist bei den Gerichten anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patents.

1. Wenn die Erfindung den Gesetzen, der öffentlichen Sicherheit oder den Polizeiverordnungen

zuwiderläuft. (In diesem Falle hat der Patentinhaber keinen Anspruch auf Schadloshaltung.)

2. Wenn in der Beschreibung die wahren Verfahren verheimlicht sind.
3. Wenn die Erfindung bei der Anmeldung bereits im Inlande oder Auslande beschrieben und veröffentlicht war.
4. Wenn die Ausführung nicht binnen 1 Jahr erfolgt ist.

† **Brasilien (Amerika).**

Siehe Vereinigte Staaten von Brasilien.

Britisch-Guiana (Amerika).

(290,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 12. Juli 1861.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Vorrichtungen und Apparate zu einem industriellen Endzwecke.
2. Mechanische und chemische Verfahren.
3. Industrielle Erzeugnisse.
4. Anwendung bekannter Mittel zur Erlangung eines neuen Productes.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur.
2. Eine vorläufige oder vollständige englische Beschreibung.
3. Eine Zeichnung.
4. Eidliche Versicherung, nach bestem Wissen der erste und wahre Erfinder zu sein. Diese ist vor einem britischen Consul abzugeben und von demselben zu beglaubigen.
5. Vollmacht.
6. Zahlung von 25 \$.

Vollmacht ist zu unterzeichnen, nicht zu legalisieren.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird unter Zuziehung von Sachverständigen auf Kosten des Patentsuchers geprüft. Wird es zugelassen, so erhält der letztere eine Bescheinigung, wodurch seine Erfindung vorläufig auf 12 Monate geschützt wird. Innerhalb 6 Monaten muß eine vollständige Beschreibung oder, wenn diese gleich Anfangs hinterlegt war, eine Anzeige eingereicht werden. Nach Ablauf einer bestimmten Frist für etwaige Einsprüche verfügt je nach den Umständen der Gouverneur die Ausfertigung des Patentbescheides.

Zurückweisung der Anmeldung kann infolge eines begründeten Einspruches erfolgen.

Beschwerde findet nicht statt.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und dauert bei regelmäßiger Zahlung der Gebühren 14 Jahre, jedoch nicht länger als ein ausländisches Patent. Verlängerung des Patentbescheides um weitere 7 Jahre höchstens kann 6 Monate vor Ablauf nachgesucht werden.

Zusatzpatente werden nicht erteilt.

Zahlungen: Bei Einreichung der Anmel-

dung	25 \$.
----------------	--------

Bei Einreichung der vollständigen Beschrei-

bung bzw. Anzeige	25 \$.
-----------------------------	--------

Für die Patenturkunde	20 \$.
---------------------------------	--------

Vor Ablauf des 7. Jahres	100 \$.
------------------------------------	---------

Für ein Gesuch um Verlängerung	50 \$.
--	--------

Für die Verlängerung des Patentbescheides	100 \$.
---	---------

(1 \$ = 100 Cent = 3,43 M.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht erforderlich.

Nichtigkeitsklage ist vor dem obersten Gerichtshof anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patents:

1. Wenn die Erfindung gesetzwidrig oder gemeinschädlich ist.
2. Wenn die Erfindung vor der Anmeldung nicht neu war.
3. Wenn der Patentinhaber nicht der wahre und erste Erfinder ist.

Das Patent verfällt, wenn der Patentinhaber es unterläßt, dasselbe in der Registratur für die Bezirke Demerara und Essequibo innerhalb 10 Tagen nach der Anmeldung registriren zu lassen, ferner wenn innerhalb 6 Monaten die vollständige Beschreibung nicht eingereicht ist, endlich wenn vor Ablauf des 7. Jahres die Gebühr nicht entrichtet ist.

Sonstige Bemerkungen. Eine Abänderung der Beschreibung ist auf ein besonderes Gesuch zulässig, worauf nach Erfüllung bestimmter Formalitäten ein anderes Patent für dieselbe Dauer ausgefertigt wird.

Britisch-Honduras (Amerika).

(32,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 10. December 1862. (Dasselbe stimmt im Wesentlichen mit demjenigen für Britisch-Guiana überein).

Patentobject

Vorprüfung auf Neuheit

Unterlagen

Vollmacht

Modelle

} s. Britisch-Guiana.

Ueber die Unterlagen ist zu bemerken: Alle Gesuche, Declarationen und einstweilige Beschreibungen müssen auf Papier von

13'' Höhe $\times$ 8'' Breite (engl.)

geschrieben sein unter Freilassung eines Randes von $1\frac{1}{4}$ '' engl. ringsum.

Die Zeichnungen hierzu auf Papier oder Leinwand in der Gröfse von

13'' Höhe $\times$ 8'' Breite (engl.)
 oder 13'' „ $\times$ 16'' „ „
 mit einem Rande von 1'' Breite ringsum.

Die vollständigen Beschreibungen auf Papier von
 21 $\frac{1}{2}$ '' Höhe $\times$ 14 $\frac{3}{4}$ '' Breite (= 546 mm $\times$ 375 mm)
 mit einem Rande von 1 $\frac{1}{2}$ '' Breite ringsum.

Die Zeichnungen hierzu auf Papier oder Leinwand von
 21 $\frac{1}{2}$ '' Höhe $\times$ 14 $\frac{3}{4}$ '' Breite (= 546 mm $\times$ 375 mm)
 oder
 21 $\frac{1}{2}$ '' „ $\times$ 29 $\frac{1}{2}$ '' „ (= 546 mm $\times$ 749 mm)
 mit einem Rande von 1 $\frac{1}{2}$ '' Breite ringsum.

Geschäftsgang bei der Patent-
 behörde

Zurückweisung der Anmeldung
 Beschwerde

Anfang und Dauer des Patents
 Zusatzpatente

s. Britisch-
 Guiana.

Zahlungen: Bei Einreichung der Anmel-
 dung für Untersuchung, Bescheinigung
 und Bericht

10 \$.

Bei Verhandlung über einen Einspruch . .

16 \$.

Bei Verhandlung wegen Erlaubnifs zur Ab-
 änderung infolge des Einspruches . .

14 \$.

Für diese Erlaubnifs

16 \$.

Für die Patenturkunde

25 \$.

Für jede Lizenz oder Abtretung

5 \$.

Vor Ablauf des 3. Jahres

50 \$.

„ „ „ 7. „

100 \$.

(1 \$ = gerechnet 4,05 *M*, jedoch factisch etwa 2,65 *M*.)

Gedruckte Patentschriften

Ausführung der Erfindung

Nichtigkeitsklage

Gründe der Nichtigkeit u. s. w.

Sonstige Bemerkungen

s. Britisch-
 Guiana.

Britisch Nord-Borneo (Asien).

(120,000 Einwohner.)

Wer ein englisches Patent hat, kann es für diese Kolonie zu 200 *M* bis 300 *M* registriren lassen.

Britisch-Ostindien (Asien).

(221,300,000 Einwohner in den unmittelbaren Besitzungen einschliesslich Burmah.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 17. Mai 1859.

Patentobjekt: Nur eine einzige Erfindung! Alle Mittel zur Erlangung eines nützlichen industriellen Endzweckes. Wer bereits ein englisches Patent besitzt, kann innerhalb 12 Monaten nach der Anmeldung derselben in Indien ein Patent erhalten.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche keinen Nutzen gewähren. Einführungspatente, wenn sie nicht vom Erfinder selbst beantragt sind.

Vorprüfung auf Neuheit kann stattfinden.

Begriff der Neuheit. Die Erfindung gilt als neu, wenn sie weder in Indien noch in Grossbritannien und Irland veröffentlicht oder im öffentlichen Gebrauch gewesen ist.

Unterlagen:

1. Gesuch an den General-Gouverneur auf Stempelpapier von 100 Rupien.
2. Eine vorläufige englische Beschreibung. Wenn das Gesuch zugelassen wird, binnen 6 Monaten vom Tage des Bescheides an sechs vollständige englische Beschreibungen.
3. Sechs (Satz) Zeichnungen in beliebiger Grösse und Ausführung.
4. Vollmacht mit einer vor dem englischen Consul abzugebenden Erklärung an Eidesstatt, nach bestem Wissen der wirkliche Erfinder zu sein.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird an den Secretär des Innern eingereicht. Der General-Gouverneur kann eine vorläufige Prüfung durch Sachverständige gegen zu zahlende Gebühren veranlassen und die Ermächtigung zur Eintragung ertheilen. Nach Zulassung des Gesuches werden binnen 6 Monaten vom Tage des Bescheides an die vollständigen Beschreibungen hinterlegt, jedoch erst nach Zahlung der Prüfungsgebühren registriert. Alsdann fängt das eigentliche Patent an.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden.

Anfang und Dauer des Patent. Das Patent beginnt mit dem Tage der Einreichung des Gesuches und läuft 14 Jahre vom Tage der Einreichung der vollständigen Beschreibung an, jedoch nicht länger als ein ausländisches. Verlängerung auf weitere 7, in seltenen Fällen 14 Jahre möglich, wenn 1 Jahr bis spätestens 6 Monate vor Ablauf des Patenten darum nachgesucht wird.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: 100 Rupien für das Stempelpapier, auf welches das Gesuch geschrieben wird, ferner die Prüfungsgebühren, welche richterlich festgesetzt werden und unbestimmt sind.

Bei Ansuchen um Verlängerung ebenfalls 100 Rupien für das Stempelpapier.

(1 Rupien = 1,92 *M* gerechnet, factisch minder werthet.)

Frist zur Zahlung. Die Prüfungsgebühren müssen eingezahlt sein, ehe die vollständige Beschreibung registriert wird und somit das eigentliche Patent beginnt.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht erforderlich.

Besitzwechsel muß eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage kann bei den Gerichten erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht nützlich war.
2. Wenn die Erfindung nicht neu war.
3. Wenn der Patentsucher nicht der wahre Erfinder oder sein Rechtsnachfolger war.
4. Wenn die Beschreibung ungenügend oder absichtlich ungenau ist.
5. Wenn das Patent dem öffentlichen Wohl zuwiderläuft.

Sonstige Bemerkungen. Wenn nachträglich ein Irrthum oder ein Mangel in der Beschreibung gefunden wird, oder die Erfindung sich als nur theilweise neu herausstellt, kann auf Gesuch die Beschreibung geändert werden.

Der wahre Erfinder kann binnen 2 Jahren nach der Anmeldung auf Uebertragung des Patents klagen, wenn er den nöthigen Nachweis führt, dafs er die Erfindung gemacht hat.

Canada (Amerika).

(5,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 14. Juni 1872. Abänderung vom 25. Mai 1883. Vorschriften vom 27. August 1872 und 14. Januar 1873.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Ein neues und nützlichcs Verfahren, Werkzeug, Erzeugnifs oder eine Stoffverbindung oder eine neue und nützliche Verbesserung von solchen, was vor der Erfindung nicht von andern gekannt oder benutzt war, und nicht in Canada mit Genehmigung und Zulassung des Erfinders seit mehr als einem Jahre im öffentlichen Gebrauche oder im Verkaufe war.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen für einen unerlaubten Zweck, wissenschaftliche Principien oder abstracte Lehrsätze, Erfindungen, für welche im Auslande bereits vor mehr als 12 Monaten ein Patent ertheilt wurde.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt, doch ist sie nicht streng.

Begriff der Neuheit. Siehe oben unter Patent-object. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie vor dem Tage der Anmeldung in einem Buche oder in einer Druckschrift beschrieben oder sonst zur öffentlichen Kenntniss gelangt ist.

Unterlagen:

1. Gesuch mit Angabe eines beliebigen genauen Domicils in Canada.
2. Eid (oder Versicherung an Eidesstatt, wenn der Erfinder gesetzlich dazu befugt ist) um zu bekräftigen, daß man nach bestem Wissen der Erfinder ist und daß die im Gesuche enthaltenen Anführungen wahr sind. Derselbe ist vor einem britischen Consul, Viceconsul oder Consularagenten, oder vor irgend einem Richter des Landes zu leisten, in welchem der Erfinder sich zur Zeit befindet. Die Unterschrift des Richters ist vom Consul zu beglaubigen.
3. Zwei englische Beschreibungen auf sog., „foolscap“-Papier von 13'' Höhe $\times$ 8'' Breite (engl.) mit einem Rande von 1 1/2'' Breite ringsum. Dieselben sollen die Erfindung genau und vollständig erklären, klar und deutlich die Mittel und die als neu beanspruchten Gegenstände angeben. Die Beschreibungen sollen den Ort (Domicil, s. oben) und das Datum der Abfassung tragen und von dem Erfinder (oder seinem Rechtsnachfolger) und zwei Zeugen unterzeichnet werden.
4. Drei (Satz) Zeichnungen ohne Farben, falls sie erforderlich sind, welche deutlich alle Theile der

Erfindung darstellen, in der Grösse von

13'' Höhe $\times$ 8'' Breite (engl.)

davon zwei (Satz) Zeichnungen auf Pausleiwand und die dritte (bezw. der dritte Satz) auf Cartonpapier. Ausser einzelnen mit den Beschreibungen genau übereinstimmenden Buchstaben darf darin keine Schrift vorkommen. Jede Zeichnung darf nur eine Figur enthalten.

5. Vollmacht.

6. Ein sauberes, betriebsfähiges Modell, falls die Erfindung so dargestellt werden kann. Dasselbe soll nicht gröfser als 12'' $\times$ 12'' $\times$ 12'' engl. sein.

Proben (für chemische Erfindungen) in einer solchen Menge, dafs ein Versuch damit angestellt werden kann. (Ausgenommen Sprengstoffe).

7. Zahlung einer Gebühr (s. unten.)

Wer ein Patent nachzusuchen beabsichtigt, seine Erfindung aber noch nicht vollendet hat und diese Vorsichtshalber sofort unter Schutz stellen lassen will, kann vorher ein sogen. Caveat anmelden. Er reicht nämlich ein Gesuch mit einer vorläufigen Beschreibung ein und erhält gegen eine Gebühr (s. unten) einen Schein. Dann wird die Beschreibung so lange geheim gehalten, bis das eigentliche Patentgesuch eingereicht wird. Legt in der Zwischenzeit ein Anderer ein Patentgesuch auf eine Erfindung ein, welche in irgend einer Weise mit dem Caveat collidirt, so wird dem ersten Erfinder aufgegeben, binnen 3 Monaten nach Absendung der Nachricht dem Commissar sein Gesuch einzureichen.

Vollmacht ist nicht zu legalisiren, den Eid betreffend s. oben.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Der Commissar für Patente (Minister für Landwirthschaft) prüft die Unterlagen sowie die Erfindung und ertheilt das Patent, oder weist das Gesuch zurück. Alle Unterlagen mit Ausnahme der Caveats liegen im Patentamte zur öffentlichen Einsicht aus.

Zurückweisung der Anmeldung. Der Commissar kann die Patentertheilung versagen:

1. Wenn ihm die Erfindung nicht patentfähig scheint.
2. Wenn es ihm scheint, daß die Erfindung bereits mit Zustimmung oder Zulassung des Erfinders in den öffentlichen Gebrauch übergegangen ist.
3. Wenn die Erfindung ihm nicht neu erscheint.
4. Wenn die Erfindung schon patentirt oder veröffentlicht war.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist vor derselben nicht zulässig.

Beschwerde gegen die Zurückweisung durch den Commissar kann binnen 6 Monaten nach Zustellung des Bescheides beim Gouverneur und Rath erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patentes. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und läuft 15 Jahre, jedoch nicht länger als ein bereits ertheiltes ausländisches Patent. Das Patent erlischt bei Ablauf derjenigen Zeit, für welche zuletzt gezahlt wurde (s. unten.)

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Wer Patente für Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen nimmt, ist von dem Erfinder derselben (bezw. Patentinhaber) abhängig.

Zahlungen: Bei der Anmeldung für ein 15jähriges Patent nach Belieben

entweder für 15 Jahre 60 \$

oder „ 5 „ 20 „

„ „ 10 „ 40 „

in den beiden letztern Fällen beziehungsweise

vor Ablauf des 5. Jahres für eine Verlängerung von

5 auf 10 Jahre 20 \$

„ „ „ 5. „ „ „ Verlängerung von
5 auf 15 Jahre 40 \$

„ „ „ 10. „ „ „ Verlängerung von
10 auf 15 Jahre 20 \$.

Bei Einreichung eines Caveats . . . 5 \$

für Aenderung der Beschreibung . . . 2 \$

(1 \$ = 1 Dollar Gold = 4,2 M)

Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist, oder das Patentgesuch zurückgezogen wird, kann die Hälfte der gezahlten Gebühren zurückgezahlt werden.

Frist für Zahlungen. Die Verlängerungsgebühren müssen vor dem Kalendertage der Ertheilung entrichtet werden.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben, doch können Abschriften von Patenten für je 4 \$ und Zeichnungen für unbestimmte Gebühren erhalten werden.

Im monatlich erscheinenden „Canadian Patent Office Record“ werden Auszüge und wenig deutliche Skizzen veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung soll binnen 2 Jahren vom Tage der Ertheilung an in Canada begonnen haben. Man kann 3 Monate vor Ablauf dieser Frist um Verlängerung derselben einkommen, wenn man den nöthigen Nachweis führt, daß die Bewerkstelligung der Ausführung unmöglich war. Die Ausführung muß in angemessenem Umfange stattfinden und darf nicht unterbrochen werden.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Abtretung und Licenzertheilung muß eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage kann vor dem höchsten Gerichtshof der betreffenden Provinz erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patentes:

1. Wenn eine sachliche Angabe im Gesuche oder in der Versicherung unwahr ist.
2. Wenn die Beschreibung oder die Zeichnung in betrügerischer Absicht mehr oder weniger enthält, als zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes erforderlich ist. (Ist die böse Absicht nicht erwiesen, so kann der Gerichtshof eine Berichtigung der Unterlagen verfügen, welche dann beim Patentamte gegen eine Gebühr zu hinterlegen ist.)
3. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht rechtzeitig erfolgt ist.

4. Wenn der Patentinhaber nach Ablauf von 12 Monaten nach der Ertheilung den patentirten Gegenstand in Canada einführt oder einführen läßt.

Gegen das Nichtigkeitsurtheil, welches einstweilen beim Patentamte registrirt wird, ist Berufung an den Appellhof zulässig.

Sonstige Bemerkungen: Findet man, daß die Beschreibung mangelhaft ist, oder bereits bekannte Theile als neu beansprucht, so kann eine neue, genaue und richtige Beschreibung in zwei Ausfertigungen bezw. Zeichnung mit einem Gesuch um ein anderes Patent unter Zurückgabe des alten eingereicht werden. Die Gebühr hierfür ist oben angegeben.

Cap der guten Hoffnung (Britisch-Südafrika).

(1,130,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 17. Juli 1860. Dasselbe stimmt bis auf einige abweichende Benennungen wörtlich überein mit dem Patentgesetze der Kolonie Victoria (Australien) vom 9. Mai 1865. Siehe dort!

Anmerkung: Das Patentgesetz ist zur Zeit noch nicht auf die ganze Capcolonie ausgedehnt worden.

Ceylon (Asien).

(3,010,000 Einwohner, darunter 5,000 Europäer.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger. Für Einführungspatente: der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 2. November 1859. Dasselbe stimmt im Wesentlichen mit demjenigen für Britisch-Ostindien überein, s. dort!

Für Patentstreitigkeiten ist der Districts-Gerichtshof von Colombo zuständig, gegen dessen Entscheidung an den höchsten Gerichtshof appellirt werden kann.

Der Stempel zum Patentgesuche beträgt 10 £ (= 204,3 *M*).

Unterlagen:

1. Gesuch auf Stempelpapier (10 £).
2. Eine vorläufige bezw. vollständige englische Beschreibung.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.
4. Vollmacht mit einer vor dem englischen Consul abzugebenden Erklärung, der wirkliche Erfinder zu sein.

† Chile (Amerika).

(2,820,000 Einwohner, darunter 30—40 % Weifse und Creolen.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 9. September 1840. Verordnung vom 1. August 1851. Gesetz vom 16. August 1856 und 20. Januar 1883.

Patentobject: Eine nützliche, in Chile noch unbekannte Erfindung. Einführungspatente können nachgesucht werden.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie in Chile noch unbekannt war.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Minister des Innern persönlich abzugeben, wobei der Patentsucher beschwören muß, daß seine Erfindung seine eigene und im Lande unbekannt sei.
2. Eine spanische Beschreibung.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung.
4. Ein Modell.
5. Angabe, ob die Erfindung im Auslande bereits bekannt ist.

Modelle können verlangt werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das

Gesuch wird vom Minister des Innern einer zur Geheimhaltung verpflichteten Commission zur Prüfung überwiesen, auf deren Bericht der Minister das Patent ertheilt oder versagt. Die Beschreibung wird bis zum Ablaufe der Patentdauer geheim gehalten.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden (s. oben).

Beschwerde gegen die Zurückweisung findet nicht statt.

Anfang und Dauer des Patent: Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert bis zu 20 Jahre. Einführungs patente werden auf höchstens 8 Jahre und entweder für das ganze Land oder einen Teil desselben ertheilt.

Eine Verlängerung des Patent

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Stempelgebühr für das Gesuch 3 Pesos bei Ertheilung des Patent

(1 Peso = 4,05 *M.*)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß binnen einer von der Behörde festgesetzten Frist stattfinden und darf nicht mehr als ein Jahr unterbrochen werden.

Besitzwechsel ist gestattet, soweit nicht dadurch eine Umgehung des Gesetzes beabsichtigt wird.

Nichtigkeitsklage. Streitigkeiten über den Anspruch auf ein Patent werden durch Schiedsrichter entschieden, von denen zwei durch die Parteien und der dritte durch den Minister des Innern ernannt werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patent:

1. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht rechtzeitig erfolgt ist.

2. Wenn dieselbe mehr als ein Jahr unterbrochen ist.
3. Wenn die Fabrikate der Probe bezw. dem Modelle nicht entsprechen.

Columbia (Amerika).

(4,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 13. Mai 1869.

Patentobject: Jede industrielle Entdeckung oder Erfindung ohne Rücksicht auf ihren Nutzen, insbesondere:

1. Eine Maschine, ein mechanischer Apparat.
2. Eine Verbindung von Stoffen.
3. Eine Methode oder ein Verfahren von nutzbarer Anwendung auf Gewerbe, Künste und Wissenschaften.
4. Ein gewerbliches Erzeugniss.
5. Eine Verbesserung an obigen Erfindungen.

Es werden keine Einführungspatente ertheilt.

Ausgeschlossen sind: Im Auslande patentirte Erfindungen, wenn diese bereits veröffentlicht sind. Erfindungen, welche den Formvorschriften, älteren Rechten, der Gesundheit, der öffentlichen Sicherheit oder den guten Sitten zuwiderlaufen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits durch Veröffentlichungen bekannt war.

Unterlagen:

1. Der Vertreter hat sich persönlich an die vollziehende Gewalt zu wenden, die Erfindung darzulegen, deutlich zu erklären und das Patent unter Angabe der gewünschten Zeitdauer nachzusuchen.
2. 10 Pesos beim Schatzamte zu hinterlegen.
3. Vollmacht.

Im Falle der Ertheilung binnen 40 Tagen:

4. Eine ausführliche und vollständige, spanische Beschreibung.
5. Eine Zeichnung oder ein genaues Modell.
6. Ein Muster des Erzeugnisses, falls es haltbar ist.
7. Eine Gebühr von 5—10 Pesos für jedes Jahr, alles auf einmal zu zahlen.

Vollmacht ist zu legalisiren.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. S. oben unter Unterlagen 1. Die vollziehende Gewalt macht das Gesuch 30 Tage vor Ertheilung des Patenten bekannt. Bei Ertheilung des Patenten werden die Unterlagen im betreffenden Ministerium aufbewahrt. Die Ertheilung wird in der amtlichen Zeitung der Republik zweimal bekannt gemacht. Nach Ablauf des Patents wird die Erfindung veröffentlicht.

Dauer des Patents: 5—20 Jahre je nach Wunsch des Patentsuchers, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: (s. oben). Mit dem Gesuche sind 10 Pesos beim Schatzamte zu hinterlegen, welche bei Ertheilung des Patents auf die folgenden Gebühren angerechnet werden.

Bei der Ertheilung des Patents 5—10 Pesos für jedes Jahr, sofort zu entrichten.

(1 Peso = 4,05 *M* gerechnet, factisch etwa 2,65 *M*)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung darf nicht ein Jahr lang unterbrochen werden.

Nichtigkeitsklage ist bei den Gerichten zu erheben.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung im Auslande bereits veröffentlicht war.
2. Wenn das Patent zum Nachtheile Dritter ertheilt ist.

3. Wenn die Ausführung der Erfindung ein Jahr geruht hat.

Congostaat (Afrika).

(Vermuthlich 14,100,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 29. October 1886. **Verordnung** vom 30. October 1886.

Patentobject: Jede Entdeckung, jede Verbesserung, welche als Gewerbe- oder Handels-Gegenstand verwerthet werden kann.

Einführungspatente werden ertheilt, welche mit dem ausländischen Patente ablaufen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Unterlagen:

1. Gesuch auf Stempelpapier.
2. Zwei französische Beschreibungen mit der Versicherung, dafs sie dem erfundenen Gegenstande entsprechen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung oder Modelle, oder Proben, wenn sie erforderlich sind.
4. Vollmacht.
5. Gebühr von 100 Francs.

Bei Einführungspatenten:

1. Gesuch mit Angabe von Datum und Dauer des Ursprungspatents, sowie des Landes, welches dasselbe ertheilt hat.
2. Gebühr von 100 Francs. .

Vollmacht ist zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Dem Gesuchsteller (oder seinem Vertreter) wird eine Bescheinigung über den Empfang der hinterlegten Stücke, sowie der Gebühr gegeben. Die erste Ausfertigung des Patents erfolgt kostenfrei, jede weitere gegen eine Gebühr von 5 Francs.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Hinterlegung des Gesuchs und dauert 20 Jahre. Einführungs patente laufen mit dem ausländischen Patente ab.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Zahlungen: Mit der Anmeldung 100 Francs für die ganze Dauer des Patents, ausser der Stempelgebühr. Zusatzpatente unterliegen keiner Gebühr.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht erforderlich. Doch kann ein Unterlassen derselben bei gerichtlichen Klagen nachtheilig werden.

Besitzwechsel. Jede vollständige oder theilweise Uebertragung oder Licenzertheilung muss in beglaubigter Form angezeigt werden.

Cuba (Amerika)

(1,640,000 Einwohner.)

Siehe Spanische Kolonien.

Dänemark.

(2,300,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz. Ein eigentliches Patentgesetz giebt es nicht. Der Schutz wird lediglich durch Verwaltungs-Grundsätze geordnet.

Patentobject: Nur Erfindungen, welche in Dänemark wirklich neu oder wesentlich verschieden von dem sind, was bis dahin ausgeführt und angewendet worden ist.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche eine ausserordentliche Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Einwohner herbeiführen.

Die Herstellung des patentirten Gegenstandes gebührt nur dem Patentinhaber, während der Handel mit demselben jedermann frei steht.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung in Dänemark ausgeführt oder angewendet worden ist.

Unterlagen:

1. Ein dänisches Gesuch auf einem Stempelbogen von 65 Oere an den König, mit kurzem Abrisse über die Natur der Erfindung und Angabe des hierfür gewählten Titels, sowie der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Vollmacht.
3. Zwei dänische Beschreibungen mit genauer Angabe der eigentlichen Erfindung (Anspruch).
4. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung.
5. Patentgebühr von 34 Kronen.

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Gesuch geht an den Minister des Innern und wird geprüft, ob die Erfindung neu und nicht gesundheitsschädlich oder gesetzwidrig ist. Das Patent wird durch königliche Resolution ertheilt, wobei die Zeitdauer festgesetzt wird.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen, wenn die Erfindung für gesundheitsschädlich oder gemeingefährlich gehalten wird.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann vor derselben nicht erhoben werden.

Beschwerde kann an den König gerichtet werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ausfertigung und währt je nach Bestimmung der Behörde 10 und unter Umständen 15 Jahre. Für Ausländer wird die Zeit meist auf 5 bis 8 Jahre festgesetzt.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Mit dem Gesuch (s. oben) 34 Kronen 65 Oere für die ganze Zeitdauer.

(1 Krone = 100 Oere = 1,125 M.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb einer bestimmten Frist, gewöhnlich 1 Jahr, stattfinden und darf nicht unterbrochen werden.

Nichtigkeitsklage ist bei einem Gerichtshofe anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung bereits früher von einem Anderen im Lande angewendet wurde.
2. Wenn die Ausführung nicht zur richtigen Zeit begonnen hat.

Deutsches Reich.

(52,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende, doch hat der Erfinder Anspruch auf das Patent, wenn er den Nachweis führt, dass er die Erfindung gemacht hat und in keinem Verhältnisse zum Anmeldenden steht.

Patentgesetz vom 7. April 1891.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Eine neue Erfindung, welche eine gewerbliche Verwerthung gestattet, insbesondere

1. Maschinen, Apparate, Vorrichtungen, Geräthe u.s.w.
2. Mechanische Verfahren.
3. Chemische Verfahren.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen; Nahrungs-, Genuß- und Arzneimittel; Stoffe, welche auf chemischem Wege hergestellt werden (nur ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung derselben kann patentirt werden).

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits in Druckschriften der letzten 100 Jahre beschrieben ist. Die im Auslande amtlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffent-

lichen Druckschriften erst nach 3 Monaten von dem Tage der Herausgabe gleich. Diese Vergünstigung gilt jedoch nur für diejenigen Staaten, in welchen die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Unterlagen:

1. Ein Gesuch.
2. Zwei Beschreibungen auf Papier im Format von 330 *mm* Höhe $\times$ 210 *mm* Breite, mit tiefschwarzer Tinte.
3. a) Eine Zeichnung (oder ein Satz) auf Cartonpapier mit tiefschwarzen Linien (chinesische Tinte), nicht mit Farben anzulegen oder zu tuschen.
b) Eine Pause (oder ein Satz) davon auf Zeichenleinwand, nach Belieben mit bunten Farben.

Beide Zeichnungen im Formate von

330 *mm* Höhe $\times$ 210 *mm* Breite

oder 330 „ „ $\times$ 420 „ „

oder 330 „ „ $\times$ 630 „ „

und durch eine einfache Randlinie einzufassen, welche 20 *mm* von der Kante entfernt ist. Innerhalb der Randlinie ist an der oberen Seite ein Raum von 30 *mm* Höhe freizulassen. In der unteren rechten Ecke ist die Unterschrift des Patentsuchers oder seines Vertreters anzubringen.

4. Eine Vollmacht (wenn der Patentsucher einen Vertreter bestellt).

5. Zahlung von 20 *M.*

Vollmacht kann von einem oder mehreren Personen oder von Firmen unterzeichnet werden, ohne Beglaubigung.

Modelle sind bei Schusswaffen, Webschützen-Einrichtungen, Spinnereispindeln und Schlittschuhen erwünscht und können verlangt werden.

Bei chemischen Verfahren sind Proben der Producte und Zwischenproducte doppelt einzureichen.

Bei Theerfarbstoffen verschiedene Ausfärbungen nach Vorschrift.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Nach

Eingang des Gesuches wird die Erfindung auf Neuheit geprüft, dann durch Auslegen der Unterlagen während 2 Monaten bekannt gemacht. Ist kein Einspruch erhoben, so wird etwa nach 3 bis 4 Wochen über die Ertheilung des Patentbeschlusses beschlossen.

Die Bekanntmachung der Anmeldung (durch Auslegen der Unterlagen) kann auf Antrag des Patentsuchers bis zu 6 Monaten vom Tage des Beschlusses über die Bekanntmachung an ausgesetzt werden. Bis zu 3 Monaten darf die Aussetzung nicht versagt werden.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen, wenn das Patentamt die Erfindung nicht für neu und patentfähig hält, oder der Patentsucher einer Verfügung des Patentamtes nicht nachgekommen ist, ferner, wenn ein Einspruch für begründet erachtet wird.

Einspruch gegen die Ertheilung eines Patentbeschlusses kann während der 2 monatlichen Auslage erhoben werden. Gründe hierfür sind: daß die Erfindung nicht mehr neu ist, daß sie nicht patentfähig oder gewerblich nicht verwertbar ist. Endlich daß sie im Wesentlichen die Erfindung eines Anderen ist; doch ist zu diesem Einspruch nur der Erfinder berechtigt.

Beschwerde gegen die Zurückweisung des Gesuches kann unter Zahlung von 20 *M* erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patentbeschlusses. Das Patent beginnt mit dem auf die Anmeldung folgenden Tage und läuft bei regelmäßiger Zahlung der Jahresgebühren 15 Jahre.

Etwaige früher ablaufende ausländische Patente haben keinen Einfluß.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen. Im Falle der Vernichtung des Hauptpatents werden Zusatzpatente zu Hauptpatenten von derselben Dauer, d. h. es sind für sie die unten angegebenen Jahresgebühren zu entrichten.

Zahlungen: Mit der Anmeldung 20 *M*, nach dem Auslegen derselben innerhalb 2 Monaten

die erste Jahresgebühr von 30 *M*

sowohl für Hauptpatente als auch für Zusatzpatente.
 (Sonst verfällt das Patent!) Außerdem für Hauptpatente
 für das 2. Jahr im Voraus 50 *M*
 für das 3. Jahr im Voraus 100 *M*
 für jedes folgende Jahr 50 *M* mehr.

Wenn Zusatzpatente zu Hauptpatenten werden, sind für sie diese Jahresgebühren zu entrichten, jedoch mit der Maßgabe, daß diese sich nach dem Anfangstage der Zusatzpatente richten und an den Jahrestagen der Hauptpatente zu bezahlen sind.

Fristen für Zahlungen. Die Zahlungen können vor der Fälligkeit und müssen innerhalb 6 Wochen nach derselben entrichtet werden. Nach Ablauf der Frist kann die Zahlung nur unter Zuschlag von 10 *M* innerhalb weiterer 6 Wochen erfolgen.

Gedruckte Patentschriften werden ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb 3 Jahren vom Tage der über die Ertheilung des Patentbeschlusses erfolgten Bekanntmachung an in angemessenem Umfange im Deutschen Reiche selbst stattfinden.

Besitzwechsel. Jede Uebertragung des Patents oder Bestellung eines anderen Vertreters ist dem Kaiserlichen Patentamte in beweisender Form anzuzeigen.

Nichtigkeitsklage ist bei dem Patentamte einzureichen. Gegen die Entscheidung des Patentamtes kann innerhalb 6 Wochen nach Zustellung des Erkenntnisses Berufung beim Reichsgerichte erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patentbeschlusses:

1. Wenn die Erfindung zur Zeit der Anmeldung nicht mehr neu war.
2. Wenn die Erfindung gewerblich nicht verwerthbar ist.
3. Wenn die Erfindung einem Anderen ohne dessen Einwilligung entnommen ist. (Jedoch ist in diesem Falle nur der Erfinder zur Stellung des Antrages befugt.)

Das Patent kann nach 3 Jahren vom Tage der über

die Ertheilung des Patents erfolgten Bekanntmachung an zurückgenommen werden, wenn der Patentinhaber es unterläßt, die Erfindung im Inlande in angemessenem Umfange auszuführen, oder sich weigert, auf Verlangen des Patentamtes Lizenzen an Andere zu ertheilen.

Sonstige Bemerkungen. Nach Ablauf von 5 Jahren vom Tage der über die Ertheilung des Patents erfolgten Bekanntmachung an ist ein Antrag auf Vernichtung des Patents wegen Mangel an Neuheit oder wegen gewerblicher Unverwerthbarkeit nicht mehr statthaft.

Patente für Erfindungen, welche theilweise bereits in älteren Patenten enthalten sind, hängen von diesen ab und dürfen ohne Erlaubniß deren Inhaber nicht ausgebeutet werden.

Egypten (Afrika).

(6,800,000 Einwohner.)

In Egypten werden ebenso wie in der Türkei Patente durch einen besonderen Firman für 5 bis 15 Jahre ertheilt. Es gilt das türkische Patentgesetz. (Siehe Türkei.)

*** England.**

Siehe Großbritannien und Irland.

Finnland.

(2,400,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder.

Patentgesetz vom 30. März 1876.

Patentobject: Eine neue Erfindung, welche das Gewerbe, die Industrie oder Kunst angeht. Eine Verbesserung an älteren Erfindungen.

Ausgeschlossen sind: Arzneimittel, Principien, Erfindungen, welche den guten Sitten oder der öffentlichen Sicherheit zuwiderlaufen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Unterlagen:

1. Gesuch mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.

2. Eine genaue schwedische Beschreibung.
3. Eine genaue Zeichnung in beliebiger Grösse.
4. Vollmacht.

Vollmacht braucht nicht beglaubigt zu werden.

Modelle können verlangt werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird von einem im Lande wohnenden Vertreter an das Oekonomie-Departement des Senats eingereicht. Nach Prüfung und Genehmigung desselben wird ein Patentbrief ausgefertigt. Der Vertreter muß binnen 2 Monaten vom Tage der Ausfertigung den Patentbrief und die Beschreibung durch dreimalige Veröffentlichung in den officiellen schwedischen und finnischen Zeitungen des Landes zur allgemeinen Kenntniss bringen.

Dauer des Patentes beträgt mindestens 3 und höchstens 12 Jahre, für Ausländer gewöhnlich 6—10 Jahre; sie wird vor der Behörde nach Maßgabe der Erfindung festgesetzt, doch darf das Patent nicht länger laufen als ein bereits ertheiltes ausländisches.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Aufser den Gebühren, welche Anfangs für die Expeditionen des Senats zu entrichten sind, jährlich eine Abgabe von 20 fin. *M.*

(1 fin. Mark = 0,81 *M.*)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Die Einsicht der Patente steht Jedermann offen.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb 2 Jahren vom Tage der Ausfertigung an vollständig stattfinden. Diese Frist kann von der Behörde auf 1 Jahr beschränkt und auf entsprechendes Gesuch bis zu höchstens 4 Jahren ausgedehnt werden. Jährlich muß der Nachweis über die Ausführung der Erfindung geliefert werden.

Besitzwechsel muß der Manufactur-Direction gemeldet werden, worauf das Oekonomie-Departement des Senats einen Beschluß fassen und dem neuen Besitzer die Obliegenheiten in Erinnerung bringen kann.

Nichtigkeitsklage ist innerhalb eines Jahres von

der letzten Veröffentlichung durch die Zeitungen beim Gerichte am Wohnorte des Vertreters anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die dreimalige Veröffentlichung durch die Zeitungen nicht richtig erfolgt ist.
2. Wenn die Erfindung nicht innerhalb der Frist zur Ausführung gelangt ist.
3. Wenn der jährliche Nachweis über die Ausführung nicht geliefert ist.
4. Wenn der Patentsucher nicht der Erfinder war.
5. Wenn das Patent den guten Sitten oder der öffentlichen Gesundheit oder Sicherheit zuwiderläuft.
6. Wenn das Patent im Wesentlichen mit einem älteren übereinstimmt.

Sonstige Bemerkungen. Wenn der Patentsucher im Auslande ein Patent erhalten hat und dabei genöthigt gewesen ist, die Beschreibung der Erfindung zu veröffentlichen, so kann ihm dessen ungeachtet auch in Finnland ein Patent ertheilt werden.

*** Frankreich.**

(40,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger (Testamentsvollstrecker, Administrator u. s. w.)

Patentgesetz vom 5. Juli 1844 und Aenderung vom 31. Mai 1856.

Patentobject:

1. Neue industrielle Erzeugnisse.
2. Neue Mittel oder eine neue Anwendung bekannter Mittel zur Erlangung eines industriellen Endzweckes oder Fabrikats.
3. Chemische Verfahren.
4. Mechanische Verfahren.

Ausgeschlossen sind: Arzneimittel, insbesondere

Geheimmittel, auf Kredit- oder Finanzgeschäfte bezügliche Pläne und Berechnungen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie vor dem Tage der Anmeldung im In- oder Auslande auf irgend eine Weise veröffentlicht oder offenkundig benutzt worden ist. Wenn in Deutschland eine Anmeldung vom Patentamte öffentlich ausgelegt ist, hört die Erfindung auf, neu zu sein.

Unterlagen:

1. Ein Gesuch mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Zwei französische Beschreibungen.
3. Zwei (Satz)Zeichnungen auf beliebigen Material und in beliebiger Gröfse, jedoch in metrischem Maafsstabe und mit chinesischer Tinte auszuführen.
4. Verzeichnifs der hinterlegten Sachen.
5. Quittung über 100 Francs.
6. Vollmacht.

Vollmacht ist von einer oder mehreren Personen oder Firmen zu unterzeichnen, ohne Beglaubigung.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird von den Präfecten an das Ministerium für Landwirthschaft und Handel gesandt, daselbst registriert und darauf die Urkunde ausgestellt. Derselben wird je eine Ausfertigung der Beschreibung und der Zeichnung beigelegt.

Zurückweisung der Anmeldung findet nur statt, wenn die Unterlagen nicht vorschriftsmässig sind, oder die Erfindung nicht patentfähig ist.

Einspruch gegen die Ertheilung eines Patenten kann vor derselben nicht erhoben werden.

Beschwerde findet nicht statt.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Niederlegung des Gesuches und wird für 5, 10 oder 15 Jahre ertheilt, jedoch nicht länger als ein bereits ertheiltes ausländisches.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen. Sie können auf Antrag in Hauptpatente umgewandelt werden und laufen dann länger.

Zahlungen: Aufser den Stempelgebühren für das Protokoll über das Gesuch ist mit dem Gesuche noch die erste Jahresgebühr von 100 Francs zu entrichten.

Für jedes folgende Jahr 100 Francs. Es können auch die Gebühren für die ganze Dauer des Patenten gleich beim Beginn entrichtet werden.

Für Zusatzpatente: 20 Francs mit dem Gesuche.

(1 Franc = 0,81 *M.*)

Frist für die Zahlungen. Die Zahlungen müssen an oder vor dem Kalendertage der Anmeldung erfolgen oder das Patent verfällt unter allen Umständen. Man kann Entschuldigungen wie Zufälle, Krankheit, Betrugerei des Vertreters, Irrsinn, Tod des Patentinhabers u. s. w. gar nicht vorbringen.

Gedruckte Patentschriften. Nach erfolgter Zahlung der 2. Jahresgebühr werden die Beschreibungen und Zeichnungen entweder wortgetreu oder auszugsweise veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb 2 Jahren vom Tage der Ertheilung des Patents an im Lande selbst stattfinden und darf nicht während 2 auf einander folgenden Jahren unterbrochen werden. Wenn die Ausführung grofse Schwierigkeiten macht, so genügt ein Nachweis über die Bemühung zur Einführung der Erfindung in Frankreich.

Besitzwechsel. Die gänzliche oder theilweise Abtretung eines Patenten muß durch einen notariellen Act erfolgen und bedingt die sofortige Zahlung aller folgenden Jahresgebühren.

Nichtigkeitsklage ist bei einem Civil-Gerichtshofe erster Instanz zu erheben.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme eines Patenten:

1. Wenn die Erfindung zur Zeit der Anmeldung nicht neu war.

2. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
3. Wenn die Erfindung ein Princip ohne Angabe einer Verwerthung ist.
4. Wenn der Titel des Patents in betrügerischer Absicht falsch angegeben ist.
5. Wenn die Beschreibung nicht vollständig oder genau ist.
6. Wenn der Gegenstand eine Verbesserung an einer einem Anderen patentirten Erfindung ist, ohne dafs dies angegeben war.

Aller seiner Rechte geht verlustig:

1. Der Patentinhaber, welcher seine Jahresgebühr nicht vor Ablauf jedes Jahres entrichtet hat.
2. Der Patentinhaber, welcher seine Erfindung nicht in oben angegebener Weise ausführt.
3. Der Patentinhaber, welcher im Auslande hergestellte Gegenstände des Patentes in Frankreich einführt.

Sonstige Bemerkungen: Während des ersten Jahres des Hauptpatents kann nur der Inhaber desselben oder sein Rechtsnachfolger ein rechtsgiltiges Patent auf eine Abänderung oder Verbesserung der Erfindung erhalten.

Jeder Andere kann zwar auch ein Gesuch auf eine Abänderung oder Verbesserung an einer bereits patentirten Erfindung einreichen, doch wird dasselbe zuerst unter Siegel aufbewahrt. Nach Ablauf des Jahres wird das Siegel gebrochen und das Patent ertheilt, im Falle der Besitzer des Hauptpatents nicht inzwischen ein Gesuch für solche Abänderungen oder Verbesserungen eingereicht hat.

Französische Kolonien.

(38,250,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger (Testamentsvollstrecker, Administrator u. s. w.).

Patentgesetz: Französisches Patentgesetz vom 5. Juli 1844 mit Aenderung vom 31. Mai 1856 (s.

Frankreich). Verordnung vom 21. October 1848 betreffend die Anwendung desselben auf die Kolonien.

Unterlagen:

1. Drei Gesuche mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Drei französische Beschreibungen.
3. Drei (Satz) Zeichnungen (wie für Frankreich).
4. Drei Verzeichnisse der hinterlegten Sachen.
5. Quittung über 100 Francs, vom Schatzmeister der Kolonie auszustellen.
6. Vollmacht.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Eine Ausfertigung der unter 1 — 4 genannten Unterlagen bleibt unter Siegel in der Kanzlei der Direction des Inneren; die beiden anderen Ausfertigungen werden in einen und denselben Briefumschlag geschlossen und vom Vertreter gesiegelt. Der Gouverneur der betreffenden Kolonie übersendet diesen gesiegelten Briefumschlag durch Vermittlung des Ministers der Marine und der Kolonien an den Minister für Landwirthschaft und Handel (in Paris) mit einer beglaubigten Abschrift des Protokolls und der Quittung sowie der Vollmacht. Das ertheilte Patent wird durch Vermittlung des Ministers der Marine und der Kolonien dem Vertreter zugestellt.

Sonstige Bemerkungen. Im Uebrigen gilt das französische Patentgesetz (s. oben), jedoch mit der Maßgabe, daß der notarielle Act über Besitzwechsel in der Kanzlei des Directors des Innern zu registriren, die Jahresgebühren bei dem Schatzmeister der Kolonie einzuzahlen ist und die Klagesachen vor den Appellhöfen der Kolonie anhängig zu machen sind.

Griechenland.

(2,200,000 Einwohner.)

In Griechenland ist in Ermangelung eines Patentgesetzes zur Ertheilung eines Patentes die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich. Kosten etwa 1000 *M.*

* Grossbritannien und Irland.

(38,600,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetze von 1883, 1885, 1886, 1887 und 1888.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Vorrichtungen und Apparate zu einem industriellen Endzwecke.
2. Mechanische Verfahren.
3. Chemische Verfahren.
4. Industrielle Erzeugnisse.
5. Anwendung bekannter Mittel zur Erlangung eines neuen Productes.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit im Vereinigten Königreiche bekannt ist.

Unterlagen:

1. Versicherung an Eidesstatt, nach bestem Wissen der wahre und erste Erfinder zu sein.
2. Zwei vorläufige englische Beschreibungen.
3. Wenn nöthig, zwei (Satz) Zeichnungen, welche die Erfindung nur in Hauptzügen wiedergeben, auf Cartonpapier (Bristol Board) in der Gröfse von

13'' Höhe $\times$ 8'' Breite (engl.)

oder 13'' „ $\times$ 16'' „ „

mit einer Randlinie im Abstände von $\frac{1}{2}$ '' engl. von der Kante ringsum. Innerhalb der Randlinie ist oben und unten ein Rand von 1'' Höhe freizulassen. In einer (einem Satz) Zeichnung sind die Buchstaben nur in Blei auszuführen.

4. Vollmacht.
5. Gebühr von 1 £.

Vor Ablauf von 9 Monaten nach der Anmeldung, zur Erlangung des vollständigen Patents:

6. Zwei vollständige englische Beschreibungen.
7. Zwei (Satz) Zeichnungen, welche die Erfindung genau darstellen, jedoch nicht wesentlich von den unter 3 genannten abweichen dürfen. Vorschriften hierfür wie unter 3.
8. Gebühr von 3 £.

Wird jedoch mit dem Gesuche sofort ein vollständiges Patent beantragt, so sind nur die unter 1, 4, 6, 7 aufgeführten Unterlagen und eine Gebühr von 4 £ erforderlich.

Vollmacht ist von dem Erfinder (auch mit seinem Theilhaber) persönlich, nicht von einer Firma, zu unterzeichnen und nicht zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird lediglich auf die formelle Richtigkeit des Inhalts geprüft und angenommen, worauf der vorläufige Schutz auf 9 Monate beginnt. Nach Eingang der vollständigen Beschreibungen bzw. der Annahme derselben seitens des Examinators werden sie zwei Monate lang ausgelegt. Erfolgt kein Einspruch, so wird das vollständige Patent ertheilt.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen,

1. wenn die Erfindung den Gesetzen und guten Sitten zuwiderläuft.
2. im Falle die vollständige Beschreibung ausgelegt hat, infolge eines begründeten Einspruches.

Wenn innerhalb 12 Monaten vom Tage der Anmeldung an die Beschreibung nicht angenommen ist, soll das Gesuch verfallen.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann während der 2 monatlichen Auslage erhoben werden, wenn bewiesen ist, dafs:

1. Die Erfindung dem Einsprechenden entnommen ist.
2. Die Erfindung in England bereits patentirt ist.
3. Der Einsprechende zuvor ein Patentgesuch auf dieselbe eingereicht hat.

Beschwerde gegen den Beschluss des Controlleurs ist bei dem Kronanwalte zu erheben.

Anfang und Dauer des Patentes. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung, läuft vorläufig 9 Monate und nach der Patentertheilung bei regelmäßiger Zahlung der Jahresgebühren 14 Jahre vom Tage der Anmeldung an.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: (S. oben.) Mit dem Gesuche um ein vorläufiges Patent 1 £, um die Completirung 3 £; oder mit dem Gesuche um ein vollständiges Patent 4 £. Ferner
vor Ende des 4. Jahres 5 £

„ „ „ 5. „ 6 „

„ „ „ 6. „ 7 „

jedes folgenden Jahres 1 £ mehr bis zu 14 £ vor Ende des 13. Jahres.

(1 £ = 20,43 M.)

Frist für Zahlungen: Die Gebühren sind vor dem Kalendertage der Anmeldung zu entrichten. Geschieht dies nicht, so ist eine Strafgebühr zu zahlen und zwar
im ersten Monat 1 £

„ zweiten „ 3 „

„ dritten „ 5 „

Nach drei Monaten ist die Zahlung nicht möglich und das Patent verfallen.

Gedruckte Patentschriften werden ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht vorgeschrieben.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Abtretung und Licenzertheilung muss eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage ist bei einem Gerichtshofe anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung dem Kläger entnommen ist.
2. Wenn der Kläger der erste Erfinder ist.
3. Wenn der Kläger oder ein dritter den Gegenstand

der Erfindung vor dem Tage der Anmeldung in Benutzung genommen oder verkauft hat.

Sonstige Bemerkungen. Im Allgemeinen empfiehlt es sich, stets eine vorläufige Beschreibung einzureichen, weil die Unterlagen 9 Monate geheim gehalten werden. Würde nämlich die vollständige Beschreibung sofort mit dem Gesuche eingereicht, so könnte leicht ein Anderer, welcher bereits vorläufigen Schutz für eine ähnliche Erfindung besitzt, nach Einsicht der vollständigen Beschreibung das Wesentliche derselben sich aneignen und sie unter Schutz seiner vorläufigen (allgemein gehaltenen) Beschreibung patentiren lassen und dann die Priorität haben, sodafs der wahre Erfinder des Vorthells seines Patenten verlustig geht.

Wenn die vollständige Beschreibung nicht eingereicht wird, so erlischt zwar das Patent, doch wird die vorläufige Beschreibung niemals veröffentlicht. Dies ist ein wichtiger Vortheil, weil man dann jederzeit eine neue Anmeldung für dieselbe Erfindung machen kann.

Guatemala (Amerika).

(1,480,000 Einwohner, darunter 69 % Indianer.)

Patentsucher: Jeder Einwohner (auch der in Guatemala wohnende Ausländer) für eine Erfindung. Wer ein ausländisches Patent besitzt, kann ebenfalls in Guatemala ein Patent erhalten.

Patentgesetz vom 27. Mai 1886.

Patentobject: Jede Entdeckung oder Erfindung auf irgend einem Gebiete der Industrie, insbesondere:

1. Eine Maschine, ein mechanischer Apparat.
2. Ein Instrument.
3. Ein Erzeugnifs.
4. Mechanische oder chemische Verfahren zu nutzbringender Verwendung bei den Wissenschaften und Künsten.
5. Eine Verbesserung an einer Erfindung.
6. Gegenstand eines ausländischen Patents, solange derselbe noch nicht Gemeingut geworden ist.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche bereits bestehenden Rechten, der Gesundheit, der öffentlichen Sicherheit oder den guten Sitten zuwiderlaufen.

Anmerkung. Das ertheilte Patent erstreckt sich nicht auf Producte, welche auch nach anderen Systemen frei hergestellt werden.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits veröffentlicht ist.

Unterlagen:

1. Der Patentsucher oder sein Vertreter muß sich persönlich mit einem Gesuche an das Ministerium de fomento (für Landwirthschaft und Handel) wenden, die Erfindung beanspruchen und klar beschreiben, endlich ein Patent erbitten.

Wird das Patent gewährt, so müssen innerhalb 40 Tagen eingereicht werden:

2. Eine (ein Satz) genaue Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.

oder

3. Eine genaue und vollständige spanische Beschreibung des neuen Verfahrens, unter Beigabe von Mustern der fabricirten Artikel oder Producte, wenn dies angängig ist und die Muster sich aufbewahren lassen.

4. Vollmacht.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. S. oben unter Unterlagen 1. Jedes Patentgesuch wird viermal und das ertheilte Patent mindestens zweimal in der amtlichen Zeitung veröffentlicht. Nach Ablauf des Patents werden die Beschreibungen veröffentlicht und Copien der Zeichnungen gegen Vergütung abgegeben.

Zurückweisung der Anmeldung erfolgt, wenn die Formalitäten nicht erfüllt worden sind.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert 5 bis 15 Jahre, jedoch nicht länger als ein ausländisches Patent.

Zahlungen: 5 bis 50 Pesos für jedes Jahr vor Anfang desselben zu entrichten.

(1 Peso = 4,05 *M* gerechnet, factisch etwa 2,65 *M*.)

Frist zur Zahlung: Jede Jahresgebühr muß vor dem Kalendertage der Ertheilung entrichtet werden.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb eines Jahres vom Tage der Ertheilung an stattfinden und darf nicht mehr als ein Jahr unterbrochen werden.

Nichtigkeitsklage ist beim zuständigen Gerichtshofe anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die genaue Zeichnung bezw. Beschreibung nicht innerhalb 40 Tagen nach der Ertheilung des Patents eingereicht ist.
2. Wenn das Patent zum Nachtheile Dritter ertheilt ist.
3. Wenn die Ausführung nicht binnen 1 Jahre begonnen, oder mehr als 1 Jahr geruht hat.

Sonstige Bemerkungen: Jedermann kann Patente auf Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen nehmen, doch ist er von den Patentinhabern abhängig. Ebenso dürfen die letzteren die Verbesserungen ohne Erlaubniss nicht benutzen.

Auf besonderes Gesuch kann man Zolifreiheit, unentgeltliche Belehnungen mit nationalen Gebäulichkeiten oder Ländereien für die Patentdauer, Befreiung der zu beschäftigenden Arbeiter vom Militärdienste und Beihilfen sowie Geldprämien erhalten, um die Erfindung im Lande auszubeuten.

*** Holland.**

(4,630,000 Einwohner.)

Holland besitzt kein Patentgesetz und es tritt vorläufig an dessen Stelle das Schutzmarkengesetz.

! Als Marke ist die Totalansicht der Erfindung aus der Zeichnung in verkleinertem Maassstabe zu nehmen und zwar in der Grösse von 30×30 oder 40×40 mm.

Erforderlich sind folgende Unterlagen:

Ein Cliché der Marke (Holzschnitt- oder Galvanoplastik-Cliché), 4 Abdrücke, eine Beschreibung der wichtigsten Merkmale der Marke und die Angabe, wie und auf welchen Gegenständen dieselbe angewendet wird, ferner ist eine unlegalisirte Vollmacht erforderlich.

Die Kosten der Veröffentlichung in den Amtsblättern hat der Anmeldende zu tragen.

Holländisch-Westindien (Amerika).

Umfassend Surinam (Holländisch-Guiana) und die folgenden Inseln: Curaçao, Bonaire, Aruba, St. Martin (z. Theil), St. Eustatius und Saba.

(116,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 4. Juli 1844.

Patentobject: Gewerbliche Neuheiten.

Ausgeschlossen sind: Gegenstände, welche dem Staatswohle zuwiderlaufen.

Einführungspatente werden ertheilt, welche mit dem ausländischen Patente ablaufen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits bekannt ist.

Unterlagen:

1. Gesuch in holländischer Sprache mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patentgesuch gewünscht wird, an den General-Gouverneur in Paramaribo (Holl.-Guiana).
2. Eine genaue holländische Beschreibung.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Grösse und beliebiger Ausführung.
4. Modell je nach Ermessen des Patentsuchers.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Der Generalgouverneur läßt das ohne Vorprüfung ertheilte Patent in der Surinam'schen Zeitung bekannt machen. Die Beschreibung nebst den nöthigen Zeichnungen, Modellen u. s. w. wird während der Patentdauer geheim gehalten und erst nach dem Erlöschen des Patents veröffentlicht.

Dauer des Patents: Das Patent wird je nach Wunsch auf 5, 10 oder 15 Jahre ertheilt und kann in den ersten Fällen bis zur Gesamtdauer von 15 Jahren verlängert werden.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Bei der Ertheilung des Patents

für ein	5jähriges Patent . .	150 holl. Gulden
„ „	10 „ „	300—400 „ „
„ „	15 „ „	600—700 „ „

für eine Verlängerung von 5 auf 10 oder 15 bezw. von 10 auf 15 Jahre nach Ermessen der Behörde.

Bei der Uebertragung oder Vererbung eines Patentes 20 holl. Gulden.

(1 holl. Gulden = 1,687 *fl.*).

Frist zur Zahlung. Die Zahlung muß binnen 3 Monaten von der Ausfertigung des Patents an entrichtet sein, sonst verfällt das Patent.

Ausführung der Erfindung darf nicht 2 Jahre lang ausgesetzt sein, ohne daß eine weitere Frist vom General-Gouverneur ertheilt ist.

Besitzwechsel darf nur mit Genehmigung des General-Gouverneurs erfolgen; die Vererbung muß wegen Zahlung der Gebühr angezeigt werden.

Nichtigkeitsklage kann bei den Gerichten erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patent:

1. Wenn die Beschreibung wissentlich unvollständig oder unrichtig ist.
2. Wenn die Erfindung durch Druck veröffentlicht war.

3. Wenn die Ausführung der Erfindung 2 Jahre geruht hat, ohne dafs eine weitere Frist bewilligt wurde.
4. Wenn der Inhaber nach der Ertheilung ein ausländisches Patent erhält.
5. Wenn der Inhaber nicht binnen 2 Jahren Sorge trägt, dafs der patentirte Gegenstand jederzeit zu einem angemessenen Preise an Käufer geliefert wird.
6. Wenn das Patent ohne Erlaubnifs veräußert oder ohne Anzeige vererbt ist.

* Italien.

(30,400,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetze vom 30. October 1859 und 31. Januar 1864. Königliche Decrete vom 31. Januar 1864, 16. September 1869 und 16. November 1869. Verordnungen des Ministeriums für Ackerbau, Industrie und Handel vom 5. December 1891 und 22. Februar 1893. Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz vom 18. Januar 1892.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Ein gewerbliches Erzeugnifs oder Ergebnifs.
2. Ein Instrument, eine Maschine, ein Werkzeug, eine Vorrichtung oder eine mechanische Anordnung.
3. Ein Verfahren für gewerbliche Production.
4. Ein Motor oder die industrielle Anwendung einer bereits bekannten Kraft.
5. Die technische Anwendung eines wissenschaftlichen Princips, sofern dasselbe unmittelbar gewerbliche Resultate liefert. In diesem Falle beschränkt sich der Patentschutz lediglich auf die vom Urheber ausdrücklich bezeichneten Resultate.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen, den guten Sitten oder der öffentlichen Sicherheit zuwiderlaufen.
2. Erfindungen oder Entdeckungen, welche nicht die Production materieller Gegenstände zum Zwecke haben.
3. Rein theoretische Erfindungen und Entdeckungen.
4. Arzneimittel aller Art.

Anmerkung. Bei Erfindungen in Bezug auf Getränke und Eßwaaren muß der oberste Gesundheitsrath entscheiden, ob die Patentertheilung zulässig ist.

Einführungspatente für bereits im Auslande patentirte Erfindungen werden ertheilt, solange das ausländische Patent noch nicht abgelaufen ist und ein Anderer dieselbe Erfindung oder Entdeckung noch nicht in das Königreich eingeführt und daselbst zur Ausführung gebracht hat.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs und von Italien sind infolge des Uebereinkommens (s. oben) insofern einander gleichgestellt, als der in dem einen Lande zuerst Anmeldende auch in dem anderen Lande das Vorrecht genießt, innerhalb 3 Monaten nach dem Tage der Patentertheilung eine Anmeldung auf die gleiche Erfindung unter Zurückstellung aller inzwischen dort eingegangenen Anmeldungen einreichen zu können. Bei Gegenständen, welche in Deutschland als Gebrauchsmuster, in Italien als Erfindungen angemeldet werden, beginnt die Frist von 3 Monaten in Italien mit dem auf die Anmeldung im Deutschen Reiche folgenden Tage, im Deutschen Reiche mit dem auf die Patentertheilung in Italien folgenden Tage. Die Einfuhr der in einem Lande hergestellten patentirten Gegenstände in das andere Land und umgekehrt ist gestattet, ohne daß die Patente dadurch berührt werden. Wenn die Ausführung der Erfindung in einem Lande innerhalb der vom Patentgesetze des anderen Landes vorgeschriebenen Frist stattfindet,

so soll dadurch die Ausführungsvorschrift des anderen Landes als erfüllt angesehen werden, selbst wenn im letzteren die Ausführung der Erfindung noch gar nicht begonnen hat.

Den Angehörigen sind andere Personen gleichgestellt, welche in einem der beiden Länder ihren Wohnsitz oder ihre Hauptniederlassung haben.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie früher nicht bekannt war, oder wenn, obgleich man einige Kenntniss davon hatte, die besonderen zur Ausführung erforderlichen Umstände nicht bekannt waren.

Unterlagen:

1. Gesuch auf Stempelpapier von 50 Centesimi an das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel, mit der Angabe, ob ein Patent gewünscht wird, um die Erfindung ausschliesslich zu fabriciren und zu verkaufen, oder um sie in einem Gewerbe oder in mehreren Gewerben ausschliesslich anzuwenden, mit der Angabe der Zeitdauer in ganzen Jahren, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Drei italienische oder französische Beschreibungen auf Stempelpapier von 50 Centesimi; dieselben müssen genau und vollständig sein.
3. (Wenn nöthig) Drei (Satz) Zeichnungen, entweder alle auf Carton (oder weissem glatten Papier), oder eine (ein Satz) auf Carton und zwei (Satz) auf Pausleinwand in der Grösse von

$150 \text{ mm Höhe} \times 200 \text{ mm Breite}$
 oder $200 \text{ „ „ } \times 300 \text{ „ „}$
 oder $300 \text{ „ „ } \times 400 \text{ „ „}$

 mit einer Randlinie im Abstände von 50 mm von der Kante ringsum einzufassen. Die Zeichnungen müssen in einem möglichst kleinen metrischen Maassstabe und mit tiefschwarzer chinesischer Tinte in deutlichen und markirten Strichen

gezeichnet sein. Keine Figur darf einen Raum von mehr als 200 *mm* Höhe $\times$ 300 *mm* Breite einnehmen (damit die danach anzufertigenden Aetzungen in den Text des italienischen Patentblattes eingefügt werden können). Die im Schnitte dargestellten Theile, sowie die wirklichen und wiedergegebenen Schatten sind ausschließlich in breiter Schraffur auszuführen. Der kleine Maassstab muß noch so groß gewählt werden, daß alle Theile recht klar hervortreten. In allen Figuren müssen dieselben Buchstaben die betreffenden Theile bezeichnen. Die Buchstaben und Nummern müssen deutlich (nicht zu klein) und in der Form wohlgebildeter Drucktypen eingezeichnet sein. Es können auch Figuren vorgelegt werden, welche in ein Viereck von höchstens 400 *mm* Höhe $\times$ 600 *mm* Breite auf Tafeln vereinigt sind. Titel, Aufschriften, Unterschriften, Stempelpmarken u. s. w. müssen ausschließlich auf dem Rande außerhalb des Vierecks angebracht werden. Die Zeichnungen müssen aufgerollt oder aufgezogen eingeschickt werden, damit sie keine Kniffe oder Biegungen zeigen. Lithographirte Zeichnungen, welche obige Bedingungen erfüllen, werden zugelassen. Aquarell- oder Tuschezeichnungen sind nicht gestattet.

4. Ein Modell (wenn es vom Patentsucher zum Verständnisse für wichtig gehalten wird). In diesem Falle sind nur zwei (Satz) Zeichnungen erforderlich.
5. Quittung des Domanial-Empfängers über die Zahlung der ersten Jahresgebühr von 40 Lire und der verhältnißmäßigen Abgabe (s. unten unter Zahlungen), sowie der Zahlung von 1 Lire als Werth des Stempelpapiers für das Patent.
6. Das ausländische Patent bezw. der Rechtstitel hierfür im Original oder in beglaubigter Abschrift, wenn ein Einführungspatent nachgesucht wird.

7. Vollmacht.

8. Verzeichniss der eingereichten Sachen.

Im Verlaufe der ersten 6 Monate der Dauer eines Patents, vom letzten Tage des Monats März, Juni, September und December nach und zunächst dem Gesuche ab gerechnet, kann der Inhaber die Beschreibung auf einen Theil des ursprünglichen Inhalts beschränken lassen und erhält dann ein sogenanntes Reductions-patent, welches ebensolange läuft, als das Haupt-patent.

Hierzu sind erforderlich:

1. Gesuch auf Stempelpapier von 50 Centesimi.
2. Quittung über eingezahlte 40 Lire als Abgabe und 1 Lire für Stempelpapier für das Patent.
3. Drei gleichlautende italienische oder französische Beschreibungen auf Stempelpapier von 50 Centesimi, welche an Stelle der alten treten sollen.
4. Drei (Satz) Zeichnungen an Stelle der alten, wenn solche geliefert waren.
5. Vollmacht.
6. Verzeichniss der eingereichten Sachen.

Innerhalb der ersten 6 Monate der Dauer eines Patentes (zu berechnen wie oben angegeben) hat nur der Patentinhaber oder sein Rechtsnachfolger das Recht, auf Verbesserungen oder Aenderungen an seiner Erfindung ein Zusatzpatent nachzusuchen.

Hierzu sind erforderlich:

1. Gesuch auf Stempelpapier von 50 Centesimi.
2. Quittung über eingezahlte 20 Lire als Abgabe und 1 Lire als Werth des Stempelpapiers für das Patent.
3. Drei gleichlautende italienische oder französische Beschreibungen auf Stempelpapier von 50 Centesimi.
4. Drei (Satz) Zeichnungen, wenn solche erforderlich sind.
5. Ein Modell (nach Belieben), [dann] sind nur zwei (Satz) Zeichnungen erforderlich.

6. Patenturkunde bzw. Rechtstitel zum Nachweis, daß das Hauptpatent dem Patentsucher gehört.

7. Vollmacht.

8. Verzeichniß der eingereichten Sachen.

Wenn Andere in der Zwischenzeit Patente für Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen nachsuchen wollen, müssen sie ihre Gesuche in einem versiegelten Packete niederlegen, welches erst nach Ablauf der 6 Monate eröffnet wird. Es wird dann zur Patent-ertheilung geschritten, wenn nicht der Patentsucher erklärt, daß er das Gesuch zurückzieht.

Wird die Patentertheilung wegen Mängel in den Unterlagen ausgesetzt oder überhaupt verweigert, so können innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung des Bescheides an den Vertreter die Mängel ergänzt oder eine Beschwerde an das Ministerium für Ackerbau, Gewerbe und Handel erhoben werden. Geschieht dies nicht rechtzeitig, so gilt das Gesuch als zurückgezogen. Man kann jedoch jederzeit dasselbe Gesuch von Neuem einreichen.

Vollmachten sind von einer oder mehreren Personen oder Firmen zu unterzeichnen und durch den italienischen Consul zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird in der nächsten Präfectur oder Unterpräfectur gegen Aushändigung eines Protokolls niedergelegt und von derselben innerhalb 5 Tagen an das Gewerbe-Museum in Turin gesandt. Sind die Vorschriften des Gesetzes beobachtet, so wird das Gesuch unter dem Datum der Niederlegung eingetragen und das Patent ausgefertigt. Im Falle von Gesuchen für Erfindungen in Bezug auf Getränke oder Eßwaaren werden die Unterlagen erst dem obersten Gesundheitsrath zur Prüfung vorgelegt. Fällt dessen Gutachten günstig aus, so wird das Patent ertheilt. Sind die Vorschriften des Gesetzes nicht erfüllt, so wird die Sache unter Mittheilung an den Vertreter (s. oben) ausgesetzt, bis die Ergänzungen eingegangen sind. Beschwerden werden von der zuständigen

Section einer Commission von 15 Mitgliedern geprüft; kann die Section sich nicht über die Sache einigen, so werden die Beschwerden von der ganzen Commission geprüft. Fällt das Urtheil günstig aus, so wird das Patent unter Zurückgabe der hinterlegten 50 Lire ausgefertigt. Wird das Gesuch abgewiesen, so verfallen die 50 Lire. Eine weitere Beschwerde ist nicht zulässig. Drei Monate nach der Patentertheilung werden die Unterlagen öffentlich ausgelegt.

Zurückweisung der Anmeldung muß erfolgen, wenn bei Erfindungen in Bezug auf Getränke oder Esswaaren der oberste Gesundheitsrath sich entweder ungünstig äußert oder im Zweifel über die Schädlichkeit der Erfindung ist.

Die Zurückweisung findet statt:

1. Wenn die Erfindung den Gesetzen, den guten Sitten oder der öffentlichen Sicherheit zuwiderläuft.
2. Wenn die Erfindung oder Entdeckung nicht die Production materieller Gegenstände zum Zwecke hat.
3. Wenn die Erfindung oder Entdeckung eine reine Theorie ist.
4. Wenn die Erfindung Arzneimittel betrifft.
5. Wenn das schriftliche Gesuch fehlt, oder wenn in demselben der Titel der Erfindung fehlt.
6. Wenn die Beschreibung fehlt.
7. Wenn ein Patent für verschiedene Erfindungen oder Entdeckungen nachgesucht wird, oder wenn in einem einzigen Gesuche mehrere Patente derselben oder verschiedener Art erbeten werden.
8. Wenn die eingezahlte Abgabe der Gattung des nachgesuchten Patents nicht entspricht.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist vor derselben nicht statthaft.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann innerhalb 14 Tagen nach der Zustellung des Bescheides an das Ministerium erhoben werden, welches sie der Prüfungscommission (s. oben) zuweist.

Anfang und Dauer des Patents. Der Patentschutz beginnt mit dem Tage der Hinterlegung des Gesuches. Das Patent selbst beginnt mit dem letzten Tage eines der Monate März, Juni, September oder December zunächst dem Tage der Hinterlegung und dauert mindestens 1 Jahr oder je nach Wahl des Patentsuchers (im Gesuche anzugeben!) bis zu 15 Jahre, jedoch nicht länger als ein bereits ertheiltes ausländisches Patent. Wenn das Patent auf weniger als 15 Jahre ertheilt ist, kann es nachträglich auf besonderes Gesuch bis zu 15 Jahren verlängert werden.

Zusatzpatente beginnen mit dem ersten Tage nach Ablauf der ersten 6 Monate und laufen mit dem Hauptpatente ab.

Verbesserungspatente, d. h. Patente, welche Andere innerhalb der ersten 6 Monate (s. oben unter Unterlagen) für Verbesserungen an derselben Erfindung nachsuchen, beginnen im Falle ihrer Ertheilung mit dem Tage der Hinterlegung.

Wenn bereits zweimal die Vernichtung oder theilweise Aufhebung des Patents ausgesprochen ist, nachdem dasselbe inzwischen wieder hergestellt war, kann der Procurator des Königs die unwiderrufliche Vernichtung oder Zurücknahme des Patents beantragen.

Anmerkung: Patente, welche auf Grund des Uebereinkommens (s. oben) an deutsche Reichsangehörige oder ihnen gleichgestellte Personen ertheilt sind, laufen mit dem deutschen Patente oder dem deutschen Gebrauchsmuster (3 oder 6 Jahre) ab!

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen; ebenso **Einführungspatente** (s. oben), welche mit dem ausländischen Patente ablaufen.

Zahlungen: Bei dem Gesuche um ein Hauptpatent aufer den Stempelgebühren von je 50 Centesimi für das Gesuch, jede Beschreibung und das Protokoll:

1. als Werth des Stempelpapiers für das
Patent 1 Lire.
2. verhältnißmäßige Abgabe im Betrage von

10 Lire mal so viel Jahre, für welche
das Patent nachgesucht wird, z. B.

für ein 5jähriges Patent . . .	50 Lire
„ „ 10 „ „ . . .	100 „
„ „ 15 „ „ . . .	150 „
3. die erste Jahresgebühr von . . .	40 „
ferner vor Ablauf des 2., 3. Jahres je	40 Lire
„ „ „ 4., 5., 6. „ „	65 „
„ „ „ 7., 8., 9. „ „	90 „
„ „ „ 10., 11., 12., „ „	115 „
„ „ „ 13., 14., 15., „ „	140 „

Für Reductionspatente aufser den Stempelgebühren von je 50 Centesimi für das Gesuch und das Protokoll und 1 Lire für das Patent eine Abgabe von 40 Lire.

Für Zusatzpatente aufser den Stempelgebühren von je 50 Centesimi für das Gesuch und das Protokoll und 1 Lire für das Patent eine einmalige Abgabe von 20 Lire.

Bei Gesuchen um Verlängerung eines bestehenden Patents um mehrere Jahre (bis zur Gesamtdauer von 15 Jahren, falls nicht eine Grenze durch das ausländische Patent gezogen ist) aufser den Stempelgebühren von je 50 Centesimi für das Gesuch und das Protokoll:

1. verhältnismässige Abgabe im Betrage von 10 Lire mal so viel Jahre, um welche die Zeitdauer des Patents verlängert werden soll, z. B. für 3 Jahre . . . 30 Lire,
2. eine Abgabe von . . . 40 Lire,
3. die Jahresgebühr für das folgende Jahr,
ferner die üblichen Jahresgebühren wie oben angegeben.

Bei Einführungspatenten sind die Gebühren wie bei Hauptpatenten zu entrichten, wobei jeder Bruchtheil eines Jahres für ein volles Jahr gerechnet wird.

Bei Beschwerden gegen die Zurückweisung der Anmeldung (innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Bescheides) aufser den Stempelgebühren von je 50 Centesimi für die Beschwerde und das Protokoll eine Abgabe von 50 Lire.

(1 Lire = 0,81 *M*)

Frist für Zahlungen: Die Jahresgebühren sind an dem ersten Tage jedes Jahres (d. h. Ende März, Juni, September oder December) der Dauer des Patents zu entrichten. Das Gesetz gewährt eine Frist von 3 Monaten von diesem Tage ab, nach welcher bei Nichtzahlung das Patent verfällt.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben, dagegen werden die Beschreibungen und Zeichnungen im monatlich erscheinenden Bolletino delle Privative Industriali del Regno d'Italia (Preis 2,5 Lire für jedes Monatsheft) veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung muß bei 1 bis 5jährigen Patenten innerhalb eines Jahres vom Tage der Ertheilung an stattfinden und darf nicht mehr als 1 Jahr unterbrochen werden. Bei länger dauernden Patenten beträgt die Frist für beide Fälle 2 Jahre.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung muß unter Erfüllung bestimmter Formalitäten und Zahlung von Gebühren angezeigt werden.

Nichtigkeitsklage ist bei dem Bezirksgerichtshofe anzustellen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn das Patent eine der unter 1 bis 4 für die Zurückweisung der Anmeldung (s. oben) aufgeführten Erfindungen oder Entdeckungen betrifft.
2. Wenn das Patent aus Versehen gegen das Gutachten der Gesundheitsbehörde ertheilt ist. (Ein günstiges Gutachten derselben muß in der Patenturkunde wiedergegeben sein!)
3. Wenn der Titel des Patents in betrügerischer Absicht falsch angegeben ist.
4. Wenn die Beschreibung ungenügend ist, oder eine der zur Ausführung der Erfindung nothwendigen Angabe absichtlich entstellt oder weggelassen ist.
5. Wenn die Erfindung nicht neu war oder nicht nützlich ist.
6. Wenn ein Patent auf Verbesserungen an einer Er-

findung (s. oben unter Unterlagen) innerhalb der dem Urheber oder dessen Rechtsnachfolger vorbehaltenen 6 Monate einem Dritten ertheilt ist.

7. Wenn das Zusatzpatent keine Beziehung zum Hauptpatente hat.
8. Wenn die Verlängerung des Patents erst nach Ablauf des Endtermins oder nach ausgesprochener unbedingter Aufhebung des Patents nachgesucht worden ist.
9. Wenn die Ausführung nicht binnen 1 Jahre für 1 bis 5jährige Patente, sonst 2 Jahren, begonnen hat und mehr als 1 Jahr, bzw. 2 Jahre, geruht hat.

Sonstige Bemerkungen: Ist ein nachgesuchtes ausländisches Patent noch nicht ertheilt, so braucht es im Gesuche gar nicht erwähnt zu sein.

Jamaica (Amerika).

(640,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz von 1857.

Patentobject: Alle gewerblichen Neuheiten.

Eine im Auslande patentirte Erfindung gilt als neu, solange sie nicht schon in der Colonie öffentlich ausgeführt oder das auswärtige Patent bereits erloschen ist. Hierfür kann nur von dem Erfinder oder seinem Rechtsnachfolger ein Einführungspatent beantragt werden, welches mit dem ausländischen Patente abläuft.

Bloße Veränderungen der Form und der Verhältnisse gelten nicht als eine Verbesserung.

Begriff der Neuheit. Siehe oben.

Unterlagen:

1. Gesuch auf Stempelpapier an den Gouverneur.
2. Versicherung an Eidesstatt, nach bestem Wissen der wahre und erste Erfinder zu sein; dieselbe ist vom englischen Consul zu legalisiren.

3. Eine englische Beschreibung auf Stempelpapier; dieselbe muß die Erfindung vollständig und genau erläutern und ist vom Patentsucher und 2 Zeugen zu unterzeichnen.
4. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung.
5. Bei Maschinen ein Modell, bei stofflichen Zusammensetzungen Proben der Bestandtheile und der Mischung.
6. Eine Gebühr von 5 £.
7. Bei Einführungspatenten die Versicherung, daß die Erfindung in der Colonie nicht in Anwendung ist.

Modell wird verlangt. 77

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird bei dem Executiv-Ausschuß eingelegt, demnächst dem Attorney General zur Prüfung vorgelegt, welcher Sachverständige gegen eine Entschädigung bis zu 5 £ zuziehen kann, und im Falle der Genehmigung mit einer Bescheinigung an den obigen Ausschuß zurückgeben. Spätestens 3 Monate nach der Anmeldung wird das Patent ertheilt, nachdem 4 Wochen vorher eine allgemeine Beschreibung durch die Zeitungen bekannt gemacht worden ist.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden, nachdem der Attorney General dem Gouverneur seine Gründe hierfür angegeben hat.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung oder demjenigen der Ertheilung oder einem zwischenliegenden Tage je nach Ermessen der Behörde und dauert 14 Jahre, welche auf Gesuch um weitere 14 Jahre verlängert werden können. Jedoch kann das Patent nicht länger als ein ausländisches dauern.

Zusatzpatente werden ertheilt. Verbesserungs-patente können von Anderen als dem Patentinhaber erlangt werden, doch sind beide Seiten von einander abhängig.

Zahlungen: Mit dem Gesuche 5 £, bei der Ertheilung 5 £ für die ganze Zeitdauer, aufser der Prüfungsgebühr (bis zu 5 £), wenn sie zu entrichten ist. Aufserdem sind folgende Stempelgebühren zu entrichten:

	£	s	d
Gesuch	—	. 1	. 6
Versicherung an Eidesstatt	—	. 1	. 6
Beschreibung	—	. 5	. —

Ausführung der Erfindung muss binnen 2 Jahren nach der Ertheilung stattfinden.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung muss eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage kann beim Gerichtshofe erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Beschreibung fehlerhaft ist.
2. Wenn der Patentsucher nicht der wahre Erfinder war.
3. Wenn die Erfindung nicht neu war.

Sonstige Bemerkung: Wenn Fehler in der Beschreibung gefunden werden, kann eine richtige Beschreibung mit einem Gesuch um ein anderes Patent eingereicht werden.

Japan (Asien).

(40,500,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 18. April 1885.

Patentobject: Alle nützlichen Erfindungen.

Ausgeschlossen sind:

1. Gegenstände, welche der öffentlichen Sicherheit, den guten Sitten oder der Gesundheit zuwiderlaufen.
2. Arzneien.
3. Erfindungen, welche Kriegszwecke betreffen. Diese können vom Minister für Ackerbau und Handel käuflich erworben werden.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits früher von Andern erfunden, oder allgemein in Gebrauch oder bekannt war.

Unterlagen:

1. Gesuch nach Vorschrift mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Zwei gleichlautende japanische Eingaben.
3. Drei genaue und vollständige japanische Schilderungen über die Construction, den Gebrauch und die Gestalt u. s. w. der Erfindung.
4. Ein Modell (nach Belieben).
5. Drei Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung.
6. Die Patentgebühr (s. unten).

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird durch Vermittlung der Fu-cho oder Ken (Stadt- oder Landbezirke) an den Minister für Ackerbau und Handel gerichtet und derselbe ertheilt, wenn es ihm angemessen erscheint, das Patent.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert je nach Wunsch des Patentsuchers bis zu 15 Jahren. Verlängerung ist nicht zulässig.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Wer für Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen Patente nachsuchen will, muß sich die Einwilligung des ursprünglichen Patentinhabers sichern. Sollte dieser seine Einwilligung verweigern und der Minister für Ackerbau und Handel der Ueberzeugung sein, daß der Erfindung selbst die Verweigerung nachtheilig würde, so kann er dem Verbesserer eine Special-Erlaubniss ertheilen, die ursprüngliche Erfindung zusammen mit dem verbesserten Theile zu benutzen. In diesem Falle wird eine entsprechende Vergütung für den ursprünglichen Erfinder festgesetzt.

Zahlungen: Mit dem Gesuche

für ein 5jähriges Patent		10 Yen
„ „ 10 „ „		15 Yen
„ „ 15 „ „		20 Yen
„ „ Zusatzpatent		5 Yen.

Anmerkung: Wird ein Gesuch versagt, so werden die Einzahlungen zurückerstattet.

(1 Yen = 4,2 *M.*)

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren vom Tage der Ertheilung an stattfinden und darf nicht mehr als 2 Jahre unterbrochen werden, ohne daß die Behörde unter Anführung der Gründe hiervon benachrichtigt wird.

Besitzwechsel. Für jede gänzliche oder theilweise Uebertragung muß die Erlaubniß des Ministers für Ackerbau und Handel unter Zahlung einer Gebühr von 5 Yen eingeholt werden.

Wer ein Patent erbt, muß hiervon dem Minister für Ackerbau und Handel Anzeige machen.

Wenn Patentinhaber den Platz der Registrirung verlassen, ihren Aufenthalt oder Namen wechseln, so muß dem Minister für Ackerbau und Handel hiervon innerhalb 3 Monaten Anzeige gemacht werden.

Wer in Fällen, welche in den beiden vorhergehenden Abschnitten genannt sind, es unterläßt, die Anzeige zu machen, wird mit einer Geldstrafe von nicht unter 1 Yen und nicht über 1,95 Yen (also nicht ganz 2 Yen!) belegt.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung bereits früher von Anderen gemacht worden ist.
2. Wenn der Gegenstand der Erfindung allgemein in Gebrauch oder bekannt war.
3. Wenn die Erfindung der öffentlichen Ruhe, den guten Sitten zuwiderläuft oder gesundheitsschädlich ist.
4. Wenn die Erfindung Arzneien betrifft.

5. Wenn falsche Darstellungen von Thatsachen in den schriftlichen Eingaben und den Angaben über die Erfindung entdeckt wurden.
6. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren vom Tage der Patentertheilung an erfolgt ist oder mehr als 2 Jahre geruht hat, ohne daß die Behörde unter Angabe der Gründe hierfür benachrichtigt war.
7. Wenn patentirte Erfindungen vom Auslande eingeführt und verkauft wurden.

Sonstige Bemerkungen: Sollte der Patentinhaber bemerken, daß er in der Eingabe etwas vergessen, falsch angegeben, etwas hinzuzufügen oder zu verbessern hat, so muß er zwei Eingaben mit genauer Berichtigung und Ausführung der näheren Umstände einsenden. Wenn hingegen durch den Zusatz oder die Aenderung ein wesentlicher Theil der Erfindung eine vollständige Veränderung erleidet, so kann dem Antrag nicht statt gegeben werden. (Im Allgemeinen ist den Japanern gegenüber Vorsicht geboten!)

Luxemburg.

(215,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 30. Juni 1880. Dasselbe ist dem deutschen nachgebildet.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwerthung gestatten.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen.
2. Nahrungs-, Genuß- und Arzneimittel, sowie Stoffe, welche auf chemischem Wege hergestellt werden. (Nur ein Verfahren zur Herstellung derselben ist patentfähig.)

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt. Je-

doch ist der Patentsucher verbunden, innerhalb 3 Monaten für denselben Gegenstand im deutschen Reiche ein Patent nachzusuchen, sodafs in Wahrheit das deutsche Patentamt hierfür maafsgebend ist.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie in öffentlichen Druckschriften in Luxemburg oder in Deutschland bereits beschrieben oder offenkundig benutzt war.

Unterlagen:

1. Gesuch.
2. Zwei deutsche Beschreibungen. Sie müssen ohne Veränderungen und Durchstreichungen geschrieben sein; die als ungiltig ausgestrichenen Worte müssen gezählt und angegeben, die Seiten und Verweisungen mit einer Unterschrift versehen sein. Die Erfindung muss klar und vollständig dargelegt und am Ende der Beschreibungen scharf bezeichnet sein (Ansprüche).
3. (Wenn nöthig) Zwei (Satz) Zeichnungen mit Tinte und in metrischem Maafsstabe auszuführen, in beliebiger Grösse und Ausführung.
4. Modelle oder Proben, wenn erforderlich.
5. Vollmacht.
6. Quittung über die erste Jahresgebühr.

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird gegen ein kostenfrei ausgefertigtes Protokoll hinterlegt. Ein Beschluss des mit den Handels- und Gewerbeangelegenheiten betrauten Mitgliedes der Regierung, welcher die Ordnungsmässigkeit der Anmeldung bescheinigt, wird dem Patentsucher kostenfrei übergeben und bildet im Vereine mit je einer Ausfertigung der Zeichnung und Beschreibung das Patent. Derselbe Beschluss wird auszugsweise im „Memorial“ abgedruckt.

Zurückweisung der Anmeldung kann nur erfolgen, wenn die Erfindung den Gesetzen oder guten

Sitten zuwiderläuft, oder die Unterlagen nicht vorschriftsmässig sind.

Einspruch gegen die Ertheilung kann vor derselben nicht erhoben werden.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann beim Staatsrath erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem auf die Anmeldung folgenden Tage und dauert (s. unten) bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren 15 Jahre.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Zahlungen: Bei Hauptpatenten:

Für das 1. Jahr im Voraus . . . 10 Franken.

„ „ 2. „ „ „ . . . 20 „

„ „ 3. „ „ „ . . . 30 „

Für jedes folgende Jahr 10 Franken mehr.

Für Zusatzpatente nur eine einmalige Gebühr von 10 Francs.

(1 Frank = 0,81 M.)

Frist für die Zahlungen: Die Zahlung muss spätestens innerhalb 3 Monaten vom Tage der Fälligkeit an entrichtet sein.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Die Beschreibungen liegen in den Amtsräumen der Regierung zur öffentlichen Einsicht aus.

Ausführung der Erfindung muss innerhalb 3 Jahren vom Beginn des Patents stattfinden und soll in angemessenem Umfange erfolgen.

Besitzwechsel ist stets anzuzeigen und soll gegen eine Gebühr von 1 Fr. 70 Cts. eingetragen werden, ausgenommen, wenn er durch einen Todesfall erfolgt ist. Auch etwaige Wechsel des Vertreters und theilweise Uebertragungen des Patents müssen in beweisender Form angezeigt und im „Memorial“ bekannt gemacht werden.

Nichtigkeitsklage kann beim Bezirks-Civilgericht erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn ein Großherzoglicher Beschluss die Anwendung der Erfindung der Oeffentlichkeit zugänglich macht. In diesem Falle wird eine (gerichtlich festzusetzende) Entschädigung gewährt.
2. Wenn der Inhaber verzichtet.
3. Wenn die Jahresgebühr nach 3 Monaten von der Fälligkeit an nicht entrichtet ist.
4. Wenn die im Deutschen Reiche eingereichte Anmeldung abgewiesen ist oder das deutsche Patent aus irgend einem Grunde verfällt. Der Regierung steht es jedoch zu, das Patent in letzterem Falle nach Ermessen aufrecht zu erhalten.
5. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
6. Wenn die Erfindung im Wesentlichen einem Anderen ohne dessen Erlaubniss entnommen war.
7. Wenn der Titel in betrügerischer Weise einen anderen als den wahren Gegenstand der Erfindung bezeichnet.
8. Wenn die Beschreibung für die Ausführung der Erfindung nicht ausreicht oder die wahren Mittel des Erfinders nicht vollständig und aufrichtig angiebt.
9. Wenn die Erfindung innerhalb 3 Jahren nicht in angemessenem Umfange ausgeführt wird, oder der Inhaber alles Mögliche zu thun unterläßt.

Sonstige Bemerkungen: Wer ein Patent auf Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen erhält, kann dasselbe nicht ohne Erlaubniss des Patentinhabers ausbeuten; ebenso wenig darf der letztere die Verbesserung ohne Erlaubniss benutzen.

Mauritius (Afrika)

(mit den hierzu gehörenden Inseln).

(398,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 22. Mai 1875. Dasselbe schließt sich im Wesentlichen demjenigen für Britisch-Ostindien an. Siehe dort!

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

Einführungspatente können nur dem Erfinder ertheilt werden. Der Inhaber eines englischen Patents kann innerhalb 12 Monaten nach dem Datum desselben in Mauritius ein Patent nachsuchen, welches mit dem englischen abläuft.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur.
2. Declaration (Versicherung an Eidesstatt, nach bestem Wissen der wahre und erste Erfinder zu sein).
3. Eine englische Beschreibung.
4. (Wenn nöthig) eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.

Vor Siegelung des Patents:

5. Eine gedruckte Copie des Gesuchs und der Beschreibung.
6. Eine Gebühr von 2 £.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Die Unterlagen 1—4 sind beim Colonialsecretär einzureichen. Nach Eintragung des Gesuchs und der Beschreibung ertheilt der Generalprocurator eine Bescheinigung gegen Zahlung von 10 £. Binnen 2 Monaten darauf muß der Patentsucher dies in der amtlichen Zeitung bekannt machen. Wenn innerhalb eines Monats nach dieser Bekanntmachung kein Einspruch erfolgt ist, wird das Patent ertheilt.

Einspruch gegen die Anmeldung ist an den obersten Gerichtshof zu richten.

Beschwerde. Verweigert der Generalprocurator die Bescheinigung, so kann Beschwerde beim Gouverneur erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert längstens 14 Jahre, jedoch nicht länger als ein englisches.

Auf Gesuch frühestens 1 Jahr und spätestens 6 Monate vor Ablauf kann der Gouverneur die Zeitdauer auf weitere 14 Jahre verlängern.

Zahlungen: Beim Gesuch 10 £,
 bei der Siegelung 2 £.
 (1 £ = 20,43 M.)

Sonstige Bemerkungen: Absichtlich falsche Angaben in der Declaration werden mit Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren bestraft.

Im Uebrigen siehe Britisch-Ostindien!

Mexico (Amerika).

(11,900,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 7. Juni 1890.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Jede Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung, welche zum Gegenstande hat:

1. Ein neues industrielles Product.
2. Ein neues Productionsmittel.
3. Eine neue Anwendung bekannter Mittel zur Er-
langung eines industriellen Ergebnisses.
4. Chemische und pharmaceutische Producte.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen oder der öffentlichen Sicherheit zuwiderlaufen.
2. Wissenschaftliche Principien und Entdeckungen ohne Angabe ihrer praktischen Verwendung.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie im In- oder Auslande so bekannt war, dass die Ausführung danach geschehen konnte.

Eine Ausnahme von dieser Bestimmung findet statt, wenn die Veröffentlichung durch eine auswärtige Behörde in Patentsachen geschehen ist, oder wenn die Erfindung in einer in- oder ausländischen Ausstellung vorgeführt war.

Unterlagen:

1. Gesuch an das Secretariat des Ministeriums der Oeffentlichen Arbeiten.
2. Vollmacht.
3. Zwei klare spanische Beschreibungen.
4. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung.
5. Zwei Modelle nach Belieben.
6. Zwei Muster nach Belieben.

Vollmacht ist zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Gesuch wird während 2 Monaten in Zwischenräumen von 10 Tagen im Diario Oficial veröffentlicht. Im Falle ein Einspruch erhoben worden ist, ernennt das Secretariat eine Commission, welche eine Einigung zwischen beiden Theilen herbeizuführen sucht. Sind diese Bemühungen erfolglos, wird das Verfahren vorläufig eingestellt und die Sache an die betreffende Gerichtsbehörde zur weiteren Behandlung überwiesen. Der Einsprechende hat dann eine Frist von 2 Monaten, um seinen Einspruch vor den Gerichten geltend zu machen. Lässt er die Frist unbenutzt verstreichen, so gilt sein Einspruch als nicht erhoben.

Die Urtheile, welche die Gerichte fällen, werden dem Secretariat zur Vollziehung mitgetheilt.

Wenn die zweimonatliche Frist verstrichen ist, wird, falls das Secretariat es nicht schon vorher gethan hat, die Ausfertigung des Patents vorgenommen, nachdem die entsprechenden Gebühren (s. unten) zuvor beim Schatzamte hinterlegt worden sind. Das Patent wird vom Präsidenten der Republik unterschrieben, vom Minister gegen gezeichnet und mit dem grossen Siegel versehen.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist während der Frist von 2 Monaten, welche für die öffentliche Bekanntmachung benutzt wird, zulässig. Nach Ablauf derselben werden keine Einsprüche mehr zugelassen.

Der Einspruch kann sich nur auf einen der nachfolgenden Gründe stützen:

1. Dass die Erfindung nicht patentfähig (vergl. oben) sei.
2. Dass die Erfindung schon von einem Anderen benutzt wäre.
3. Dass die Erfindung im Wesentlichen einem Anderen entnommen sei.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Ausfertigung und währt 20 Jahre, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent. Diese Dauer kann in Ausnahmefällen von der Patentbehörde um 5 Jahre sowohl für Hauptpatent als auch für Zusatzpatente verlängert werden.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Die Nachsuchung von Patenten für Verbesserungen von einer bereits patentirten Erfindung ist nur dem Urheber derselben während eines Jahres vom Tage der Ausfertigung des betreffenden Patents an vorbehalten.

Zahlungen: Einmalige Abgabe vor der Ertheilung 50 bis 150 Pesos.

Beim Gesuche um 5jährige Verlängerung des Patents dieselbe Abgabe.

(1 Peso [Dollar] = 4,4 *M* gerechnet, factisch etwa 2,9 *M*.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Alljährlich erscheinen kurze aber klare Beschreibungen der inzwischen ertheilten Patente.

Ausführung der Erfindung. Innerhalb 5 Jahren vom Tage der Patentausfertigung ist der Patentinhaber verpflichtet, dem Secretariat den Nachweis zu liefern, dass die Erfindung in der Republik angefertigt oder angewendet wird, oder dass von seiner Seite Alles geschehen ist, um deren Gebrauch oder Ausbeutung herbeizuführen. Diese Frist kann nicht verlängert werden.

Besitzwechsel oder Licenzertheilung muss im Secretariat eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage kann bei den Gerichten erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht neu war oder nicht patentfähig (vergl. oben) ist. Im Falle die Beschreibung bereits bekannte Theile einschliesst, wird sie auf das wirklich Neue eingeschränkt.
2. Wenn die Beschreibung in betrügerischer Absicht verfasst ist.
3. Wenn der patentirte Gegenstand von dem ausgeführten verschieden ist.
4. Wenn der Patentsucher nicht der wahre Erfinder war. In diesem Falle ist der Antrag auf Vernichtung des Patents innerhalb eines Jahres von dem Tage an einzureichen, an welchem die Ausbeutung des Patents in der Republik begonnen wurde.
5. Wenn der Patentinhaber ganz oder theilweise auf das Patent verzichtet.
6. Wenn innerhalb 5 Jahren der Ausführungsnachweis nicht geliefert worden ist.

Sonstige Bemerkungen: Das Patent kann aus Gründen des öffentlichen Wohls zwangsweise enteignet werden:

1. Wenn der Inhaber die Ausnutzung seines Patents verweigert.
2. Wenn die Maschine, der Apparat, das Instrument oder Verfahren solcher Art sind, dass sie im Lande hergestellt werden und leichte Anwendung finden können.

Natal (Afrika)

(840,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 8. Juli 1870 stimmt fast wörtlich mit demjenigen für das Cap der guten Hoffnung und für Victoria (Australien) überein.

Siehe dort!

Neufundland (Amerika).

(206,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 12. Mai 1856.

Patentobject: Entdeckungen und Erfindungen.

Eine bereits im Auslande patentirte Erfindung, wenn dieselbe noch nicht öffentlich bekannt geworden ist, jedoch läuft das Patent nicht länger als das ausländische.

Unterlagen:

1. Schriftlicher Eid (für Quäker eine feierliche Versicherung), der wahre Erfinder zu sein und dass nach bestem Wissen die Erfindung bisher nicht bekannt gewesen ist. Zu beglaubigen.
2. Eine kurze, klare und verständliche englische Beschreibung.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Grösse und Ausführung.
4. Ein Modell bei Maschinen; eine Probe bei stofflichen Zusammenstellungen. Wenn das Modell sehr kostspielig ist, so kann der Gouverneur die Einreichung dessen erlassen.

Wenn eine Erfindung bereits im Auslande patentirt ist, sind folgende Unterlagen erforderlich:

1. Abschrift der Beschreibung.
2. Copie der Zeichnung.
3. Modell.

Diese werden im Kolonialsecretariat hinterlegt, welches darüber eine Bescheinigung ausstellt, womit dann das Patent anfängt.

Modelle sind erforderlich, s. oben.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Die Anmeldung nebst kurzer Beschreibung wird in der Royal Gazette und einer anderen Zeitung der Kolonie bekannt gemacht, vom Attorney General genehmigt und das Patent von dem Gouverneur unter Zustimmung des königl. Rathes ertheilt.

Dauer des Patents höchstens 14 Jahre, jedoch nicht länger als diejenige eines ausländischen Patents. Der Gouverneur kann indessen den Zeitraum um 7 Jahre verlängern.

Zusatzpatente werden ertheilt.

Wer ein Patent auf Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen erhält, darf die ursprüngliche Erfindung ohne Erlaubniss des Patentinhabers nicht benutzen, ebenso wenig wie der letztere die Verbesserung.

Zahlungen: Bei der Anmeldung 5 £, bei der Ertheilung die Stempelgebühren.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Jedermann kann Copien von Patentgesuchen, Patenten, Zeichnungen u. s. w. gegen die übliche Bezahlung erhalten.

Ausführung der Erfindung muss innerhalb 2 Jahren stattfinden.

Besitzwechsel und Lizenzen sind einzutragen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents: Wenn die Ausführung der Erfindung nicht innerhalb 2 Jahren erfolgt.

Sonstige Bemerkungen: Wenn Fehler in der Beschreibung oder Zeichnung entdeckt werden, muss der Inhaber entweder die Beschreibung beschränken lassen oder ein neues Patent (reissue) nehmen.

*** Neu-Seeland (Australien).**

(670,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger. Ein Patent darf an mehrere Personen gemeinschaftlich ertheilt werden, von denen nur eine oder einige die wahren und ersten Erfinder sind.

Im Falle der Erfinder stirbt, muss sein Rechtsnachfolger innerhalb 6 Monaten ein Patent nachsuchen und die Erklärung abgeben, dass er den Verstorbenen für den wahren und ersten Erfinder halte.

Patentgesetz vom 2. September 1889.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Vorrichtungen und Apparate zu einem industriellen Endzwecke.
2. Mechanische und chemische Verfahren.
3. Industrielle Erzeugnisse.
4. Anwendung bekannter Mittel zur Erlangung eines neuen Productes.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen.

Erfindungen, welche Kriegsgeräthe oder Munition betreffen, kann der Gouverneur 9 Monate lang versiegelt halten lassen und nach Ablauf dieser Zeit entweder an den Staatssecretär des Kriegs übergeben oder öffnen lassen, damit die weitere Behandlung stattfinden kann. Für diese Verzögerung wird keine Entschädigung gewährt, doch wird das Patent um so viel später ertheilt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits bekannt war.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur nach Vorschrift.
2. Zwei vorläufige, klare, englische Beschreibungen nach Vorschrift auf Pergament oder Papier.
3. (Wenn nöthig) zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Grösse und Ausführung.

Innerhalb 9 Monaten nach dem Tage der Annahme des Gesuches:

4. Zwei vollständige und klare englische Beschreibungen nach Vorschrift auf Pergament oder Papier.
5. (Wenn nöthig) zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Grösse und Ausführung. Es kann auch in den Beschreibungen nur auf die unter 3 aufgeführten, bereits gelieferten Zeichnungen Bezug genommen werden.

Wenn mit dem Gesuche sofort vollständige Beschreibungen eingereicht werden, so fallen die unter 2 und 3 aufgeführten Unterlagen fort.

Wenn innerhalb der 9 Monate die vollständigen Beschreibungen nicht eingereicht sind, so gilt das Gesuch als zurückgezogen.

Wenn nicht innerhalb 12 Monaten nach der Anmeldung die vollständige Beschreibung angenommen ist, so ist das Gesuch ungiltig.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Der Registrator prüft das Gesuch darauf hin, ob die Erfindung klar beschrieben ist, das Gesuch, die Beschreibung und die etwaigen Zeichnungen in der vorgeschriebenen Form hergestellt sind und der Titel den Gegenstand der Erfindung genügend kennzeichnet. Ist diesen Bedingungen nicht entsprochen, so kann er die Annahme verweigern oder die Abstellung der Mängel verlangen. Im letzteren Falle erhält je nach seinem Ermessen das Gesuch das Datum des Tages, an welchem der Anforderung genügt wurde.

Findet der Registrator das Gesuch und die Beschreibung in Ordnung, so nimmt er das Gesuch an und macht dem Patentsucher Mittheilung davon. Mit dieser Mittheilung fängt auch der vorläufige Schutz von 9 Monaten an.

Wenn eine vollständige Beschreibung nebst etwaigen Zeichnungen nach der vorläufigen Beschreibung eingegangen ist, so prüft der Registrator, ob die vollständige Beschreibung vorschriftsmässig ist und ob die in letzterer genau erläuterte Erfindung mit der in der vorläufigen Beschreibung erläuterten im Wesentlichen übereinstimmt. Findet er, dass diesen Bestimmungen nicht entsprochen ist, so kann er die Annahme so lange verweigern, bis diesem Mangel abgeholfen ist. Gegen jede solche Weigerung des Registrators kann beim Gerichtshofe Berufung eingelegt werden. In diesem Falle verlängert sich die Frist von 12 Monaten für die Annahme der Beschreibung, wie das Gericht es bestimmt.

Nach der Annahme der vollständigen Beschreibung erlässt der Registrator eine Bekanntmachung in der amtlichen Zeitung und legt das Gesuch mit den Unterlagen

2 Monate lang zur öffentlichen Einsichtnahme aus. Innerhalb dieser Zeit kann Jedermann Einspruch erheben.

Ist ein Einspruch erhoben, so bestimmt der Registrator nach 14—28 Tagen einen Tag zur Verhandlung zwischen dem Einsprechenden und dem Patentsucher oder dessen Vertreter. Nach Anhörung beider Seiten entscheidet er über den Fall. Gegen diese Entscheidung kann Berufung an den betreffenden Gerichtshof erhoben werden, welcher über den Fall endgiltig entscheidet.

Nach Ablauf von 2 Monaten vom Tage der Annahme des Gesuchs an kann das Patent ertheilt werden und dies soll, abgesehen von bestimmten Fällen, innerhalb 15 Monaten nach der Anmeldung geschehen.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden, wenn den Vorschriften nicht entsprochen ist, vergl. oben, oder wenn der Registrator weiss, dass die Erfindung nicht neu ist.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann nur während der 2 monatlichen öffentlichen Auslegung erhoben werden.

Beschwerde gegen die Zurückweisung ist statthaft, s. oben.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung (welcher vom Registrator verschoben werden kann, s. oben) und dauert bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren 14 Jahre. Auf besonderes Gesuch, spätestens 6 Monate vor Ablauf, kann das Patent um 7, in besonderen Fällen 14, Jahre verlängert werden.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen:

	£	s.	d.
Beim Gesuche mit vorläufiger Beschreibung	—	10	—
Bei Uebergabe der vollständigen Beschreibung	—	10	—
Beim Gesuche mit vollständiger Beschreibung	—	10	—
Beim Empfange der Patenturkunde	2	—	—
Vor Ablauf des 4. Jahres	5	—	—
„ „ „ 7. „	10	—	—

Die verschiedenen gesetzlich vorgeschriebenen Ge-

bühren für Verhandlungen, Fristverlängerungen, Berufungen, Eintragungen, einer Abtretung oder Lizenz-ertheilung u. s. w. bewegen sich zwischen 1 s. und 5 £.

(1 £ = 20 shillings à 12 pence = 20,43 M.)

Frist für Zahlungen: Sie wird nur auf Antrag vom Registrar gewährt, wenn derselbe sich überzeugt hat, dass die Gebühr nur aus Irrthum, Zufall oder Unachtsamkeit nicht gezahlt wurde. Doch beträgt die Frist höchstens 3 Monate.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht erforderlich.

Besitzwechsel oder **Licenz**ertheilung ist einzutragen.

Nichtigkeitsklage kann beim Gerichtshofe erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn der Kläger beweist, dass er der wahre und erste Erfinder ist.
2. Wenn die Erfindung vor der Anmeldung vom Kläger oder seinem Rechtsvorgänger oder Theilnehmer offenkundig hergestellt, gebraucht oder verkauft war.
3. Wenn die Erfindung nicht neu oder patentfähig war.

Sonstige Bemerkungen: Wenn das Gesuch zurückgezogen wird oder nicht gilt, so werden die Unterlagen niemals veröffentlicht.

Wenn der Patentinhaber Fehler in der Beschreibung oder Zeichnung findet, kann er Aenderungen, welche jedoch die Erfindung nicht wesentlich verändern dürfen, beantragen. Hierfür sind bestimmte Vorschriften erlassen.

Der Gouverneur kann den Patentinhaber zwingen, Lizenzen unter angemessenen Bedingungen zu ertheilen:

1. Wenn die Erfindung in der Kolonie nicht zur Ausführung gebracht worden ist.
2. Wenn den berechtigten Anforderungen der Ge-

sammtheit bezüglich der Erfindung nicht genügt werden kann.

3. Wenn Jemand verhindert wird, eine Erfindung, deren Besitzer er ist, auf das Bestmögliche auszuführen oder anzuwenden.

Neu-Süd-Wales (Australien).

(1,140,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetze vom 22. December 1853 und 19. Juni 1879.

Patentobject: Erfindungen oder Verbesserungen in Künsten oder Gewerben.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur mit der Erklärung, der Vertreter des Erfinders zu sein.
2. Zwei englische Beschreibungen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen auf Pausleinwand in beliebiger Gröfse und Ausführung.
4. Vollmacht.
5. Quittung über 20 £.

Vollmacht braucht nicht beglaubigt zu werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Gesuch wird beim Gouverneur eingereicht und von diesem nach Ermessen an einen oder mehrere von ihm berufene Sachverständige zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Fällt der Bericht günstig aus, so ertheilt der Gouverneur das Patent, sonst versagt er es. Dieses Patent muß innerhalb 3 Tagen nach der Ertheilung in dem dafür bestimmten Bureau des Obergerichts eingetragen werden, sonst verfällt es.

Dauer des Patents: 7 bis 14 Jahre.

Zahlungen: Vor der Anmeldung 20 £, beim Kolonial-Schatzmeister einzuzahlen.

Besitzwechsel oder Licenzertheilung muß wie das Patent im Bureau des Obergerichts eingetragen werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents: Wenn die Erfindung nicht neu war.

Nicaragua (Amerika).

(330,000 Einwohner.)

Patentgesetz. In Ermangelung eines besonderen Patentgesetzes kommt die frühere spanische Gesetzgebung zur Anwendung, nämlich das Decret XLIII der Cortes vom 24. October 1820.

Patentobject: Alle gewerblichen Neuheiten.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Präfecten des Bezirks oder die Municipalität.
2. Eine genaue spanische Beschreibung.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Patent wird in Form einer Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung ertheilt und erlischt, wenn die Bescheinigung nicht binnen 6 Monaten eingelöst wird.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt, wohl aber **Verbesserungspatente**.

Dauer des Patents:

für neue Erfindungen	10 Jahre,
„ Verbesserungen	7 „
„ Einführungspatente	5 „

Diese Zeiträume können auf 15 bzw. 10 und 7 Jahre verlängert werden.

Zahlungen: Bei Einlösung der Bescheinigung eine unbestimmte Gebühr (durchschnittlich etwa 1000 *M*).

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren stattfinden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents: Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren erfolgt.

* Norwegen.

(2,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 16. Juni 1885.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

Neue Erfindungen, welche für die Industrie nutzbar gemacht werden können.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen, den guten Sitten oder der öffentlichen Ordnung zuwiderlaufen.
2. Nahrungs-, Genuß- oder Heilmittel (dagegen können Verfahren oder Apparate für die Herstellung solcher Gegenstände patentirt werden).

Jedermann darf den Gegenstand des Patents ohne Erlaubniß des Patentinhabers für eigenen Gebrauch, nicht aber in seinem Geschäfte, anfertigen oder vom Auslande einführen.

Wer bereits ein ausländisches Patent besitzt, kann binnen 7 Monaten vom Anfange desselben an in Norwegen ein Patentgesuch für dieselbe Erfindung einreichen. Doch gilt dies nur von den mit einem * bezeichneten Staaten, welche Norwegen das gleiche Zugeständniß machen. (Siehe Internationaler Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigenthums).

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie bereits so bekannt war, daß sie von anderen Sachverständigen ausgeführt werden konnte.

Doch soll eine Veröffentlichung durch Druck oder eine Ausstellung die Patentertheilung nicht verhindern, so lange noch nicht 6 Monate abgelaufen sind. (Vergl. unten).

Unterlagen:

1. Gesuch in norwegischer Sprache.
2. Zwei norwegische Beschreibungen, welche die Er-

findung so klar und deutlich beschreiben sollen, dafs andere Sachverständige die Erfindung danach ausführen und anwenden können. Sie sollen mit einem bestimmten Anspruch (oder mehreren) schliessen.

3. Zwei (Satz) Zeichnungen, wenn erforderlich. Sie müssen deutlich und haltbar sein und sämtliche in der Beschreibung enthaltenen Einzelheiten darstellen. In beliebiger Gröfse und Ausführung.
4. Modelle, Muster u. s. w. je nach Belieben.
5. Verzeichnifs der eingereichten Stücke.
6. Vollmacht.
7. Gebühr von 30 Kronen.

Im Falle die Erfindung durch Druck oder eine Ausstellung bekannt gemacht wird, aufser der entsprechenden Anzeige im ersten Falle und einer Aufschrift auf dem ausgestellten Gegenstande im zweiten Falle des Inhalts, dafs ein Patent nachgesucht werden solle:

1. Gesuch.
2. Vorläufige Beschreibung.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung einzureichen.

Der Inhaber eines Patents für eine Erfindung kann einen Antrag stellen, um sich das alleinige Vorrecht zu sichern, im Laufe von 2 Jahren vom Tage des Antrages an ein Patent für Verbesserungen oder Ergänzungen an der patentirten Erfindung zu erlangen.

Wenn von Anderen für Verbesserungen an derselben Erfindung ein Patent nachgesucht wird, so mufs das Gesuch zwei Jahre lang vom Tage an, an welchem der erste Patentinhaber den entsprechenden Antrag gestellt hat, versiegelt im Patentamte liegen. Erst nach Ablauf dieser Zeit darf das Gesuch eröffnet und weiter behandelt werden, wenn der erste Patentinhaber keinen Gebrauch von seinem Vorrechte gemacht hat.

Vollmacht mufs beglaubigt sein.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das

Gesuch wird von der Patentcommission in Christiania geprüft. Wenn die oben bei „Unterlagen“ aufgeführten Vorschriften nicht alle erfüllt sind, wird eine Frist für Nachträge gestellt, bei Strafe, daß im Falle der Nichterfüllung der Forderung das Gesuch bei Seite gelegt wird. Sind die Vorschriften erfüllt und erscheint die Erfindung neu und patentfähig, so wird binnen 4 Wochen eine öffentliche Bekanntmachung des Gesuchs erlassen und das Gesuch mit allen Unterlagen 8 Wochen lang ausgelegt.

Der Patentsucher kann unter Zahlung einer Zusatzgebühr von 20 Kronen den Antrag stellen, die Bekanntmachung und Auslegung bis zu 4 Monaten auszusetzen. In diesem Falle hat die Patentcommission bis zu 8 Wochen Frist für die vorläufige Prüfung und die 4 Monate werden vom Tage an gerechnet, an welchem die Commission dem Vertreter mittheilt, daß sie kein Hinderniß für die Patentertheilung finde.

Innerhalb 16 Wochen von der Bekanntmachung an entscheidet die Commission über das Gesuch unter Prüfung etwaiger Einsprüche, wobei sie Sachverständige zuziehen kann. Ist der Patentsucher mit der Entscheidung unzufrieden, so hat er im Laufe von 6 Wochen das Recht, eine bezügliche Vorstellung an die Commission zu richten, welche die Sache in erneute Behandlung nimmt.

Wenn der Patentsucher auch mit der neuen Entscheidung nicht zufrieden ist, kann er binnen 4 Wochen unter Zahlung von 150 Kronen die Entscheidung der Oberpatentcommission verlangen. Wenn diese die Entscheidung der Commission bestätigt, sind die 150 Kronen verfallen; im anderen Falle werden diese zurückerstattet.

Ist die Patentertheilung endgiltig beschlossen, so wird das Patent ausgefertigt.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden, wenn die Patentcommission die Erfindung nicht für neu hält.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann während der 8 wöchentlichen Auslegung der Anmeldung schriftlich erhoben werden.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann einmal bei der Patentcommission und ein andermal bei der Oberpatentcommission erhoben werden. (S. oben).

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und dauert bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren 15 Jahre.

Wenn der Patentsucher seine Erfindung durch Druck oder eine Ausstellung bekannt macht, so beginnt das Patent mit dem Tage der vorläufigen Anmeldung.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Wer sich ein Vorrecht (vergl. oben) gesichert hat, kann nach Belieben ein Zusatzpatent oder ein Hauptpatent für die Verbesserungen an seiner Erfindung nachsuchen.

Zahlungen: Mit dem Gesuche 30 Kronen,
für das 2. Jahr im Voraus 10 „
„ „ 3. „ „ „ 15 „
„ „ 4. „ „ „ 20 „
für jedes folgende Jahr 5 Kronen mehr
für Zusatzpatente 30 Kronen mit dem Gesuche, sonst
weiter nichts.

Mit dem Gesuche für Aussetzung der Bekanntmachung bis zu 4 Monaten 20 Kronen.

(1 Krone = 1,125 *M*).

Frist für Zahlungen: Die Jahresgebühren sollen am Kalendertage der Anmeldung entrichtet sein. Das Gesetz gewährt eine Frist von 3 Monaten unter Zahlung einer Strafgebühr von einem Fünftel der Abgabe.

Ausführung der Erfindung mufs binnen 3 Jahren stattfinden und darf nicht 1 Jahr lang unterbrochen werden.

Besitzwechsel. Wenn der Patentinhaber Norwegen verlässt, oder sein Patent einem nicht dort wohnenden Anderen überträgt, mufs ein Vertreter bestellt und von diesem die Vollmacht eingereicht werden.

Nichtigkeitsklage kann beim „Christiania Stadtgerichte“ erhoben werden. Die Vorladungsfrist beträgt

4 Wochen ohne Rücksicht auf den Wohnort des Verklagten. Jeder Vergleichsversuch ist ausgeschlossen. Der Vorsitzende der Patentcommission soll immer erscheinen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn eine Jahresgebühr nicht entrichtet ist.
2. Wenn der Vertreter seinen Auftrag nicht länger wahrnehmen will oder kann, und wenn der Patentinhaber nicht binnen 3 Monaten, nachdem er durch die für die Veröffentlichung der Patente bestimmte Zeitung daran gemahnt worden ist, einen neuen Vertreter bestellt.
3. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
4. Wenn die Erfindung nicht neu war, oder erst angemeldet war, nachdem mehr als 6 Monate nach der betreffenden Veröffentlichung verflossen waren.
5. Wenn das Patent für Verbesserungen an bereits patentirten Erfindungen innerhalb der 2 Jahre, welche dem Urheber der ursprünglichen Erfindung vorbehalten waren, ertheilt wurde. (Es können Einschränkungen der Patentrechte statt der Vernichtung derselben vorgenommen werden.)
6. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 3 Jahren erfolgt ist und mehr als 1 Jahr geruht hat.

Oesterreich-Ungarn

mit Bosnien und der Herzegowina.

(43,250,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende. Für Einführungs patente nur der Inhaber des ausländischen Patents oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 15. August 1852. Vollzugsvorschrift vom 5. October 1852. Kundmachung vom 8. Juni 1867. Gesetze vom 24. December 1867 und

27. Juni 1878. Kundmachungen vom 28. Juni 1878, 14. November 1871, 15. August 1874 und 29. Juli 1881. Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn über gegenseitigen Patent- u. s. w. Schutz vom 6. December 1891. Verordnung vom 8. November 1892 dasselbe betreffend.

Patentobject. Die Vereinigung zweier oder mehrerer unter sich verschiedenen Entdeckungen, Erfindungen oder Verbesserungen in ein einziges Patent ist nur dann gestattet, wenn dieselben auf einen und denselben Gegenstand als Bestandtheile oder wirkende Mittel Bezug nehmen.

Jede neue Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung, insbesondere:

1. Ein neues Erzeugniß der Industrie.
2. Ein neues Erzeugungsmittel.
3. Eine neue Erzeugungsmethode.

Ausgeschlossen sind:

1. Nahrungsmittel, Getränke und Arzneien.
2. Erfindungen, welche den Gesetzen, guten Sitten, der öffentlichen Sicherheit oder dem Staatswohle zuwiderlaufen.
3. Wissenschaftliche Principien an und für sich.

Einführungspatente werden nur dann ertheilt, wenn der im Auslande wohnende Patentsucher ausdrücklich erklärt, eine im Auslande patentirte Erfindung in die Monarchie einführen zu wollen. (S. unten).

Die Angehörigen des Deutschen Reichs und der österreichisch-ungarischen Monarchie sind infolge des Abkommens (s. oben) insofern einander gleichgestellt, als der in einem Lande zuerst Anmeldende auch in dem anderen Lande das Vorrecht genießt, innerhalb 3 Monaten nach dem Tage der Patentertheilung eine Anmeldung auf die gleiche Erfindung unter Zurückstellung aller inzwischen dort eingegangenen Anmeldungen einreichen zu können. Bei Gegenständen, welche in Deutschland als Gebrauchsmuster, in Oesterreich-Ungarn als Erfindungen angemeldet werden, beginnt die Frist von 3 Monaten in

Oesterreich-Ungarn mit dem auf die Anmeldung im Deutschen Reiche folgenden Tage, im Deutschen Reiche mit dem auf die Patentertheilung in Oesterreich-Ungarn folgenden Tage. Die Einfuhr der in einem Lande hergestellten patentirten Gegenstände in das andere Land und umgekehrt ist gestattet, ohne daß die Patente dadurch berührt werden. Wenn die Ausführung der Erfindung in einem Lande innerhalb der vom Patentgesetze des anderen Landes vorgeschriebenen Frist stattfindet, so soll dadurch die Ausführungsvorschrift des anderen Landes als erfüllt angesehen werden, selbst wenn im letzteren die Ausführung der Erfindung noch gar nicht begonnen hat.

Den Angehörigen der beiden Reiche sind auch andere Personen gleichgestellt, welche in einem der beiden Länder ihren Wohnsitz oder ihre Hauptniederlassung haben.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie bis zur Anmeldung im Inlande weder in der Ausübung stand noch durch Druck (ausländische eingeführte Drucksachen mit eingeschlossen!) veröffentlicht war.

Unterlagen:

1. Gesuch nach Vorschrift an die Statthalterei des betreffenden Landes, in welchem der Vertreter wohnt, bzw. eine politische Kreisbehörde, mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird, und mit Angabe, ob Geheimhaltung erbeten wird, oder nicht.
2. Zwei deutsche Beschreibungen, welche vollständig und genau sein müssen. Sie sollen die Erfindung klar und in einer übersichtlichen Weise erläutern und genaue Ansprüche enthalten. Es darf weder in den Mitteln noch in der Ausführungsweise etwas verheimlicht werden.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in haltbarer Farbe auf Pausleinwand, welche deutlich sein müssen. Werk-

zeichnungen können nach Belieben aufserdem noch beigelegt werden.

4. Zwei Modelle nach Belieben.
5. Zwei Muster nach Belieben.
6. Quittung über die 1. Jahresgebühr.
7. Vollmacht.

Bei Nachsuchung von Einführungspatenten aufserdem noch:

8. Das ausländische Patent im Originale oder in beglaubigter Abschrift.

Für Angehörige des Deutschen Reichs sowie ihnen gleichgestellte Personen, welche auf Grund des Abkommens (s. oben) ein Patent nachsuchen wollen, sind folgende Unterlagen erforderlich:

- I. Bei der Anmeldung von Patenten, wenn der Anspruch auf ein Patent des Deutschen Reichs gegründet wird:
 1. Eine vom kaiserlichen Patentamte im Drucke herausgegebene Patentschrift, oder in Ermangelung derselben:
 - a) Eine beglaubigte Abschrift der dem deutschen Patentamte überreichten, die Grundlage des von demselben ertheilten Patents bildenden Beschreibung und Zeichnung der Erfindung.
 - b) Eine Bescheinigung über den Tag der Anmeldung dieser Erfindung.
 - c) Eine Bescheinigung über die Ertheilung des deutschen Patents auf Grund der vorgenannten Beschreibung.
 2. In allen Fällen eine Bescheinigung über den Tag der Zustellung des Beschlusses über die Patenterteilung.
- II. Bei der Anmeldung von Patenten, wenn der Anspruch auf ein im Deutschen Reiche angemeldetes Gebrauchsmuster gegründet wird:
 - a) Eine beglaubigte Nach- oder Abbildung des im Deutschen Reiche überreichten Gebrauchsmusters

(Modelles) nebst einer beglaubigten Bescheinigung darüber, für welche an diesem Muster (Modelle) angebrachte neue Gestaltung, Anordnung oder Vorrichtung dasselbe im Deutschen Reiche angemeldet wurde, und wenn eine besondere Beschreibung des Gebrauchsmusters im Deutschen Reiche überreicht wurde, auch eine beglaubigte Abschrift dieser Beschreibung.

- b) Eine Beglaubigung über die erfolgte Eintragung dieses Gebrauchsmusters in die Gebrauchsmusterrolle nebst einer Bescheinigung über die Dauer des Schutzes, oder an Stelle dieser beiden Bescheinigungen einen beglaubigten Auszug aus der diese Daten enthaltenden Gebrauchsmusterrolle.
- c) Eine Bescheinigung über den Tag der Anmeldung des Gebrauchsmusters, sofern nicht ein diese Angabe enthaltender Auszug aus der Gebrauchsmusterrolle beigebracht wird.

Anmerkung: Die vom K. Patentamte im Drucke herausgegebenen Patentschriften bedürfen ebenso wenig als die Exemplare des „Deutschen Reichsanzeigers“ einer Beglaubigung.

Alle Beglaubigungen müssen vom Kaiserlichen Patentamte ausgestellt sein und bedürfen weiter keiner Zufügungen.

Vollmacht ist von einer oder mehreren Personen zu unterzeichnen unter gleichzeitiger Angabe ihrer etwaigen von ihrem Namen verschiedenen Firma, unter welcher die Ausführung der Erfindung erfolgen soll. Die Vollmacht ist im Deutschen Reiche von einem Amtsgerichte oder Landesgerichte oder dem österreichisch-ungarischen Consul zu beglaubigen.

Modelle werden nicht verlangt.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Gesuch, dessen Beschreibungen in einem Umschlage versiegelt und mit einer entsprechenden Inhaltsangabe auf dem Umschlage versehen sind, wird auf der Behörde

einem Beamten übergeben, welcher es sofort daraufhin untersucht, ob das Gesuch richtig abgefaßt, mit den nöthigen Beilagen versehen und die vorgeschriebene Jahresgebühr oder die Quittung beigelegt ist. Findet er Alles in Ordnung, so schreibt er auf den Umschlag den Tag und die Stunde der Ueberreichung an, läßt diese Bemerkung vom Vertreter mit unterzeichnen und stellt demselben einen Empfangsschein aus. Von diesem Tage und dieser Stunde an gilt die Priorität des Patents.

Das Gesuch wird, wenn es nicht unmittelbar auf der Statthalterei überreicht ist, von der Behörde binnen 3 Tagen an die Statthalterei oder die politische Kreisbehörde übersendet. Diese prüft das Gesuch daraufhin, ob der Gegenstand der Erfindung nicht etwa unbedingt nicht patentfähig sei und ob die Angaben auf dem Umschlage mit dem Gesuche übereinstimmen und in Ordnung seien. Ist die Prüfung nicht befriedigend, so wird entweder die Abhilfe der Mängel verlangt oder im Weigerungsfalle das Gesuch zurückgewiesen.

Ist das Gesuch statthaft oder nicht unbedingt ungeeignet, so wird es an das Ministerium für Handel und Gewerbe übermittelt, welches als Patentbehörde gilt.

Der Umschlag wird nun dort eröffnet und die Beschreibung daraufhin geprüft,

1. ob sie in einer zulässigen Landessprache abgefaßt ist.
2. ob der Gegenstand nicht in mehrere Erfindungen zerfällt und eine Zertheilung erheischt.
3. ob die Angabe auf dem Umschlage genau mit der Beschreibung übereinstimmt.
4. ob die Beschreibung so klar und verständlich ist, daß jeder Sachverständige danach ohne Weiteres den Gegenstand der Erfindung herstellen kann.
5. ob die zum Verständnisse erforderlichen Zeichnungen, Modelle oder Muster beigegeben sind und ob den Förmlichkeiten entsprochen ist.
6. ob die Erfindung weder den Gesetzen, noch der

öffentlichen Gesundheit oder den guten Sitten zuwiderläuft.

Dabei wird die erforderliche Geheimhaltung streng beobachtet.

Wird Alles in Ordnung gefunden, so ertheilt sowohl das k. k. Ministerium für Handel und Volkswirthschaft als auch das k. ungarische Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel je eine Patenturkunde, sodafs der Erfinder zwei Patent-Urkunden für die Monarchie erhält, die er stets zusammen benutzen mufs. Alsdann fängt das eigentliche Patent an.

Werden Mängel gefunden, so wird eine Abstellung derselben gefordert. Unterläfst es der Patentsucher, dieser Forderung nachzukommen, oder ist das Gesuch überhaupt nicht geeignet, so wird es unter Angabe der Gründe zurückgewiesen und die Zurückerstattung der erlegten Gebühr angeordnet.

Die Unterlagen werden im Archive jedes Ministeriums niedergelegt und, mit Ausnahme der geheim zu haltenen Gesuche, der öffentlichen Einsichtnahme freigegeben.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen, wenn sie den Vorschriften nicht entspricht.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist vor derselben nicht statthaft.

Beschwerde gegen die Zurückweisung der Anmeldung von Seiten der Statthalterei kann an das k. k. Ministerium oder das k. ungarische Ministerium je nach der Zuständigkeit des Patentsuchers erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ausfertigung der Patenturkunde und läuft je nach Wahl des Patentsuchers (im Gesuche anzugeben!) bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren bis zu 15 Jahren. Eine Verlängerung wird nur vom Kaiser auf besonderes Gesuch und ausnahmsweise bewilligt.

Wer ein Patent auf weniger als 15 Jahre besitzt, kann es beliebig oft bis zu 15 Jahren im Ganzen verlängern lassen. Dabei müssen die 2 Patenturkunden mit

eingereicht werden. Wird dies einmal unterlassen, so wird das Gesuch gewährt, wird es jedoch zum zweiten Male unterlassen, ohne dafs die erforderlichen Schritte zur Ungiltigkeitserklärung der etwa verloren gegangenen Urkunden gethan sind und ein Nachweis hierüber geliefert wird, so ist das Patent ohne Weiteres verfallen.

Patente, welche auf Grund des Abkommens (s. oben) an deutsche Reichsangehörige oder ihnen gleich gestellte Personen ertheilt sind, laufen mit dem deutschen Patente oder dem Gebrauchsmuster (3 oder 6 Jahre) ab!

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Mit dem Gesuche die

erste Jahresgebühr fl. 26,25 = 52,50 Kronen
für das 2., 3., 4. und 5. Jahr

		im Voraus je fl.	26,25 =	52,50	„
für das	6. Jahr	„	39,38 =	78,76	„
„	7. „	„	45,94 =	91,88	„
„	8. „	„	52,50 =	105,00	„
„	9. „	„	59,06 =	118,12	„
„	10. „	„	65,62 =	131,24	„
„	11. „	„	78,75 =	157,50	„
„	12. „	„	91,88 =	183,76	„
„	13. „	„	105,00 =	210,00	„
„	14. „	„	118,12 =	236,24	„
„	15. „	„	131,25 =	262,50	„

(1 Krone = 0,85 *M.*)

Bei Entrichtung der Jahresgebühren soll ein Nachweis über die Ausführung der Erfindung geliefert werden, widrigenfalls das Patent ohne Weiteres verfallen soll. Auch müssen stets die 2 Patenturkunden mit vorgelegt werden, widrigenfalls bei zweimaligem Unterlassen das Patent ohne Weiteres erlischt.

Frist für Zahlungen: Die Zahlungen müssen am Kalendertage der Ausfertigung der Patenturkunde entrichtet werden. Das Gesetz gewährt keine Frist.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß binnen 1 Jahr nach Ausfertigung der Patenturkunde stattfinden und darf nicht volle 2 Jahre ruhen.

Besitzwechsel muß unter Beifügung der 2 Patenturkunden entweder unmittelbar oder durch die Statthalterei dem betreffenden Ministerium angezeigt werden.

Nichtigkeitsklage ist beim k. k. Ministerium für Handel und Gewerbe oder beim k. ungarischen Ministerium für Ackerbau, Industrie und Handel zu erheben.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Beschreibung mangelhaft, der Anspruch nicht genau angegeben oder etwas in der Verfahrungsweise verheimlicht ist.
2. Wenn die Erfindung nicht neu war.
3. Wenn die Erfindung vom Auslande eingeführt und das Patent nicht dem Inhaber des ausländischen Patents oder seinem Rechtsnachfolger ertheilt wurde.
4. Wenn die Erfindung schon früher patentirt war.
5. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht rechtzeitig stattfindet und volle 2 Jahre geruht hat.
6. Wenn die Erfindung mit öffentlichen Rücksichten in Widerstreit tritt.
7. Wenn der Ausführungsnachweis nicht mit der Zahlung der Jahresgebühr geliefert ist.

Sonstige Bemerkungen: Wird ein Patent mit Geheimhaltung ertheilt, so wird bei Eingriffen der Uebertreter das erste Mal nur gewarnt, dagegen das zweite Mal bestraft. Erlischt das Patent, so wird die Beschreibung nebst Zeichnung veröffentlicht.

Wer ein Patent auf Verbesserungen an einer bereits patentirten Erfindung erhält, ist von dem Inhaber des ersten Patents abhängig; ebenso darf der letztere ohne Erlaubniss die Verbesserungen nicht benutzen.

† Paraguay (Amerika).

(470,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 20. Mai 1845.

Patentobject: Gewerbliche Neuheit.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie noch nicht veröffentlicht war.

Unterlagen:

1. Gesuch an das Secretariat der Centralregierung.
2. Eine genaue und vollständige spanische Beschreibung, welche versiegelt sein muß.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse oder Ausführung.
4. Modell nach Belieben.

Modelle können verlangt werden.

Dauer des Patents: 5 bis 10 Jahre. Verlängerung bei wichtigen Erfindungen zulässig.

Einführungspatente dürfen das ausländische Patent um höchstens 6 Monate überdauern.

Zahlungen: Nur die Stempelgebühr, welche verschieden ist.

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren stattfinden und darf nicht 2 Jahre ruhen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren stattfindet oder 2 Jahre geruht hat.
2. Wenn ohne Erlaubniß der Regierung im Auslande ein Patent auf dieselbe Erfindung genommen wird.

† Peru (Amerika).

(3,000,000 Einwohner.)

Die Regierung ertheilt Erfindungspatente kostenfrei, aber nur unter gewissen Bedingungen. Der Patentinhaber muß seine Erfindung einer bestimmten Anzahl von

Personen zur Benutzung mittheilen. Die Dauer beträgt 25 Jahre. Die Beschreibung und die Zeichnungen werden im Nationalmuseum aufbewahrt. Ausländische Erfindungen können patentirt werden unter der Bedingung, daß die Einführung in Peru binnen einer bestimmten Frist erfolgt.

Philippinen (Asien).

(7,000,000 Einwohner.)

Siehe Spanische Kolonien.

Portorico (Amerika)

(820,000 Einwohner.)

Siehe Spanische Kolonien.

*** Portugal**

mit den Azoren und Madeira.

(4,900,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder.

Patentgesetz: Decrete vom 31. December 1852 und 17. März 1868. Civilgesetzbuch vom 22. März 1868.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Eine kunstgerechte Arbeit oder ein Erzeugnifs auf gewerblichem Gebiete.
2. Eine Verbesserung daran.
3. Ein leichteres und weniger kostspieliges Mittel zur Erlangung einer Arbeit obiger Art.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen und Entdeckungen in Beziehung auf unerlaubte Gewerbe und Gegenstände.
2. Erfindungen oder Entdeckungen, welche den Gesetzen, der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit zuwiderlaufen.

3. Verbesserungen, die nur in Abänderungen der Form oder der Verhältnisse, oder in bloßen Verzierungen bestehen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung oder Entdeckung gilt nicht als neu, wenn sie bereits theoretisch oder praktisch durch einheimische oder fremde Schriften oder sonstwie bekannt war.

Unterlagen: Man hat sich zuerst vom Staats-Secretariat der öffentlichen Arbeiten, des Handels und der Gewerbe ein Attest darüber zu verschaffen, daß nicht ein anderes Patent für eine ähnliche Erfindung registrirt worden ist.

1. Ein portugiesisches Gesuch an das Staatssecretariat der öffentlichen Arbeiten, des Handels und der Gewerbe, mit der Erklärung, daß Patent-sucher der Erfinder ist, und mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Das obige Attest.
3. Zwei portugiesische Beschreibungen. Diese müssen nicht nur die Theile einer Maschine, auf welche sie sich beziehen, sondern auch die Thätigkeit ihrer Elemente und den Gang der Operationen, zu denen sie bestimmt ist, erkennen lassen.
4. Zwei (Satz) Zeichnungen, wenn nöthig. Dieselben müssen in metrischem Maafsstabe und mit chinesischer Tinte ausgeführt sein, und mit der größten Genauigkeit alle Einzelheiten erkennen lassen. Handelt es sich um einen Apparat oder eine Maschine, in welchem bzw. welcher sich einzelne Theile modificiren lassen, so müssen diese in anderer Farbe dargestellt werden. In beliebiger Gröfse auf Pausleinwand.
5. Zwei Muster, wenn nöthig.

Die Unterlagen 3—5 sind mit dem entsprechenden Stempel versehen und besonders in Umschlägen mit dem Privatsiegel des Vertreters zu verschließen.

6. Vollmacht.

7. Bescheinigung vom Civil-Gouverneur des Wohnortes über die erfolgte Hinterlegung der Unterlagen 3—5.

8. Quittung über die Gebühren (s. unten).

Vollmacht ist durch den portugiesischen Consul zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Die Unterlagen 3—5 werden vom Vertreter beim Civil-Gouverneur seines Wohnortes hinterlegt, welcher hierüber binnen 5 Tagen eine Bescheinigung (die Unterlage 7) ausstellt und das Packet sofort an das Staats-Secretariat der öffentlichen Arbeiten, des Handels und der Gewerbe übersendet.

Gleichzeitig reicht der Vertreter bei diesem Secretariat die Unterlagen 1, 2, 6, 7 und 8 ein.

Innerhalb 30 Tagen nach der Hinterlegung wird das Patent ausgehändigt. Sogleich bei der Aushändigung sind die Unterlagen 3—5 zu eröffnen, je eine Ausfertigung derselben beglaubigt mit der Patenturkunde zurückzugeben und die andere dem Gewerbe-Institut in Lissabon zur öffentlichen Einsichtnahme zu übermitteln.

Anm. Thatsächlich wird die Patenturkunde in etwa 4 Monaten ausgestellt.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann vor derselben nicht erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert je nach Wahl des Patentsuchers bis zu 15 Jahren, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Verlängerung beliebig oft bis zur Gesamtdauer von 15 Jahren zulässig.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Der Inhaber eines Patents hat während eines Jahres vom Tage der Ertheilung an das alleinige Recht, Zusatz-

patente für Verbesserungen an seiner Erfindung nachzusuchen.

Wenn Andere in der Zwischenzeit Gesuche für solche Verbesserungen einreichen, so bleiben diese versiegelt, bis sie nach Ablauf dieser Zeit eröffnet werden. Hat der erste Erfinder inzwischen keine Zusatzpatente nachgesucht, so werden den Dritten Hauptpatente für ihre Verbesserung ertheilt, wobei die Priorität nach den Zeitpunkten ihrer Hinterlegungen bestimmt wird.

Einführungspatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Mit dem Gesuche ist sofort eine verhältnissmässige Abgabe zu entrichten, ausserdem 10 Milreïs Stempelsteuer und 21,2 Milreïs amtliche Patentgebühr.

Die verhältnissmässige Abgabe beträgt 5 Milreïs mal so viel Jahre, für welche das Gesuch eingereicht wird.

Bei Gesuchen um Verlängerung des Patents ist dasselbe zu entrichten, als wenn ein neues Patent nachgesucht würde, z. B. für 5 Jahre:

$$10 + 21,2 + 5 \cdot 5 = 56,2 \text{ Milreïs.}$$

$$(1 \text{ Milreïs} = 1000 \text{ Reïs} = 4,54 \text{ M.})$$

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Nach 2 Jahren werden die Beschreibungen und Zeichnungen der betreffenden Patente auszugsweise veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung muss binnen 2 Jahren vom Tage der Patentertheilung an stattfinden und darf nicht 2 Jahre lang ruhen.

Besitzwechsel kann nur mittels öffentlicher Urkunde geschehen und die Zusatzpatente werden stets als in die Hauptpatente mit eingeschlossen vorausgesetzt.

Nichtigkeitsklage kann bei den Gerichten erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht neu war.
2. Wenn sie bereits früher patentirt war.

3. Wenn sie den Gesetzen, der öffentlichen Sicherheit oder Gesundheit zuwiderläuft.
4. Wenn das Patent betrügerischer Weise einen anderen Gegenstand deckt.
5. Wenn die Beschreibung nicht Alles enthält, was zur Ausführung der Erfindung erforderlich ist und den wirklichen Mitteln des Erfinders entspricht.
6. Wenn das Patent mit Umgehung der vom Gesetze vorgeschriebenen Förmlichkeiten ertheilt wurde.
7. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
8. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren vom Tage der Patentertheilung stattfindet oder 2 Jahre lang geruht hat.

Sonstige Bemerkungen. Der Besitzer eines Patents auf Verbesserungen an einer bereits patentirten Erfindung darf die letztere ohne Erlaubniss des betreffenden Patentinhabers nicht benutzen, ebenso wenig darf der letztere die Verbesserungen ohne Erlaubniss anwenden.

Portugiesische Kolonien.

Umfassend die folgenden Besitzungen:

In Afrika:

- | | |
|--|------------------|
| 1. Cap Verdische Inseln | 120,000 Einw. |
| 2. Senegambien | ? Einw. |
| 3. Inseln Thomé, Príncipe . . . | 21,000 Einw. |
| 4. Angola, Loanda, Ambriz, Benguella,
Mossamedes, Kongodistrict | 12,400,000 Einw. |
| 5. Freistaat von Ostafrika (Estado
d'Africa Oriental): Provinzen
Moçambique und Laurenço . . | 800,000 Einw. |

In Asien:

- | | |
|--|---------------|
| 6. Vorderindien: Goa, Salcete,
Damao, Diu | 520,000 Einw. |
| 7. Macao, Osttimor mit Kambing | 367,000 Einw. |

Patentsucher: Nur der Erfinder. Bei sogen. Einführungspatenten (s. unten): Jedermann.

Patentgesetz: Königliche Verordnung vom 21. Mai 1892.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Ein Fabrikat, ein im Handel befindlicher Stoff.
2. Eine Verbesserung daran.
3. Ein leichteres und wohlfeileres Mittel zur Herstellung des Fabrikats oder Stoffes.

Sogen. Einführungs patente werden an denjenigen ertheilt, welcher den Gebrauch einer ausländischen Erfindung einführt, d. h. nicht die Maschinen oder Fabrikate oder sonstigen Erzeugnisse selbst, sondern nur ihre Anwendung in irgend einem Gewerbebranche.

Der Inhaber eines ausländischen Patents kann jederzeit unter den gewöhnlichen hier angegebenen Bedingungen ein Patent nachsuchen.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit gefährden.

Unterlagen: Wer ein Patent nachsuchen will, kann vorher eine Bescheinigung darüber verlangen, dass kein ähnliches Patent bei dem Staatssecretär der Marine und der überseeischen Angelegenheiten (in Lissabon) eingereicht worden ist.

1. Ein portugiesisches Gesuch an die Generaldirection der überseeischen Angelegenheiten in Lissabon, mit der Erklärung, dass Patentsucher der Erfinder oder „Einführer“ (s. oben) ist, und mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Zwei portugiesische Beschreibungen. Diese müssen nicht bloss die Theile der Maschine, sondern auch den Gang dieser Theile und der Arbeit, welche die Maschine verrichten soll, erkennen lassen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen, wenn nöthig. Dieselben müssen in metrischem Maassstabe und mit chinesischer Tinte ausgeführt sein und die Einzelheiten genau erkennen lassen. Betrifft die Erfindung die Abänderung einzelner Theile an einem Apparate

oder einer Maschine, so sind diese Theile in einer anderen Farbe auszuführen. In beliebiger Gröfse auf Pausleinwand.

4. Zwei Modelle, wenn nöthig.

Die Unterlagen 2—4 sind besonders in Umschlägen mit dem Privatsiegel des Vertreters zu verschließen.

5. Vollmacht.

6. Bescheinigung vom Civil-Gouverneur des Wohnortes über die erfolgte Hinterlegung der Unterlagen 2—4.

7. Quittung über die Gebühren (s. unten).

Vollmacht ist durch den portugiesischen Consul zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Die Unterlagen 2—4 werden vom Vertreter (in Portugal) beim Civil-Gouverneur seines Wohnortes gegen eine Bescheinigung (die Unterlage 6) hinterlegt und von diesem an das Staatssecretariat für die Marine und die überseeischen Angelegenheiten übermittelt.

Gleichzeitig reicht der Vertreter bei diesem Secretariat die Unterlagen 1, 5, 6 und 7 ein.

Innerhalb 30 Tagen nach der Hinterlegung wird das Patent ausgefertigt. Gleichzeitig werden die Unterlagen 2—4 eröffnet, je eine Ausfertigung derselben beglaubigt mit der Patenturkunde zurückgegeben und die andere dem Kolonial-Museum (unter Obhut der Lissaboner geographischen Gesellschaft) zur öffentlichen Einsichtnahme anvertraut.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert je nach Wahl des Patentsuchers bis zu 20 Jahren, wenn die Erfindung in einem überseeischen Gebiete mit den Hilfsmitteln dieses Gebietes ausgeführt werden soll.

Sogen. Einführungspatente (s. oben) werden auf 12 Jahre ertheilt, unbeschadet jedoch der Rechte des Inhabers der Erfindung.

Verlängerung beliebig oft bis zu 20 bzw. 12 Jahren im Ganzen zulässig.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Während eines Jahres von der Ertheilung an hat nur der Patentinhaber das Recht, Zusatzpatente nachzusuchen. Erst nach Ablauf desselben kann ein Anderer Patente für Verbesserungen an derselben Erfindung nachsuchen.

Zahlungen: Mit dem Gesuche ist sofort eine verhältnissmässige Abgabe zu entrichten, ausserdem 10 Milreïs Stempelsteuer und 21,2 Milreïs amtliche Patentgebühr.

Die verhältnissmässige Abgabe beträgt 5 Milreïs mal so viel Jahre, für welche das Gesuch eingereicht wird.

Bei Gesuchen um Verlängerung des Patents ist dasselbe zu entrichten, als wenn ein neues Patent nachgesucht würde, z. B. für 5 Jahre:

$$10 + 21,2 + 5 \cdot 5 = 56,2 \text{ Milreïs,}$$

$$(1 \text{ Milreïs} = 1000 \text{ Reïs} = 4,54 \text{ M.})$$

Ausführung der Erfindung muss binnen 2 Jahren vom Tage der Ertheilung an stattfinden und darf nicht 2 Jahre lang ruhen.

Nichtigkeitsklage kann bei den Gerichten erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren von der Ertheilung an stattfindet, oder 2 Jahre lang geruht hat.
2. Wenn die Erfindung im Gebiete bereits im Gebrauche befindlich oder angewendet war.
3. Wenn auf dieselbe Erfindung bereits ein Patent ertheilt war.
4. Wenn die Erfindung die öffentliche Sicherheit oder Gesundheit gefährdet.
5. Wenn die Patenturkunde betrügerischer Weise

eine andere Erfindung deckt, als im Gesuche erwähnt war.

6. Wenn die Erfindung und ihre Anwendung anders beschrieben ist, als die Verwendung thatsächlich erfolgen soll.

Sonstige Bemerkungen: Der Besitzer eines Patents auf Verbesserungen an einer bereits patentirten Erfindung darf die letztere ohne Erlaubniss des betreffenden Patentinhabers nicht benutzen, ebenso wenig darf der Letztere die Verbesserungen ohne Erlaubniss anwenden.

*** Queensland (Australien).**

(400,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetze vom 22. December 1853 (von Neu-Süd-Wales) und 28. December 1867.

Patentobject: Erfindungen oder Verbesserungen in Künsten oder Gewerben.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur mit der Erklärung, der Vertreter des Erfinders zu sein.
2. Zwei englische Beschreibungen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen auf Pausleinwand in beliebiger Gröfse und Ausführung.
4. Vollmacht.
5. Quittung über 20 £.

Der Erfinder kann auch zuvor einen vorläufigen Schutz für 6 Monate erhalten. Er hat hierzu Beschreibungen und Zeichnungen zu liefern und eine Gebühr von 2 £ zu entrichten und erhält ein vorläufiges Certificat, welches für den genannten Zeitraum gilt.

Nach Ablauf desselben kann er zum zweiten Male um vorläufigen Schutz für weitere 6 Monate (also im Ganzen 12 Monate) einkommen, wenn er weitere Beschreibungen, welche Zusätze enthalten dürfen, solange

der ursprüngliche Zweck der Erfindung dadurch nicht abgeändert wird, einliefert und eine Gebühr von 3 £ entrichtet.

Vollmacht braucht nicht beglaubigt zu werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Gesuch um ein vollständiges Patent wird beim Gouverneur eingereicht und von diesem nach Ermessen an einen oder mehrere von ihm berufene Sachverständige zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Fällt der Bericht günstig aus, so ertheilt der Gouverneur das Patent, sonst versagt er es. Dieses Patent muß innerhalb 3 Tagen nach der Ertheilung in dem dafür bestimmten Bureau des Obergerichts eingetragen werden, sonst verfällt es.

Dauer des Patents: 7 bis 14 Jahre.

Zahlungen:

Beim Gesuch um vorläufigen Schutz auf 6 Monate	2 £
auf weitere 6 Monate	3 £
Beim Gesuch um ein Patent	20 £

Besitzwechsel oder Licenzertheilung muß wie das Patent im Bureau des Obergerichts eingetragen werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents: Wenn die Erfindung nicht neu war.

Rumänien.

(5,100,000 Einwohner.)

Dem Vernehmen nach befaßt sich die rumänische Regierung mit dem Gedanken, ein Patentgesetz zu verfassen.

Russland (ohne Finnland).

(114,500,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder. Bei Einführungs-
patenten: Jedermann.

Patentgesetz vom 22. November 1833 mit Nachträgen von 1840, 1845, 1852, 1862, 1864, 1867, 1868 und 1870. Medicinal-Reglement vom 21. März 1822.

Patentobject:

1. Jede Entdeckung, Erfindung oder Vervollkommnung irgend eines gemeinnützigen Gegenstandes oder Betriebsmittels in Künsten, Manufacturen und Handwerken.
2. Arznei- und Geheimmittel, wenn der Medicinal-Conseil sie zuläfst.

Für im Auslande patentirte Erfindungen kann der Erfinder ein russisches Patent erhalten.

Sogen. Einführungspatente, d. h. Patente auf im Auslande patentirte Erfindungen, kann Jeder erhalten, wenn der Erfinder nicht selbst darum nachsucht.

Für im Auslande bekannte, nicht patentirte Erfindungen kann nur ausnahmsweise in Rücksicht auf den zu erwartenden Nutzen für den Staat und die zur Einführung erforderlichen Kosten ein Patent ertheilt werden.

Ausgeschlossen sind:

1. Reine Principien ohne Anwendung derselben auf einen künstlichen Gegenstand (z. B. Betrieb der Branntweinbrennereien mittels Dämpfen, Kochen des Zuckers mittels Dämpfen im luftleeren Raume), falls nicht besondere und neue Apparate vorgestellt werden.
2. Unbedeutende Entdeckungen, Erfindungen und Vervollkommnungen, welche keinen wesentlichen Nutzen versprechen.
3. Erfindungen, welche der Gesellschaft oder dem Reichseinkommen Schaden zufügen können.
4. Erfindungen und Vervollkommnungen, welche sich auf die Bedürfnisse des Krieges und die Mittel der Staatsvertheidigung beziehen, wie z. B. auf Artillerie-Geschütze, Ladungen, Zündhütchen u. s. w., Schiffspanzer, unterseeische Minen, Pulverkeller, Schiffsdrehthürme und ähnliche Gegenstände.

Jedoch können Patente auf Gegenstände ertheilt werden, welche auch von Privatpersonen benutzt werden, wie z. B. Feuerwaffen, Metall-

patronen, Kugeln und sonstiges Zubehör, unter der Bedingung, daß die Patente sich nicht auch auf das Kriegs- und Marine-Ressort erstrecken.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Unterlagen:

1. Ein russisches Gesuch mit Angabe des Zeitpunktes des Anfangs und der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht werden, mit Erklärung des zu erwartenden Nutzens.
2. Zwei russische Beschreibungen; falls diese eine Uebersetzung aus einer fremden Sprache sind, auch die Urschrift zum Vergleichen. Die Beschreibungen müssen den Gegenstand, alle wesentlichen Einzelheiten desselben, Handgriffe und Gebrauchsarten genau erklären. Es darf nichts verschwiegen werden, was sich auf den genauen Betrieb beziehen kann, damit Sachverständige die Erfindung nach der Beschreibung und den Zeichnungen ohne Weiteres herstellen können. Dasjenige, was eigentlich den neuen Gegenstand bildet, d. h. worauf ein Patent nachgesucht wird, muß genau angegeben sein.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und auf beliebigem Material. Pausleinwand ist gestattet, jedoch nicht Pauspapier. Die Zeichnungen müssen den Gegenstand genau darstellen und sollen in ganz schwarzen Linien, **ohne** Buchstaben und Figurenbezeichnungen (oder mit russischen Bezeichnungen) ausgeführt sein.
4. Ein Modell, wenn verlangt.
5. Quittung über die Gebühr (s. unten).

Vor der Ertheilung des Patents, die gewöhnlich erst in 1 bis 2 Jahren nach der Anmeldung erfolgt, können Aenderungen in den Beschreibungen vorgenommen und eine längere Zeitdauer für das Patent statt der unsprünglich erbetenen nachgesucht, oder das Gesuch zurückgezogen werden. Im letzteren Falle wird die Gebühr zurückgezahlt.

Im Falle ein Patent für Arznei- oder Geheimmittel nachgesucht werden soll, ist erforderlich:

1. Ein russisches Gesuch an den Medicinal-Conseil.
2. Ein russisches Recept des erfundenen Mittels.

Vollmacht ist nicht erforderlich.

Modelle können verlangt werden.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Departement des Handels und der Manufacturen nimmt die Unterlagen 1 — 4 von dem Vorzeiger in Empfang und stellt zunächst einen Zahlungsschein aus. Nach demselben ist die Gebühr an die Reichsrentei gegen eine Quittung (die Unterlage 5) zu zahlen; bei Vorweisung dieser Quittung ertheilt das Departement dem Vorzeiger an demselben Tage ein Ansuchungszeugnifs (ohne Stempelgebühr) mit der Unterschrift des Directors und beigedrucktem Kronsiegel. Auf Wunsch fremdstädtischer Patentsucher kann das Zeugnifs ihnen mit der Post zugeschickt werden. Mit der Ertheilung dieses Zeugnisses fängt der Patentschutz an, vorausgesetzt, dafs das Patent später ertheilt wird. Ueber das Zeugnifs wird eine Bekanntmachung in den öffentlichen Zeitungen erlassen.

Das Gesuch wird im Conseil für Handel und Manufacturen daraufhin geprüft:

1. ob nicht schon früher einem Anderen auf dieselbe Erfindung ein Patent ertheilt war.
2. Ob die Erfindung mit genügender Vollständigkeit und Genauigkeit beschrieben ist.
3. Ob von der Erfindung ein Nutzen erwartet werden kann.
4. Ob die Erfindung etwas Schädliches für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen enthält.

Nöthigenfalls wird mit dem Medicinal-Conseil Rücksprache genommen.

Fällt die Prüfung befriedigend aus, so bestimmt der obige Conseil die Zeitdauer des Patents unter Berücksichtigung der Lage desjenigen Industriezweiges, zu welchem die Erfindung gehört, und berichtet darüber dem Finanzminister. Derselbe vollzieht das auf Pergament

geschriebene Patent mit seiner Unterschrift (ohne Stempelgebühr).

Im entgegengesetzten Falle weist der Conseil das Gesuch ab und erläßt eine Bekanntmachung in den öffentlichen Zeitungen über die Gründe der Abweisung. In diesem Falle wird die eingezahlte Gebühr sofort zurückerstattet.

Wenn das Gesuch wegen Undeutlichkeit, Unbestimmtheit und Unvollständigkeit der Beschreibung abgeschlagen worden ist, kann der Patentsucher ein neues Gesuch mit den geforderten Erklärungen und Ergänzungen einreichen. Wird das Gesuch für befriedigend befunden, so wird das Patent in oben beschriebener Weise ertheilt.

Bei Patentgesuchen für Arznei- und Geheimmittel ist der Geschäftsgang der folgende:

Der Medicinal-Conseil bestimmt nach Anstellung einer chemischen Untersuchung und wenn er das Mittel für nützlich anerkennt, seine Anwendung und seinen Preis.

Wenn das Medicament als vollkommen neu und in irgend welchen Arten von Krankheiten vorzüglicher als andere bekannte Mittel, oder wenigstens als ein solches anerkannt wird, welches, wenn auch nur eine gleiche Nützlichkeit mit bereits bekannten Mitteln besitzend, jedoch der Bequemlichkeit der Erfindung wegen und dem Preise nach bedeutend vortheilhafter ist, so wird dem Erfinder von der Medicinal-Behörde ein ausschließliches Patent auf den Verkauf dieses Medicaments aus den Apotheken, im Laufe von 3—6 Jahren, zu bestimmten Preisen ertheilt.

Das Recept wird geheim gehalten, bis das Patent abläuft, und dann öffentlich bekannt gemacht.

Anfang und Dauer des Patents: Der Patentschutz beginnt mit dem Tage der Anmeldung. Das eigentliche Patent fängt mit dem Tage der Ertheilung an und dauert auf Wunsch des Patentsuchers, jedoch nach Festsetzung der Behörde 3, 5 und 10 Jahre bei

eigentlichen Erfindungen, indessen nicht länger als ein ausländisches Patent.

Sogen. Einführungspatente (s. oben) werden auf höchstens 6 Jahre ertheilt, jedenfalls aber nicht länger als ein ausländisches Patent.

In keinem Falle kann ein ertheiltes Patent verlängert werden.

Zusatzpatente dauern jedenfalls eine kürzere Zeit als Hauptpatente, brauchen aber nicht mit dem Hauptpatente abzulaufen.

Patente, welche an Dritte auf Verbesserungen an bereits patentirten oder patentirt gewesenen Erfindungen ertheilt werden, erhalten höchstens die Hälfte der Zeitdauer, welche der erste Erfinder selbst genossen hat.

Patente für Arznei- und Geheimmittel dauern 3 bis 6 Jahre (s. oben).

Zusatzpatente werden ertheilt. Vergl. oben. Im Falle die Hauptpatente erlöschen, verwandeln sich die Zusatzpatente in Hauptpatente.

Wer an seiner patentirten Erfindung eine wesentliche Verbesserung, Vervollkommnung oder Abänderung von Wichtigkeit für den Betrieb vornimmt, ist verpflichtet, dem Departement, aus welchem ihm das Patent ertheilt wurde, Anzeige mit genauer Beschreibung zu machen, gleichviel, ob er ein Zusatzpatent nachsuchen will oder nicht.

Solange ein Patent in Kraft besteht, kann an Dritte ein Patent auf Verbesserungen an der durch das erstere geschützten Erfindung nicht ertheilt werden, es sei denn, daß sie den Nachweis über eine Verabredung mit dem ersten Patentinhaber wegen Benutzung der übrigen Theile des Gegenstandes liefern. Erst nach Ablauf des ersten Patents kann ein Patent auf die Verbesserungen ertheilt werden.

Zahlungen: Mit dem Gesuche zu entrichten:

1. Auf eigene Erfindungen

für ein 3 jähriges Patent	.	.	.	90 Rubel
„ „ 5 „ „	.	.	.	150 „
„ „ 10 „ „	.	.	.	450 „

2. Für sogen. Einführungspatente

auf 1 Jahr	.	.	.	.	.	.	.	60 Rubel
„ 2 „	.	.	.	.	.	.	.	120 „
„ 3 „	.	.	.	.	.	.	.	180 „
„ 4 „	.	.	.	.	.	.	.	240 „
„ 5 „	.	.	.	.	.	.	.	300 „
„ 6 „	.	.	.	.	.	.	.	360 „

Wenn ein Patent ertheilt ist, wird die Gebühr auf keinen Fall zurückerstattet.

(1 Rubel = 3,24 *M* gerechnet, factisch etwa 2,40 *M*.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Sofort nach der Ertheilung des Patents werden die Beschreibung und Zeichnungen in gewissen Zeitungen veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung muß binnen einem Viertel von der Zeitdauer des Patents in vollständigem Umfange stattfinden. Sechs Monate später muß dem Departement, welches das Patent ertheilt hat, eine Bescheinigung der Ortsobrigkeit über die erfolgte Ausführung der Erfindung vorgelegt werden.

Besitzwechsel. Wer das Patent abtreten oder wegen Ausbeutung desselben einen Gesellschafter aufnehmen will, muß dies dem Departement anzeigen.

Der Patentinhaber darf ohne Erlaubniss der Regierung nicht wegen der Ausbeutung des Patents in eine Actiengesellschaft eintreten oder das Patent an eine solche Gesellschaft abtreten.

Nichtigkeitsklage ist beim Gerichte anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung bereits vor der Anmeldung im Russischen Reiche eingeführt, oder im Gebrauche befindlich, oder durch Beschreibungen bekannt gemacht war.
2. Wenn der Patentsucher nicht der Erfinder war und der wahre Erfinder um das Patent einkommt.

3. Wenn die Beschreibung nicht vollständig ist, oder etwas verheimlicht war.
4. Wenn die Bescheinigung über die Ausführung der Erfindung nicht eingereicht ist.

Sonstige Bemerkungen: Wenn verschiedene Personen ein Patent für denselben Gegenstand nachsuchen, wird das Patent gar nicht ertheilt, ausgenommen, wenn eine derselben gerichtlich beweist, daß ein Anderer ihm seine Erfindung entwendet hat.

Seit 1814 werden sehr wenige Patente jährlich ertheilt, deren Zahl nach amtlichen Mittheilungen bis zu 129 im Jahre 1877 stieg.

*** San Domingo (Amerika).**

(510,000 Einwohner.)

Diese Republik besitzt kein Patentgesetz, doch ist sie dem Internationalen Vereine zum Schutze des gewerblichen Eigenthums (s. den Vertrag desselben) beigetreten.

San José oder Costa Rica (Amerika).

(250,000 Einwohner.)

Die Verfassungsurkunde bestimmt, daß der Kongress berufen ist, den Fortschritt der Gewerbe und der Wissenschaft zu fördern und den Erfindern oder Urhebern ein ausschließliches Recht an ihren Erfindungen und Schriften auf bestimmte Zeit zu gewähren. Die Ertheilung eines Erfindungspatents muß daher beim Kongress nachgesucht werden.

Die Unterlagen und Gebühren werden von demselben für jeden Fall bestimmt.

San Salvador (Amerika)

(780,000 Einwohner, davon 10,000 Weifse.)

Die Verfassungsurkunde giebt der Regierung die Ermächtigung, den Erfindern Patente zu ertheilen. Es fehlt

noch an einem besonderen Patentgesetze, doch wird die Bestimmung der Verfassung in Uebereinstimmung mit der Praxis der civilisirten Nationen in Anwendung gebracht.

Für jeden Fall werden Unterlagen, Zeitdauer und Gebühren besonders bestimmt.

* Schweden.

(4,820,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 16. Mai 1884. Königliche Verordnung vom 7. November 1884. Abänderung vom 12. Juni 1891. Bekanntmachung vom 26. Juni 1885 betreffend den Internationalen Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigenthums.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Neue Erfindungen für industrielle Erzeugnisse.
2. Verfahren zur Herstellung solcher Erzeugnisse.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen oder der Moral zuwiderlaufen.
2. Lebensmittel oder Arzneimittel. (Nur Verfahren zur Herstellung derselben können patentirt werden.)

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie vor der Anmeldung durch Druck veröffentlicht oder offenkundig benutzt war. Auch gilt sie nicht als neu, wenn sie von veröffentlichten oder benutzten Sachen oder Verfahren nicht wesentlich abweicht.

Die Veröffentlichung einer Erfindung mittels Druck durch eine ausländische Patentbehörde, oder die Vorführung derselben auf einer Weltausstellung bildet kein Hinderniß gegen die Patentertheilung, wenn die Anmeldung binnen 6 Monaten nach der Veröffentlichung oder der Ausstellung eingereicht wird.

Unterlagen:

1. Ein schriftliches Gesuch an das Königliche Patentbureau in Stockholm. Wenn es in fremder Sprache abgefaßt ist, muß eine durch einen öffentlichen Notar beglaubigte schwedische Uebersetzung beigefügt werden. Das Gesuch muß vollständige Vor- und Zunamen, Stand und Postadresse des Patentsuchers und seines Vertreters, die Angabe, ob Patentsucher der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger ist, im letzteren Falle auch den Rechtstitel (derselbe muß durch eine schwedische Gesandtschaft oder einen schwedischen Consul oder eine dazu befugte ausländische Behörde beglaubigt sein), Benennung der Erfindung und ein Verzeichniß der Anlagen enthalten.

2. Zwei Beschreibungen; wenn sie in fremder Sprache abgefaßt sind, müssen zwei beglaubigte schwedische Uebersetzungen beigefügt werden.

Die Beschreibungen müssen deutlich und klar sein, sodafs ein Sachverständiger danach die Erfindung ausüben kann, doch brauchen die Beschreibungen nur das unumgänglich Nothwendige zu enthalten. Sie müssen mit einer genauen Angabe des Neuen an der Erfindung (Patentanprüche) abschließen.

3. Zwei (Satz) Zeichnungen, wenn nöthig. Die eine Zeichnung (oder der eine Satz) auf weißem, starken und glatten Cartonpapier in der Gröfse von

330 *mm* Höhe $\times$ 210 *mm* Breite
 oder 330 *mm* „ $\times$ 420 *mm* „
 oder 330 *mm* „ $\times$ 630 *mm* „

mit einer Randlinie im Abstände von 20 *mm* von der Kante ringsum einzufassen. Innerhalb der Randlinie sind die Zeichnungen mit chinesischer Tinte in tiefschwarzen Linien ohne Schattirung oder Farben auszuführen, ebenso die Schriften.

In der unteren rechten Ecke ist Raum für des Vertreters Unterschrift zu lassen.

Die andere Zeichnung (bezw. der andere Satz) ist als Pause der ersten auf Malerleinwand (nicht Pauspapier) auszuführen, wobei ölhaltige Farben aufgetragen werden können.

Die Zeichnungen dürfen nicht gefaltet oder gerollt sein und müssen völlig glatt bei dem Patentbureau ankommen.

4. Modell, Waarenprobe u. dergl., wenn nöthig.

5. Vollmacht.

6. Gebühr von 50 Kronen.

Im Falle auf Grund des Internationalen Vertrages zum Schutze des gewerblichen Eigenthums (s. denselben) spätestens binnen 7 Monaten nach der Ertheilung eines ausländischen Patents in Schweden ein Patentgesuch (mit der Priorität des ausländischen Patents und unter Zurückstellung aller inzwischen eingegangenen Anmeldungen auf dieselbe Erfindung) eingereicht wird, ist erforderlich:

7. Eine Urkunde zum Nachweis, dafs das ausländische Patent nachgesucht ist. Dieselbe mufs von einer schwedischen Gesandtschaft oder einem schwedischen Consul beglaubigt werden.

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das Patentbureau prüft, ob alle Unterlagen vorschriftsmässig sind, und ob die Erfindung etwa nicht patentfähig oder offenbar nicht neu ist.

Sind die Vorschriften nicht erfüllt, so giebt das Bureau dem Patentsucher auf, die Mängel innerhalb einer Frist abzustellen. Kommt der Patentsucher nicht nach, so wird das Gesuch als verfallen betrachtet.

Ist die Erfindung nicht patentfähig oder offenbar nicht neu, oder der Rechtstitel für die Nachsuchung des Patents nicht geliefert oder die Gebühr von 50 Kronen nicht entrichtet, so hat das Patentbureau das Recht, das

Gesuch unter Angabe der Gründe sofort abzulehnen. In diesem Falle kann der Patentsucher spätestens vor dem 60. Tage, 12 Uhr, vom Tage des Beschlusses an beim Könige Beschwerde erheben.

Ist dagegen das Gesuch in Ordnung, so erläßt das Patentbureau eine öffentliche Bekanntmachung darüber und legt die Anmeldung 2 Monate lang zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Erfolgt kein Einspruch und liegt kein anderes Hinderniß vor, so wird das Patent ertheilt.

Ist ein Einspruch erhoben, so kann das Gesuch abgewiesen werden. In diesem Falle steht es dem Patentsucher frei, binnen 60 Tagen vom Tage des Beschlusses an beim Könige Beschwerde zu erheben.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden, s. oben.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist während der 2monatlichen Auslage der Anmeldung statthaft, s. oben.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann beim Könige erhoben werden, s. oben.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und dauert bei regelmäßiger Zahlung der Jahresgebühren 15 Jahre.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Zahlungen: Mit dem Gesuche 50 Kronen, von denen die Hälfte zurückerstattet wird, falls das Gesuch verfällt oder abgelehnt wird.

Ferner:

für das 2., 3., 4. und 5. Jahr

im Voraus je 25 Kronen

für das 6., 7., 8., 9. und 10. Jahr

im Voraus je 50 Kronen

für das 11., 12., 13., 14. und 15. Jahr

im Voraus je 75 Kronen.

Für Zusatzpatente nur die Anmeldegebühr von 50 Kronen, sonst weiter nichts.

Frist für Zahlungen: Die Jahresgebühren sind vor dem Kalendertage der Anmeldung zu entrichten, andernfalls erhöhen sie sich um ein Fünftel während einer Frist von 90 Tagen nach Beginn des Patentjahres, nach deren Ablauf bei Nichtzahlung das Patent verfällt.

Gedruckte Patentschriften werden ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß binnen 3 Jahren vom Tage der Patentertheilung an stattfinden. Das Patentbureau kann bei der Ertheilung oder später diese Frist auf 4 Jahre erstrecken oder sonstige Erleichterungen gewähren.

Die Ausführung darf nicht 1 Jahr lang unterbrochen werden.

Besitzwechsel muß unter Vorlegung der Uebertragungsurkunde dem Patentbureau zum Eintragen vorgelegt werden.

Wenn der Patentinhaber in das Ausland geht, oder wenn das Patent an eine nicht in Schweden wohnhafte Person übergeht, so muß der Patentinhaber bzw. der neue Eigenthümer einen in Schweden wohnhaften Vertreter bestellen und die Vollmacht für denselben an das Patentbureau einsenden.

Der Richter darf in vorkommenden Fällen einen Vertreter mit rechtlicher Wirkung für den Patentinhaber ernennen.

Nichtigkeitsklage kann bei dem Staatsgerichte zu Stockholm erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist stattfindet oder 1 Jahr geruht hat.
2. Wenn der Patentsucher nicht der wahre Erfinder war.
3. Wenn die Erfindung nicht patentfähig ist.
4. Wenn die Erfindung nicht neu war.
5. Wenn die Jahresgebühr nicht entrichtet ist.

Wenn der König es für nothwendig erachtet, daß

eine patentirte Erfindung der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werde, kann das Patent gegen eine gütlich oder gerichtlich festzusetzende Abfindung zurückgenommen werden.

*** Schweiz.**

(3,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 29. Juni 1888. Vollziehungsverordnung vom 12. October 1888. Bundesrathsbeschlüsse vom 26. October 1888 und 6. März 1889. Circulare No. 5 und No. 17 vom 15. Mai 1889. Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz nebst Schlufsprotokoll vom 13. April 1892. Abänderungsgesetz vom 23. März 1893.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Ein Gesuch für ein Zusatzpatent darf mehrere Verbesserungen an der durch das Hauptpatent geschützten Erfindung umfassen.

Erfindungen, welche gewerblich verwerthbar und durch Modelle dargestellt werden können.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung in der Schweiz so bekannt ist, dafs sie durch Sachverständige ausgeführt werden kann. (Auch darf sie noch nicht in die Schweiz eingeführt sein.)

Für Angehörige eines mit * bezeichneten Staates ist das Recht vorbehalten, innerhalb 7 Monaten vom Tage der Einreichung des Gesuches im letzteren Staate an in der Schweiz ein Patentgesuch mit derselben Priorität einzureichen.

Jeder Ausländer, welcher in einer schweizerischen Ausstellung eine Erfindung ausstellt, hat das Recht, unter Beobachtung bestimmter Vorschriften (s. unten)

binnen 6 Monaten vom Tage der Zulassung zur Ausstellung an ein Patent unter Zurückstellung aller inzwischen eingegangenen Anmeldungen auf dieselbe Erfindung nachzusuchen.

Unterlagen: Für Hauptpatente:

1. Ein Gesuch auf einem, vom eidgenössischen Amte unentgeltlich gelieferten, Druckformulare in einer der drei Landessprachen.
2. Zwei Beschreibungen in derselben Landessprache in leserlicher Schrift mit tiefschwarzer Tinte (nicht Copirtinte) auf Papier in der Gröfse von
 $330\text{ mm Höhe} \times 210\text{ mm Breite}$.

Jede Beschreibung mufs so gehalten sein, dafs ein Fachmann die Erfindung danach ausführen kann, und mufs mit einer gedrängten Darlegung der Merkmale der Erfindung (Patentansprüche) schliessen.

3. Zwei (Satz) Zeichnungen, davon die eine (der eine Satz) auf Cartonpapier (Bristol Board) und die andere (der andere Satz) auf Pausleinwand; alle in der Gröfse von

$330\text{ mm Höhe} \times 210\text{ mm Breite}$
 oder $330\text{ mm} \quad ,, \quad \times 420\text{ mm} \quad ,,$
 oder $330\text{ mm} \quad ,, \quad \times 630\text{ mm} \quad ,,$

Die beiden letzten Gröfssen sind nur dann zulässig, wenn die erste für die Deutlichkeit der Darstellung nicht ausreicht. Jedenfalls sollen die Zeichnungen die Erfindung deutlich erkennen lassen.

Jede Zeichnung ist mit einer Randlinie im Abstände von 20 mm von der Kante ringsum einzufassen und innerhalb derselben mit den folgenden Angaben zu versehen:

In der oberen Ecke links: Name des Patent-suchers und Tag der Einreichung.

In der oberen Ecke rechts: Anzahl der Zeichnungen in einem Satze, wenn mehr als eine Zeichnung in zwei Ausfertigungen geliefert wer-

den, und die Ordnungsnummer der Zeichnung (des Blattes).

In der unteren Ecke rechts: Unterschrift des Vertreters.

Wenn ein Maassstab angenommen ist, muss derselbe metrisch und nicht durch Worte angegeben, sondern als eine Scala aufgetragen sein.

Die Hauptzeichnung(en) auf Carton deutlich und mit Einschluss der drei Eckenangaben tief-schwarz mit chinesischer Tinte ohne farbige Linien oder Töne auszuführen, alle Linien derselben Bedeutung gleich stark, scharf und voll (nicht faserig) zu halten, allzu feine Linien zu vermeiden; Schraffirungen zur Bezeichnung der Schnitte und zur Hervorhebung gerundeter Formen dürfen nicht in einander übergehen, Schattirungen durch schraffierte Linien sind auf das Nothwendigste zu beschränken; keine Schlagschatten. Die Zeichnung oder der Satz Zeichnungen darf keine schriftliche Erklärung der Erfindung enthalten. Buchstaben und Ziffern zur Bezeichnung der Theile müssen mindestens 3 *mm* hoch, kräftig und deutlich geschrieben sein. Dieselben Constructionstheile in verschiedenen Ansichten müssen stets dieselben Bezeichnungen erhalten. In schwierigen Zeichnungen empfiehlt es sich, die Zeichen ausserhalb der Umrisse zu setzen und durch Haarstriche mit den zugehörigen Constructionstheilen zu verbinden.

Die Nebenzeichnung(en) auf Pausleinwand als Pause der Hauptzeichnung, jedoch nach Belieben mit Farben zur Bezeichnung der Materialien anzulegen. Auch dürfen die charakteristischen Merkmale der Erfindung besonders hervorgehoben werden.

Die Zeichnungen dürfen weder gefaltet noch aufgerollt werden und müssen im glatten Zustande im eidgenössischen Amte anlangen.

4. Zahlung von 40 Franken.
5. Im Falle nicht der Erfinder, sondern sein Rechtsnachfolger das Patent nachsucht: Urkunde zum Nachweis der Berechtigung dazu.
6. Vollmacht.
7. Der Nachweis, daß ein Modell des Gegenstandes der Erfindung oder der Gegenstand selbst vorhanden ist.

Der Nachweis wird geliefert:

- a) durch Einreichung derjenigen Modelle, welche bleibend zu hinterlegen sind (s. Unterlagen 8), beim eidgenössischen Amte.
- b) Durch Einreichung derjenigen Modelle, die nicht bleibend hinterlegt werden, beziehungsweise 2 Satz photographischer Aufnahmen derselben, beim eidgen. Amte zur amtlichen Vergleichung mit den das Gesuch begleitenden schriftlichen Darlegungen.

Mit Einwilligung des eidgenössischen Amtes genügt es, wenn die Modelle an einem dritten Orte in der Schweiz einem von dem Amte gesandten Sachverständigen zur Besichtigung vorgeführt werden. Die Reisekosten und Tagegelder desselben sind natürlich vom Patentsucher zu bezahlen.

Die Modelle oder Photographien sind sämtlich mit dem Namen und der Adresse des Patentsuchers, dem Tage der Anmeldung und der Anzahl der zusammengehörenden Stücke zu bezeichnen. Dies soll bei Modellen auf einem mit dem Gegenstande selbst oder der unmittelbaren Verpackung befestigten Zettel, bei Photographien entweder auf diesen selbst oder auf dem Blatte, auf welchem sie aufgezogen sind, geschehen. Die Photographie oder das Blatt mit einer oder mehreren aufgezogenen Photographien soll die Gröfse von

330 mm Höhe $\times$ 210 mm Breite

haben oder in dieses Format gefaltet werden können. Es empfiehlt sich, zum Aufziehen der Photographien kein dickes Cartonpapier zu verwenden.

8. Modelle bei Erfindungen betreffend Werke und Schalen von Taschenuhren, oder Handfeuerwaffen, oder Gegenstände, welche ganz oder theilweise aus bestimmten schwer zu identificirenden Stoffen oder Stoffverbindungen hergestellt sind.

9. Verzeichniss der eingereichten Sachen.

Werden die Unterlagen 7 und 8 nicht geliefert, so wird blofs ein provisorisches Patent ertheilt, welches dem Inhaber während 3 Jahren vom Tage der Anmeldung an das alleinige Recht auf das definitive Patent sichert. Das provisorische Patent verleiht ihm indessen kein Klagerrecht wegen Nachahmung oder Benutzung der Erfindung.

Vor Ablauf der 3 Jahre kann durch Lieferung der Unterlagen 7 und 8 das provisorische Patent kostenfrei gegen ein definitives Patent umgetauscht werden, welches jedoch nicht rückwirkend ist.

Werden alle Unterlagen 1 bis 9 bei der Anmeldung eingereicht, so wird das definitive Patent ertheilt.

Für **Zusatzpatente** sind die folgenden Unterlagen erforderlich:

1. Ein Gesuch wie oben } in derselben Landessprache
2. Zwei Beschreibungen } wie für das Hauptpatent.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen wie oben.
4. Zahlung von 20 Franken.
5. Der Nachweis, daß ein Modell der Verbesserung vorhanden ist. Derselbe wird genau so wie bei Hauptpatenten geliefert.
6. Modelle, wenn erforderlich (s. oben).
7. Verzeichniss der eingereichten Sachen.

Auf Verlangen des Patentsuchers kann im Falle der Patentertheilung die Ausgabe der Patentschriften (s. unten) um 6 Monate verzögert werden.

Der Angehörige eines mit * bezeichneten Staates, welcher binnen 7 Monaten vom Tage der ausländischen Patentanmeldung an in der Schweiz ein Patent nach-

suchen will, muß diesen Umstand, den Staat und den Tag der Anmeldung im Gesuch erwähnen lassen.

Der Ausländer, welcher in einer schweizerischen Ausstellung eine Erfindung ausstellt und binnen 6 Monaten vom Tage der Zulassung zur Ausstellung an ein Patent unter Zurückstellung aller inzwischen auf dieselbe Erfindung eingegangenen Anmeldungen ein Patent nachsuchen will, muß die folgenden Unterlagen liefern:

1. Ein Gesuch um zeitweiligen Schutz auf einem, vom eidgenössischen Amte unentgeltlich gelieferten, Druckformulare in einer der drei Landessprachen.
2. Eine kurze Beschreibung in derselben Landessprache, welche die Erfindung hinreichend kennzeichnet, auf Papier in der Gröfse von 330 *mm* Höhe $\times$ 210 *mm* Breite.
3. Ein Satz Zeichnungen, welche zum Verständniß derselben erforderlich sind, in der Gröfse von 330 *mm* Höhe $\times$ 210 *mm* Breite.
4. Zahlung von 10 Franken.
5. Verzeichniß der eingereichten Sachen.
6. Vollmacht.

Diese Unterlagen müssen binnen 1 Monat vom Tage der Zulassung zur Ausstellung an beim eidgenössischen Amte eingereicht werden.

Die Angehörigen des Deutschen Reichs und der Schweiz sind infolge des Abkommens (s. oben) insofern einander gleich gestellt, daß derjenige, welcher in dem einen Lande ein Patent nachgesucht hat, binnen 3 Monaten nach der Patentertheilung auch in dem anderen Lande ein Patent mit derselben Priorität auf dieselbe Erfindung anmelden kann, wobei dann alle inzwischen auf den gleichen Gegenstand eingegangenen Anmeldungen zurückgestellt werden. Bei Gegenständen, welche im Deutschen Reiche als Gebrauchsmuster, dagegen in der Schweiz als Erfindungen angemeldet werden, beginnt die Frist von 3 Monaten im Deutschen Reiche mit dem auf die Patentertheilung in der Schweiz folgenden Tage und in der Schweiz mit dem auf die im Deutschen Reiche gemachte

Anmeldung folgenden Tage. Wenn in dem einen Lande die Ausführung der Erfindung innerhalb der im anderen Lande gesetzlich vorgeschriebenen Frist stattfindet, so soll dadurch die Ausführungsvorschrift des anderen Landes als erfüllt angesehen werden, selbst, wenn in dem letzteren die Ausführung der Erfindung noch gar nicht begonnen hat. Die Einfuhr der in dem einen Lande hergestellten patentirten Gegenstände in das andere Land und umgekehrt ist gestattet, ohne dafs dadurch die Patente berührt werden. Das Patent kann auch früher in dem einen Lande angemeldet werden, wenn in dem anderen Lande ein Patent noch nicht ertheilt ist, vorausgesetzt, dafs diese Ertheilung nachträglich erfolgt. Wenn in dem einen Lande Lizenzen verweigert werden, sollen die dadurch entstandenen Rechtsnachtheile nicht durch die Einfuhr aus dem anderen Lande ausgeschlossen werden. Den Angehörigen der beiden Staaten sind andere Personen gleichgestellt, welche in einem dieser Staaten ihren Wohnsitz oder ihre Hauptniederlassung haben.

Anm.: Deutsche Reichsangehörige können auf Grund dieses Abkommens keineswegs Erfindungen in der Schweiz anmelden, welche dort nicht patentfähig sind, z. B. mechanische oder chemische Verfahren an und für sich!

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen.

Modelle s. oben.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Das eidgenössische Amt für geistiges Eigenthum prüft das Gesuch und die Anlagen darauf hin, ob den Vorschriften entsprochen ist und ob sie vollzählig und richtig eingegangen sind. Ist dies nicht der Fall, so wird die Anmeldung zurückgewiesen. Hiergegen kann innerhalb 4 Wochen bei der vorgesetzten Verwaltungsbehörde Beschwerde erhoben werden.

Die Prüfung des eidgen. Amtes erstreckt sich auch darauf, ob die Erfindung genügend klar beschrieben ist. Hält es die Beschreibung nicht für genügend oder mit dem Modelle übereinstimmend, oder die Erfindung nicht für gewerblich verwerthbar oder aus einem anderen

Grunde nicht für patentfähig, so macht es dem Patentsucher entsprechende Mittheilung, ihm überlassend, ob er seine Anmeldung aufrecht halten, abändern oder zurückziehen will.

Wenn der Patentsucher das Gesuch aufrecht hält oder binnen 14 Tagen nicht antwortet, wird das Gesuch eingetragen, und die Patenturkunde (s. unten) ausgefertigt und zugestellt. Setzt er jedoch das eidgen. Amt in Kenntniss, dass er für dieselbe Erfindung ein neues Gesuch einreichen werde, so wird das erste Gesuch zurückgeschickt und das neue Gesuch kann innerhalb der Frist von 3 Monaten vom Tage der ersten Anmeldung an ohne weitere Kosten eingereicht werden.

Sind die Unterlagen 7 b eingereicht, so besorgt das Amt die Vergleichung derselben mit den Beschreibungen und Zeichnungen, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen. Erscheint die Uebereinstimmung mangelhaft oder ergeben sich Zweifel über die Grundlage der photographischen Aufnahme, so muss das Vorhandensein des Modells verneint werden. In diesem Falle steht dem Patentsucher die Berufung an eine höhere Instanz frei.

Die provisorischen oder definitiven Patente, deren Unterlagen in Ordnung sind, werden unverzüglich ausgefertigt und zwar in der Weise, dass eine Urkunde über die richtige Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen ausgestellt und dem Gesuchsteller übermittelt wird. Gleichzeitig erlässt das Amt eine öffentliche Bekanntmachung über die Ertheilung dieser Urkunde. Im Falle eines definitiven Patents werden sofort gedruckte Patentschriften ausgegeben und eine derselben der Urkunde beigefügt.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden, s. oben.

Einspruch gegen die Patentertheilung ist nicht zulässig.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann erhoben werden, s. oben.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent

beginnt mit dem Tage der Anmeldung, im Falle die Unterlagen in Ordnung sind, sonst mit demjenigen Tage, an welchem den Vorschriften entsprochen ist, und dauert bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren 15 Jahre.

Wenn erst ein provisorisches Patent auf 3 Jahre ertheilt wurde, beginnt das definitive Patent mit dem Tage, an welchem die eingereichten Unterlagen 7 bzw. 8 verglichen und in Ordnung gefunden sind, d. h. der Patentinhaber hat erst von diesem Tage an das Klagerecht bei etwaigen Eingriffen oder Uebertretungen. Die Zahlungen und die Zeitdauer hingegen richten sich nach dem provisorischen Patente.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Zahlungen: Mit der Anmeldung 20 Franken als Hinterlegungsgebühr und 20 Franken als erste Jahresgebühr, im Ganzen 40 Franken.

Ferner:

für das 2. Jahr im Voraus	30 Franken
„ „ 3. „ „ „	40 „
„ „ 4. „ „ „	50 „

und für jedes folgende Jahr 10 Franken mehr bis zu 160 Franken für das 15. Jahr.

Diese Gebühren können für mehrere Jahre im Voraus bezahlt werden. Im Falle der Inhaber auf das Patent verzichtet, werden ihm die nicht verfallenen Jahresgebühren zurückerstattet.

Wird ein Patent versagt, so erhält der Patentsucher die Jahresgebühr von 20 Franken zurück.

Für Zusatzpatente 20 Franken mit der Anmeldung, sonst weiter nichts.

Die amtliche Vergleichung der Unterlage 7 b erfordert eine Gebühr von 10 Franken. Die Kosten des Auspackens, des Verfahrens und Wiedereinpackens sowie Wegschaffens, oder die Reisekosten und Tagegelder des prüfenden Sachverständigen hat der Patentsucher zu tragen.

(1 Frank = 0,81 M.)

Frist für Zahlungen: Die Jahresgebühren sind am ersten Tage des Patentjahres zu entrichten. Das Gesetz gewährt hierfür eine Frist von 3 Monaten, vom Tage der Fälligkeit an, nach deren Ablauf bei Nichtzahlung der Gebühr das Patent erlischt.

Gedruckte Patentschriften werden ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muss binnen 3 Jahren vom Tage des Beginnes an in angemessenem Umfange stattfinden.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung, Licenzertheilung und jeder Wechsel des Vertreters muss in beglaubigter Form dem eidgenössischen Amte angezeigt werden.

Nichtigkeitsklage ist bei einer vom Cantone hierfür bestimmten Gerichtsstelle anzubringen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn der Inhaber auf das Patent verzichtet.
2. Wenn die Jahresgebühr binnen 3 Monaten nach der Fälligkeit nicht entrichtet ist.
3. Wenn die Ausführung der Erfindung binnen 3 Jahren nicht erfolgt ist.
4. Wenn der patentirte Gegenstand vom Auslande in die Schweiz eingeführt wird und der Inhaber gleichzeitig eine Licenzertheilung in der Schweiz verweigert.
5. Wenn die Erfindung nicht neu war oder gewerblich nicht verwerthbar ist.
6. Wenn der Patentsucher nicht der Erfinder oder dessen Rechtsnachfolger war.
7. Wenn der Titel in betrügerischer Absicht einen anderen als den wirklichen Gegenstand der Erfindung angiebt.
8. Wenn die Beschreibung und Zeichnung für Sachverständige nicht genügend sind oder mit dem Modelle nicht übereinstimmen.

Sonstige Bemerkungen: Wenn der Inhaber seine Erfindung (von erheblicher gewerblicher Bedeutung) ohne

Benutzung einer früher patentirten Erfindung nicht verwerthen kann, so hat er nach Ablauf von 3 Jahren seit der Anmeldung der letzteren das Recht, eine Lizenz-ertheilung vom Patentinhaber derselben zu verlangen. Ist die Lizenz ertheilt, so kann der Inhaber der früheren Erfindung von dem nachfolgenden Erfinder eine Lizenz zur Benutzung dessen Erfindung verlangen, vorausgesetzt, dafs die letztere mit der früheren Erfindung in einem thatsächlichen Zusammenhange steht.

Wenn das öffentliche Interesse es verlangt, kann ein Patent gegen eine gerichtlich festzusetzende Entschädigung zurückgenommen werden.

Jeder Inhaber eines definitiven Patents hat die nach demselben hergestellten Gegenstände (wenn diese zu klein sind, die Verpackung) mit dem eidgenössischen Kreuze  und der Patentnummer zu versehen, widrigenfalls er eine Klage wegen Nachahmung nicht einleiten kann.

Das eidgenössische Amt kann seine Beziehungen zu Patentagenten das erste Mal auf einen Monat, das zweite Mal auf längere Zeit oder für immer abbrechen.

*** Serbien.**

(2,250,000 Einwohner.)

Serbien besitzt kein Patentgesetz, doch soll dem Vernehmen nach demnächst ein solches Gesetz erlassen werden.

*** Spanien.**

(17,600,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 30. Juli 1878.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

Gegenstände eigener Erfindung oder neue Erfindungen, oder solche, welche in Spanien noch nicht ausgeführt oder in derselben Weise noch nicht betrieben worden sind, insbesondere:

1. Maschinen, Apparate.
2. Instrumente.
3. Mechanische oder chemische Verfahren.
4. Neue Producte oder industrielle Erfolge, welche durch neue oder bekannte Mittel erreicht werden, insofern ihre Anwendung einen Zweig der Industrie im Lande begründet.

Ausgeschlossen sind:

1. Gebrauch der Naturproducte.
2. Wissenschaftliche Grundsätze oder Entdeckungen ohne praktische Verwerthung.
3. Pharmaceutische Präparate oder Medicamente.
4. Entwürfe oder Combinationen des Kredits- oder Finanzwesens.
5. Erfindungen, welche der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen.

Sowohl für fremde Erfindungen als auch für eigene Erfindungen, welche nicht neu sind, werden Patente auf 5 Jahre ertheilt.

Der Erfinder, welcher bereits in einem oder mehreren ausländischen Ländern ein Patent erhalten hat, kann innerhalb 2 Jahren von der Erlangung des ersten auswärtigen Patents an in Spanien ein Patent auf 10 Jahre erlangen.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit (s. oben). Eine Erfindung gilt als neu, welche weder in Spanien noch im Auslande bekannt oder ausgeführt oder betrieben worden ist.

Unterlagen:

1. Ein spanisches Gesuch an den Minister der öffentlichen Arbeiten, des Handels und des Unterrichts, welches angiebt, ob es eine eigene Erfindung betrifft, und ob diese neu ist oder nicht (s. oben).
2. Vollmacht.
3. Zwei spanische Beschreibungen, welche die Erfindung mit der größten Klarheit erläutern, damit zu keiner Zeit Zweifel entstehen können über

den Gegenstand oder die Eigenschaft, welche als neu und von eigener Erfindung oder als nicht in derselben Weise und Form im Lande betrieben oder ausgeführt dargestellt wird. Am Schlusse sind die Patentansprüche klar und deutlich anzufügen. Die Beschreibungen dürfen keine Beschränkungen, Bedingungen oder Vorbehalte enthalten.

4. Zwei (Satz) Zeichnungen, wenn nöthig, auf Zeichenpapier in beliebiger Gröfse und mit chinesischer Tinte in metrischem Maafsstabe auszuführen.
5. Zwei Modelle oder Muster nach Belieben.
6. Das Staatspapier, welches der ersten Jahresgebühr (10 Pesetas) entspricht.
7. Ein unterschriebenes Verzeichnifs aller eingereichten Sachen.

Die Unterlagen 3, 4 und 5 sind in eine Büchse zu legen oder in ein Packet einzuwickeln.

Vollmacht darf weder Bedingungen, noch Beschränkungen oder Vorbehalte enthalten, nicht zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch mit den Unterlagen wird vom Vertreter in der Kanzlei der Civil-Verwaltung der Provinz, in welcher er wohnt, oder in jeder anderen überreicht, vom Secretär in ein besonderes Register eingetragen und die Eintragung von demselben und dem Vertreter unterzeichnet. Der Secretär stellt einen Empfangsschein aus, verschließt und versiegelt die Büchse oder das Packet (mit den Unterlagen 3, 4 und 5), schreibt unterhalb der Aufschrift den Tag, die Stunde und die Minuten auf und drückt das amtliche Siegel bei.

Binnen 5 Tagen wird das Gesuch mit den Unterlagen auf Kosten des Patentsuchers von der Civilverwaltung dem Director des Conservatoriums der Künste zu Madrid übersendet. Der Secretär des Conservatoriums

untersucht den Inhalt der Büchse oder des Packets, schreibt unter die oben erwähnte Bescheinigung unterhalb der Aufschrift eine Erklärung darüber und untersiegelt sie. Dann vergleicht er die beiden Beschreibungen und Sätze, Zeichnungen oder Modelle untereinander, ob sie übereinstimmen, und wenn Alles in Ordnung ist, setzt er ein Protokoll darüber auf und untersiegelt es.

Ergeben sich Mängel bei der Vergleichung, so wird dem Vertreter oder Patentsucher aufgegeben, sie innerhalb einer Frist abzustellen. Diese Frist beträgt 2 Monate für Spanien und die benachbarten Inseln (Balearen und Pityusen), 4 Monate für die Canariensinseln oder Antillen und 8 Monate für die Philippinen-Inseln. Diese Fristen können nicht verlängert werden und wenn die Mängel nicht abgestellt sind, so gilt die Anmeldung als nicht geschehen.

Wenn der Secretär Alles in Ordnung findet und das Protokoll gemacht hat, überreicht der Director des Conservatoriums die Unterlagen dem Minister der öffentlichen Arbeiten u. s. w. mit einem Berichte darüber, ob die Vorschriften erfüllt sind, die Unterlagen miteinander übereinstimmen, ob die Erfindung patentfähig ist und ob es angemessen erscheint, das Gesuch zu bewilligen oder abzuschlagen.

Wird über das Gesuch günstig entschieden, so theilt es der Minister dem Director mit, welcher dann diese Entscheidung in der Madrider Zeitung bekannt macht. Innerhalb eines Monats vom Tage der Bekanntmachung an hat der Vertreter sich im Conservatorium der Künste einzufinden und in Staatspapieren den Betrag des Stempelpapiers zu bezahlen, auf welchem das Patent ausgefertigt wird. Geschieht dies nicht, so gilt das Gesuch als nicht eingereicht.

Nach erfolgter Zahlung dieses Betrages setzt der Director den Minister davon in Kenntniss, der dann sofort das Patent ausfertigt und dem ersteren übersendet. Der Secretär stellt dieses Patent mit je einer Ausfertigung der Beschreibung und Zeichnungen sowie einem

Modelle oder Muster dem Vertreter zu. Die im Conservatorium zurückbleibenden Unterlagen werden der öffentlichen Einsichtnahme frei gegeben.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Hinterlegung des Gesuchs und läuft bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren

für eigene Erfindungen 20 Jahre

für solche, wenn dem Patentsucher ein ausländisches Patent bereits ertheilt ist, vom Beginne des ausländischen

Patents an gerechnet 10 „

für Einführungspatente 5 „

für eigene Erfindungen, die nicht neu sind 5 „

Zusatzpatente werden in derselben Weise wie Hauptpatente nachgesucht und ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen.

Während der Dauer eines Patents werden Gesuche des Inhabers um Zusatzpatente für Aenderungen oder Verbesserungen an seiner Erfindung vor gleichzeitig eingehenden Gesuchen Anderer bevorzugt, welche dieselben Aenderungen oder Verbesserungen betreffen.

Zahlungen: In Staatspapieren: mit dem Gesuche 10 Pesetas, die Kosten für die Uebersendung der Unterlagen nach dem Conservatorium der Künste und den Betrag des Stempelpapiers für das Patent.

Ferner:

für das 2. Jahr im Voraus 20 Pesetas

„ „ 3. „ „ „ 30 „

„ „ 4. „ „ „ 40 „

für jedes folgende Jahr 10 Pesetas mehr.

Für Zusatzpatente 25 Pesetas in Staatspapieren, sonst weiter nichts.

(1 Peseta = 0,81 M.)

Frist für Zahlungen. Die Jahresgebühren sind vor dem Kalendertage der Hinterlegung des Gesuchs zu entrichten.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausge-

geben. Innerhalb der zweiten Hälfte der Monate Januar, April, Juli und October fertigt der Director des Conservatoriums dem Director der Madrider Zeitung zur unverzüglichen Veröffentlichung einen Bericht über alle im vorhergehenden Quartale bewilligten Patente zu, in welchem die Erfindungen klar erörtert sein sollen.

Ausführung der Erfindung muß innerhalb 2 Jahren vom Beginne des Hauptpatents oder Zusatzpatents an stattfinden und dem Director des Conservatoriums nachgewiesen werden. Die Frist kann nur kraft eines Gesetzes um höchstens 6 Monate verlängert werden. Die Kosten des Nachweises sowie der Nachforschungen von Seiten des Directors oder seines Vertreters hat der Inhaber zu tragen.

Besitzwechsel. Wird ein Patent ganz oder theilweise abgetreten, so gilt es nicht allein für Spanien und die benachbarten Inseln, sondern auch für die überseeischen Provinzen als abgetreten.

Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung bezw. Licenzertheilung muß durch öffentliche Urkunde erfolgen und diese vom Director des Conservatoriums beglaubigt, dann in der Kanzlei der Civil-Verwaltung der Provinz, wo das Gesuch eingereicht wurde, eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage kann bei dem zuständigen Gerichtshofe erhoben werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn bei eigentlichen Patenten der Patentsucher nicht der Erfinder war, oder die Erfindung nicht neu war.
2. Wenn die Erfindung in dem Spanischen Gebiete schon vor der Anmeldung ausgeführt oder in derselben Weise betrieben war.
3. Wenn die Begründung des Patentgesuchs in anderen Beziehungen außer den vorstehend aufgeführten nicht zutrifft.
4. Wenn die Erfindung die öffentliche Sicherheit

oder Ordnung, die guten Sitten oder die Gesetze verletzt.

5. Wenn der Gegenstand, für welchen das Patent nachgesucht wurde, von dem unter dem Schutze desselben ausgeführten verschieden ist.
6. Wenn die Beschreibung nicht alles Nöthige zum Verständnisse und zur Ausführung der Erfindung enthält oder nicht in vollständiger Weise die wirklichen Mittel zur Herstellung oder Ausführung derselben angiebt.

Das Patent erlischt:

1. Wenn die Zeit abläuft.
2. Wenn die Jahresgebühr nicht vor Beginn des betreffenden Jahres entrichtet ist.
3. Wenn die Erfindung auf dem Spanischen Gebiete binnen 2 Jahren nicht zur Ausführung gelangt ist.
4. Wenn die Ausführung der Erfindung 1 Jahr und 1 Tag lang geruht hat.

Spanische Kolonien.

(9,950,000 Einwohner.)

Königliches Decret vom 14. Mai 1880.

In allen Kolonien gilt das Spanische Patentgesetz (s. Spanien), und die spanischen Patente werden auf sie ausgedehnt, sobald die folgenden Förmlichkeiten erfüllt sind:

Eine legalisirte Bestätigung des für Spanien ertheilten Patents wird vom Vertreter dem Ministerium für die überseeischen Provinzen vorgelegt, welches eine Abschrift davon dem Oberstatthalter der betreffenden überseeischen Provinz zustellt, damit dieser sie in ein Register eintragen und in der Zeitung seiner Hauptstadt veröffentlichen läßt. Dann fängt der Schutz der Erfindung in der Provinz an und währt so lange, bis das Patent in Spanien verfällt und dies vom Director des Con-

servatoriums in Madrid in der Madrider Zeitung bekannt gemacht wird.

Die obige legalisirte Bestätigung des für Spanien ertheilten Patents kann auch vom Patentinhaber selbst oder durch Vermittlung dem Oberstatthalter der betreffenden überseeischen Provinz vorgelegt werden, worauf derselbe wie oben verfährt.

Soll jedoch das Patent ausschliesslich in Cuba oder Portorico oder den Philippinen gelten, so muß das Gesuch nach dem folgenden Patentgesetze eingereicht werden. Der Inhaber eines solchen für eine dieser Besitzungen ertheilten Patents kann dasselbe auch auf alle spanischen Besitzungen ausdehnen lassen.

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger. Bei Einführungspatenten: Jedermann.

Patentgesetz für Cuba, Portorico und die Philippinen vom 30. Juli 1833.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Neue Erfindungen.

Bei Einführungspatenten. Eine Erfindung, welche auf der betreffenden Insel weder ausgeführt, noch durch Modell oder Beschreibung bekannt geworden ist. Hierher gehören auch solche Erfindungen, welche in den anderen spanischen Besitzungen bereits bekannt sind.

Ist eine solche Erfindung durch eine Beschreibung schon seit 3 Jahren veröffentlicht, so wird das Patent auf höchstens 5 Jahre ertheilt.

In Cuba sollen jedoch Einführungspatente für Hilfsmittel des Ackerbaus in der Regel nicht ertheilt werden.

Wenn zwei Personen, die eine in Spanien und die andere in der Besitzung, Gesuche auf denselben Gegenstand einreichen, so soll zwischen ihnen eine Frist gelten, welche für die Beurtheilung der Priorität in der betreffenden Kolonie maafsgebend sein soll. Diese Frist beträgt für Cuba und Portorico 1 Monat und für die Philippinen 4 Monate.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit s. oben.

Unterlagen:

1. Gesuch in vorgeschriebener Form an den Gouverneur der betreffenden Kolonie oder den Generalgouverneur in Havanna, mit Angabe der Zeitdauer, welche für das Patent gewünscht wird.
2. Eine spanische Beschreibung, welche die Erfindung deutlich erklären muß.
3. Eine (ein Satz) Zeichnung, wenn nöthig.
4. Ein Modell, wenn nöthig.
5. Vollmacht.
6. Verzeichniss der eingereichten Sachen.

Diese Unterlagen sind unter dem Siegel des Vertreters einzureichen.

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird in dem oberen Schatzgerichtshofe eröffnet und auf die Förmlichkeiten geprüft. Wenn Alles in Ordnung ist, wird ein Patent ausgefertigt, welches binnen 3 Monaten eingelöst werden muß. Die Ertheilung des Patents wird in dem amtlichen Blatte der Kolonie und in der Madrider Zeitung bekannt gemacht. Die Beschreibung mit ihren Beilagen wird versiegelt bei der Handelskammer aufbewahrt und nur in Streitfällen auf Befehl des zuständigen Richters eröffnet. Wenn das Patent erlischt, so wird die Beschreibung eröffnet und Jedermann zur Einsicht frei gegeben.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ausfertigung und dauert je nach Wahl des Patentsuchers 5, 10 oder 15 Jahre.

Das auf 5 Jahre ertheilte Patent kann um weitere 5 Jahre verlängert werden; die Patente auf 10 und 15 Jahre können nicht verlängert werden.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Bei Aushändigung des Patents aufser der Gebühr von 8 Dollars sofort

für ein	5jähriges Patent	70 Dollars
„ „	10 „ „	210 „
„ „	15 „ „	420 „
für ein	Einführungspatent	210 „

(1 Dollar = 3,877 *M*).

Ausführung der Erfindung muß binnen der im Patente angegebenen Zeit stattfinden und darf nicht 1 Jahr lang ruhen.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung muß durch öffentliche Urkunde vollzogen und diese bei Strafe der Nichtigkeit demjenigen Gouverneur, welcher das Patent ertheilt hat, zum Eintragen vorgelegt werden. Der Gouverneur theilt die Uebertragung der Handelskammer und durch Vermittlung des Staatsraths dem Conservatorium der Künste in Madrid zum Eintragen mit.

Nichtigkeitsklage ist bei den Gerichten zu erheben.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Patenturkunde nicht innerhalb 3 Monaten von der Ausfertigung an durch Zahlung der Abgabe (s. oben) eingelöst ist.
2. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht innerhalb der im Patente bestimmten Frist von der Ertheilung an stattfindet.
3. Wenn die Ausführung der Erfindung 1 Jahr und 1 Tag geruht hat.
4. Wenn bei Einführungspatenten die Erfindung in der betreffenden Kolonie bereits früher in Gebrauch oder während der letzten 3 Jahre durch Beschreibung u. s. w. bekannt gemacht worden war.
5. Wenn bei Erfindungspatenten die Erfindung bereits anderwärts bekannt war.

Straits Settlements (Asien)

umfassend Singapur, Malakka, Penang, Wellesley.

(520,000 Einwohner.)

Die Verordnung des Gouverneurs vom 5. December 1871 schließt sich im Wesentlichen an das Patentgesetz für Britisch-Ostindien vom 17. Mai 1859 (s. dort) an.

Der Stempelbetrag für das Patentgesuch ist auf 50 Dollars festgesetzt.

(1 Dollar = 4,2 *M.*)

Für Patentstreitigkeiten ist der oberste Gerichtshof zuständig, gegen dessen Entscheidung Berufung an den Kgl. Geheimen Rath eingelegt werden kann.

Süd-Australien.

(340,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 21. December 1877 mit Abänderung vom 22. October 1878.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Alle Mittel zur Erlangung eines industriellen Endzweckes.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie in der Kolonie bereits bekannt ist.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Patent-Commissar.
2. Eideserklärung, nach bestem Wissen der wirkliche Erfinder zu sein.
3. Zwei englische Beschreibungen.
4. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung.
5. Vollmacht.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird geprüft und das Patent ertheilt. Darauf werden die Unterlagen der öffentlichen Einsichtnahme frei gegeben.

Dauer des Patents: 3, 7 oder 14 Jahre.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Mit dem Gesuche	. . .	2 £ 10 s.
und bei der Ertheilung des Patents	. . .	2 „ 10 s.
Nach 3 Jahren		5 „
Nach 7 Jahren		5 „

(1 £ = 20,43 M.)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muß binnen 3 Jahren stattfinden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht neu war.
2. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 3 Jahren erfolgt ist.
3. Wenn die Gebühren nicht entrichtet sind.

Tasmanien (Australien).

(160,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 5. November 1858.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Alle Mittel zur Erlangung eines industriellen Endzweckes.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie in der Kolonie bereits bekannt ist.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur.
2. Eideserklärung, nach bestem Wissen, der wahre Erfinder zu sein.
3. Zwei englische Beschreibungen, davon die eine auf Pergament und die andere auf beliebigem Material, in der Gröfse von 20" Höhe $\times$ 15" Breite (engl.)
4. Zwei (Satz) Zeichnungen, davon die eine auf Per-

gament und die andere auf beliebigem Material in der Gröfse von 20'' Höhe $\times$ 15'' Breite (engl.)

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird geprüft und entweder bewilligt oder versagt. Bei Ertheilung des Patents wird die Erfindung nach 6 Monaten veröffentlicht.

Dauer des Patents: bis 14 Jahre, jedoch nicht länger als ein ausländisches.

Zahlungen: Bei der Anmeldung . . . 2 £ 10 s.
 bei der Ertheilung des Patents . . . 2 „ 10 s.
 Nach 3 Jahren . . . 15 „
 „ 7 „ . . . 20 „

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht neu war.
2. Wenn die Gebühren nicht entrichtet sind.

Trinidad (Amerika).

(180,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 2. September 1867.

Patentobject: Alle Neuheiten, welche dem allgemeinen Wohl nicht nachtheilig sind.

Unterlagen:

1. Gesuch.
2. Erklärung, nach bestem Wissen der wahre Erfinder zu sein.
3. Eine englische Beschreibung.
4. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.

Dauer des Patents: 14 Jahre.

Zahlungen: Bei der Anmeldung . . . 10 £.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents: Wenn die Erfindung bereits vor der Anmeldung bekannt war.

* **Tunis (Afrika).**

(1,500,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 26. December 1888.

Patentobject: Alle gewerblichen Neuheiten zur Erlangung eines industriellen Endzweckes. Bekannte Mittel zur Erlangung eines neuen Zweckes.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den guten Sitten zuwiderlaufen.
2. Credit- oder Finanz-Pläne und Berechnungen.
3. Arznei- und Nahrungsmittel: (Nur das Verfahren zur Herstellung derselben kann patentirt werden).

Unterlagen:

1. Gesuch.
2. Zwei französische Beschreibungen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung (mit chinesischer Tinte in metrischem Maafsstabe.)
4. Modelle oder Proben, wenn nöthig.
5. Verzeichnifs der hinterlegten Sachen.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Auf Verlangen wird eine Bescheinigung über die hinterlegten Sachen ausgestellt. Zu Anfang jedes Jahres werden im Tunesischen Amtsblatte die ertheilten Patente veröffentlicht.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und dauert 5, 10 oder 15 Jahre.

Zusatzpatente können nur im ersten Jahre nach Ertheilung des Hauptpatents angemeldet werden und laufen, wenn bewilligt, mit dem Hauptpatente ab.

Zahlungen: Mit der Anmeldung 100 Piaster, welche im Falle der Zurückweisung des Gesuches nicht

zurückerstattet, jedoch im Falle der Patentertheilung angerechnet werden.

Jährlich 100 Piaster.

Für Zusatzpatente: Mit der Anmeldung 20 Piaster, sonst weiter nichts.

(1 Piaster = 0,486 *M.*)

Einspruch gegen die Patentertheilung kann innerhalb 2 Monaten vom Tage der Veröffentlichung an erhoben werden.

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren stattfinden und darf nicht 2 Jahre lang ruhen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung zur Zeit der Anmeldung nicht neu war.
2. Wenn die Erfindung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderläuft.
3. Wenn der Gegenstand des Patents vom Erfinder aus dem Auslande eingeführt wird.
4. Wenn der Titel eine falsche Angabe enthält.
5. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen 2 Jahren stattfindet oder 2 Jahre geruht hat.
6. Wenn die Jahresgebühr nicht jedes Jahr am Fälligkeitstage entrichtet ist.

Türkei.

(21,200,000 Einwohner.)

Patentsucher: Der zuerst Anmeldende.

Patentgesetz vom 1. März 1880.

Patentobject: Eine Erfindung, Entdeckung oder Verbesserung, welche die Gewerbe oder Industrie betrifft.

Vorprüfung auf Neuheit findet nur statt, wenn die Erfindung für das Heer oder die Flotte eine Bedeutung hat.

Unterlagen:

1. Vollmacht.
2. Zwei türkische Beschreibungen. (Wenn sie deutsch

oder französisch abgefaßt sind, werden sie in Constantinopel von der Behörde gegen eine bestimmte Gebühr übersetzt.)

3. Zwei (Satz) Zeichnungen auf Leinwand in beliebiger Gröfse mit einem breiten Rande.

Vollmacht ist vom türkischen Consul zu beglaubigen.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Patent wird durch einen besonderen Firman des Sultans ertheilt. Bietet die Erfindung dem Lande entsprechende Vorthelle, so wird dem Erfinder je nach der Nützlichkeit derselben eine goldene, silberne oder kupferne Medaille verliehen.

Dauer des Patents: 5, 10 oder 15 Jahre ohne Rücksicht auf ein etwaiges ausländisches Patent.

Zusatzpatente werden ertheilt.

Zahlungen:

Für ein 5jähriges Patent . 10 türk. Liras

„ „ 10 „ „ . 20 „ „

„ „ 15 „ „ . 30 „ „

(1 türkische Lira = 18,64 *M.*)

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben, jedoch werden im amtlichen allgemeinen Staatsblatte alle 6 Monate die in diesem Zeitraume ertheilten Patente veröffentlicht.

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren stattfinden und darf nicht 2 Jahre lang ruhen.

Besitzwechsel muß der Behörde durch eine notariell beglaubigte Urkunde angezeigt werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Einführung des Patentgegenstandes ohne ministerielle Genehmigung erfolgte.
2. Wenn die Zahlung der Gebühren nicht rechtzeitig erfolgt.

Muster können ohne besondere Genehmigung eingeführt werden.

† Uruguay (Amerika).

(770,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 13. November 1885.

Patentobject: Alle Neuerungen und Verfahren zur Erlangung eines gewerblichen Endzweckes.

Ausgeschlossen sind:

1. Erfindungen, welche den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen.
2. Arzneimittel.
3. Finanzpläne.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie im In- oder Auslande durch Druck genügend bekannt geworden ist.

Unterlagen:

1. Gesuch auf Stempelpapier von 1 Peso.
2. Zwei spanische Beschreibungen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen in beliebiger Gröfse und Ausführung in metrischem Maafsstabe.
4. Modelle oder Proben, wenn nöthig.
5. Eideserklärung, der wirkliche Erfinder zu sein.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Alle 3 Monate erfolgt eine kurzgefaßte Veröffentlichung der Patente, alle 2 Jahre eine vollständige in Buchform.

Anfang und Dauer des Patents: Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und dauert 3, 6 oder 9 Jahre.

Zusatzpatente werden ertheilt.

Zahlungen: Monatlich 25 Pesos, also im Jahre 300 Pesos.

Diese Jahresgebühr ist innerhalb der ersten 10 Tage jedes Jahres zu entrichten, widrigenfalls das Patent erlischt oder an Dritte ertheilt werden kann.

Für Zusatzpatente $\frac{1}{3}$ der obigen für Inhaber des Hauptpatents, $\frac{2}{3}$ der obigen für Andere.

Ausführung der Erfindung muß binnen 1 Jahr stattfinden und darf nicht 1 Jahr ruhen. Bezieht sich die Erfindung auf ungesunde oder unbequeme Gewerbe, so bestimmt die Regierung eine besondere Frist. Kann die Ausführung wegen Elementarereignisse nicht während dieser Frist erfolgen, so muß spätestens 3 Monate vor Ablauf derselben eine Fristverlängerung nachgesucht werden.

Besitzwechsel muß nach vorheriger Benachrichtigung des Patentamts mittels öffentlicher Urkunde bewirkt werden.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht mehr neu war.
2. Wenn sie Finanzpläne oder Arzneimittel betrifft.
3. Wenn sie den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderläuft.
4. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen der festgesetzten Frist stattfindet oder 1 Jahr geruht hat.

[* Vereinigte Staaten von Amerika.

(68,000,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger. Lebt der Erfinder noch, so muß die Bewerbung und der Eid von ihm ausgehen.

Patentgesetz: Vorschriften des Patentamtes der Vereinigten Staaten vom August 1877.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung! Wenn mehrere verschiedene Erfindungen von einander abhängen und gegenseitig dazu beitragen, das neue Resultat hervorzubringen, so können sie mit einander verbunden werden. (Dies wird jedoch nur sehr selten zugelassen!)

1. Ein neues und nützliches Verfahren.
2. Ein Werkzeug.
3. Ein Gewerbserzeugniß.
4. Eine Stoffverbindung.

5. Eine neue und nützliche Verbesserung daran.

Ausgeschlossen sind: Principien einer Erfindung, wenn sie nicht durch eine bestimmte Ausführungsform veranschaulicht werden. Erfindungen, welche mehr als 2 Jahre vor der Anmeldung in öffentlichem Gebrauche oder verkäuflich gewesen sind.

Erfindungen, welche ganz oder theilweise in einem fremden Lande bekannt und gebraucht, jedoch nicht patentirt oder in einer gedruckten Veröffentlichung beschrieben gewesen sind, können, im Falle sie zum zweiten Male erfunden werden, dem zweiten Erfinder, der keine Kenntnifs von diesen Thatsachen hatte, dennoch patentirt werden.

Wenn die Beschreibung eines bestehenden Patents mangelhaft ist, oder etwas Bekanntes als neu beansprucht, so kann der Inhaber unter Zurückgabe des Patents und Erfüllung bestimmter Vorschriften ein erneuertes Patent (reissue) verlangen, welches dieselbe Zeitdauer wie das alte hat. Auch kann er ein Patent theilen lassen und an Stelle desselben zwei oder mehrere Patente gegen Entrichtung der Kosten für dieselben erhalten.

Jeder Bürger der Vereinigten Staaten, oder jeder Fremde, welcher seit einem Jahre in den Vereinigten Staaten gewohnt und sich eidlich anheischig gemacht hat, Bürger derselben zu werden, kann eine „Verwahrung“ (caveat) auf 1 Jahr für eine unvollendete Erfindung im Geheimen Archiv des Patentamtes gegen eine Gebühr von 10 Dollars hinterlegen und dieselbe beliebig oft um je 1 Jahr gegen wiederholte Zahlung von 10 Dollars verlängern lassen, ohne dafs ihm irgend eine Grenze gesteckt ist. Wenn die Verwahrung nicht erneuert ist, so bleibt sie dennoch im Geheimen Archiv aufbewahrt. Wenn innerhalb 2 Jahren nach Hinterlegung einer Verwahrung (oder Erneuerung derselben) ein Anderer sich um ein Patent bewirbt, welches mit der Verwahrung in irgend einer Weise zusammenstößt, so bleibt die Prüfung ausgesetzt und wird dem Verwahrenden hiervon Nachricht gegeben. Derselbe mufs binnen 3 Monaten nach

Zustellung der Nachricht sein Patentgesuch einreichen. Dann wird er zu einem Collisionsverfahren mit dem zweiten Patentsucher zum Zwecke der Feststellung der Priorität geladen. Wird er als der erste Erfinder anerkannt, so erhält er, nicht der zweite Patentsucher, das Patent. Der Verwahrende hat jedoch keinen Anspruch auf Mittheilung der noch schwebenden oder später eingehenden Patentgesuche.

Vorprüfung auf Neuheit findet statt.

Begriff der Neuheit. S. oben. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie patentirt gewesen, oder durch Druck im Inlande oder Auslande bekannt geworden, oder mehr als zwei Jahre vor der Anmeldung in öffentlichem Gebrauche oder verkäuflich gewesen ist.

Unterlagen:

1. Gesuch in vorgeschriebener Form an den Patent-Commissar, vom Erfinder (oder Testamentsvollstrecker) zu unterzeichnen.
2. Eine englische Beschreibung nach Vorschrift. Diese muß so vollständig und klar mit Vermeidung unnützer Weitläufigkeiten abgefaßt sein, daß jeder Sachverständige die Erfindung (bezw. die Verbesserung selbst) begreifen und danach ausführen kann. Die Beschreibung muß mit genauen, eng begrenzten Ansprüchen abschließen. (NB. Die Ansprüche werden auf eine ganz eigenthümliche Weise abgefaßt, weshalb es sich empfiehlt, ihre Abfassung einem tüchtigen und erfahrenen amerikanischen Patentanwalte zu überlassen.) Etwaige Buchstaben und Zeichen müssen mit denjenigen der Zeichnung genau übereinstimmen.

Die Beschreibung muß (gewöhnlich besonders auf einem Formular) von dem Erfinder oder dessen Executor oder Administrator unterzeichnet und von zwei Zeugen bescheinigt werden. Die Namen müssen vollständig und leserlich geschrieben sein.

3. Eine (ein Satz) Zeichnung auf dreifachem Bristol-papier (three sheet Bristol Board) in der Gröfse von genau

15'' Höhe $\times$ 10'' Breite (engl.)

mit einer einfachen Randlinie im Abstände von 1'' engl. von der Kante ringsum einzufassen. Innerhalb der Randlinie ist oben ein Rand von $1\frac{1}{4}$ '' engl. (für die Ausfüllung vom Patentamte mit Titel und Bezeichnung) freizulassen, ebenso in den beiden unteren Ecken je ein Rechteck von mindestens $1\frac{1}{4}$ '' Höhe und $1\frac{5}{8}$ '' Breite (für Unterschriften des Vertreters und von 2 Zeugen.)

Da drei verschiedene Arten Patentzeichnungen gedruckt und veröffentlicht werden sollen, von denen die eine in der Gröfse von $9\frac{1}{2}$ '' Höhe $\times$ 6'' Breite für die eigentlichen Patentschriften, die zweite in der Hälfte dieses Maafsstabes (den vierten Theil der Oberfläche einnehmend) für Gerichtshöfe u. s. w. und die dritte ungefähr in demselben Maafsstabe zur Illustrirung der Amtlichen Zeitung (The Official Gazette of the United States Patent Office) erscheint, wird es nothwendig, behufs Sicherung der Deutlichkeit dieser Zeichnungen, die folgenden Vorschriften streng zu beobachten:

Chinesische Tinte von guter Qualität wird ausschliesslich verwendet; jede Linie und jeder Buchstabe (die Unterschriften mit eingeschlossen) muss tief schwarz sein. Alle Linien müssen rein, scharf und kräftig, also nicht zu fein und gedrängt sein. Etwaige Schattirungen (von convexen und concaven Oberflächen) dürfen nur spärlich angewendet werden und müssen offen, d. h. nicht zu dicht, sein. Wenn die Zeichnung sonst gut und deutlich ist, bleiben sie besser fort. Durchschnitte (Querschnitte) dürfen nicht schwarz ausgefüllt, sondern müssen durch schiefe parallele Linien (Schraffirungen) angege-

ben werden, welche ungefähr um $1,3\text{ mm}$ von einander abstehen. Die Zeichnungen sind mit möglichst wenigen Linien auszuführen, soweit die Deutlichkeit dies zulässt. Die Ebene, in welcher eine Durchschnichtsansicht dargestellt wird, ist in der Hauptansicht in einer gebrochenen oder strichpunktirten (— · — · —) Linie anzudeuten. Fette Linien sind auf der Schattenseite der Gegenstände zu gebrauchen, ausgenommen da, wo sie die Arbeit verdicken und die Nachweisungsbuchstaben verdunkeln. Es wird immer angenommen, dass das Licht von der oberen linken Ecke unter einem Winkel von 45° einfällt. Nachahmung von Holzmaserung u. dergl. ist nicht anzustreben. Der Maassstab ist so groß zu wählen, dass die Erfindung ohne Ueberladung klar und deutlich wird. Ist dies nicht möglich, so muss die Erfindung auf zwei oder mehr Bogen dargestellt werden. Die Zahl der Bogen darf indessen nicht vermehrt werden, wenn die Deutlichkeit dies nicht verlangt. Es kommt oft vor, dass eine Erfindung, obgleich sie nur einen kleinen Theil einer Maschine ausmacht, in Verbindung mit anderen größeren Theilen dargestellt werden muss. In solchen Fällen empfiehlt sich eine Gesamtansicht in einem kleineren Maassstabe mit einer oder mehreren Ansichten der Erfindung selbst in viel größerem Maassstabe. Die Nachweisungsbuchstaben sind höchst wichtig und müssen daher gut und sorgfältig in Gestalt von Drucktypen (etwa halbfette Cursivschrift, nicht Rundschrift) gezeichnet werden. Wenn irgend möglich, sollte kein Nachweisungsbuchstabe weniger als $3,2\text{ mm}$ hoch sein, damit er eine Verkleinerung auf 1 mm erleiden kann, und er kann größer sein, wenn der Raum es gestattet. Bei engen und verwickelten Theilen der Zeichnungen müssen die Nachweisungsbuchstaben so angebracht werden, dass

sie das genaue Verständniss derselben nicht beeinträchtigen. Zu diesem Ende sollten sie nur selten die Linien durchkreuzen oder sich mit denselben vermischen. Wenn um einen Theil mehrere Buchstaben herum gruppirt werden, müssen sie aufserhalb der Umrisse angebracht und durch Haarstriche mit den betreffenden Theilen verbunden sein. Auf schattirten Flächen dürfen sie nie erscheinen; ist es schwer, dies zu vermeiden, so muß in der Schattirung eine leere Stelle für den Buchstaben gelassen werden, damit dieser scharf und deutlich erscheint. Gleiche Theile müssen stets mit denselben Buchstaben bezeichnet werden.

Wenn Figuren gröfser sind, als die Breite des Raumes innerhalb der Randlinie, so muß zwar die Randlinie mit den freizulassenden Stellen unverändert bleiben, doch kann man den Bogen so herumdrehen, daß die Kopfseite auf die rechte Seite und die Fußseite auf die linke Seite kommt, und die Figur wie gewöhnlich in den Raum hineinzeichnen, auch die Buchstaben stehend einschreiben.

Da für die Amtliche Zeitung in der Regel nur eine Figur benutzt wird, ist es wünschenswerth, eine hierfür geeignete Ansicht (Figur) von höchstens 16 □" engl. besonders deutlich mit den erforderlichen Buchstaben auszuführen.

Die Zeichnungen müssen aufgerollt im Patentamte ankommen und dürfen nicht gefaltet werden.

Nicht vorschriftsmäßige Zeichnungen werden zurückgewiesen oder das Amt wird sie nach Wahl des Patentsuchers auf dessen Kosten abändern lassen.

4. Ein Modell, welches die verschiedenen Theile der Erfindung deutlich veranschaulicht, jedoch keine anderen nicht wirklich zur Erfindung gehörenden Theile enthalten darf, wenn sie nicht etwa zur Darstellung eines gangbaren Modells erforderlich

sein sollten. Das Modell soll nicht gröfser als $12'' \times 12'' \times 12''$ engl. sein und mufs dauerhaft, am besten aus Metall, hergestellt sein. Ist es aus Tannen- oder weichem Holze gefertigt, so mufs es bemalt, gefärbt oder lackirt sein. Leim darf nicht angewendet werden, sondern die Theile müssen so mit einander verbunden sein, dafs sie der Wärme und Feuchtigkeit widerstehen. Wo möglich, soll der Name des Erfinders dauerhaft daran befestigt sein. Es ist wünschenswerth, dafs das Modell gangbar sei, damit das Patentamt die Maschine leicht und vollständig begreift.

5. Proben der Bestandtheile und der Mischung bei Erfindungen, welche Stoffverbindungen u. dergl. betreffen. Gewöhnliche, wohlbekannte Ingredienzen brauchen nicht eingeliefert zu werden, wenn nicht das Patentamt die Wirkung derselben in der vom Patentsucher angegebenen Weise bestreitet.
6. Eid oder Versicherung an Eidesstatt nach Vorschrift, nach bestem Wissen der erste und wahre Erfinder zu sein, oder im Falle der Erfinder todt ist, dafs sein Executor oder Administrator ihn dafür halte. Dieser Eid oder die Versicherung ist vor einem amerikanischen Minister, Geschäftsträger, Consul oder Handelsagenten zu leisten und von demselben zu beglaubigen.
7. Vollmacht.
8. Zahlung von 15 Dollars.

Sind nicht alle Unterlagen eingereicht, so wird das Gesuch nicht als vollständig betrachtet und der Patentsucher mufs sie binnen 2 Jahren nach der Einreichung ergänzen. Wenn dies nicht geschieht, oder der Patentsucher es 2 Jahre nach der amtlichen Verfügung unterlässt, so gilt das Gesuch als aufgegeben.

Während der Zeit, wo das Gesuch anhängig ist, kann entweder die Zeichnung, oder das Modell (nicht aber

beide zugleich) behufs der Berichtigung zurückgezogen werden. Die Beschreibung jedoch darf nicht zurückgezogen werden.

Der Patentsucher hat das Recht, nach der ersten Zurückweisung Verbesserungen anzubringen und er kann dies so oft thun, als der Examiner neue Ausstellungen macht. Nach der zweiten Zurückweisung und zu jeder Zeit vor der Patentertheilung können mit Genehmigung des Commissars specielle Verbesserungen an der Erfindung angebracht werden. Alle Verbesserungen des Modells, der Zeichnungen oder der Beschreibung zu einem Gesuche müssen sich wenigstens einem dieser Stücke genau anschließen, wie sie zur Zeit der Einreichung beschaffen waren. Weitere Abänderungen, welche eine Abweichung von der ursprünglichen Erfindung enthalten, können nur in einem neuen Patentgesuche untergebracht werden.

Bei der Zurückweisung des Gesuches giebt der Examiner dem Patentsucher Nachweise, damit dieser weiß, ob und was er zu ändern hat.

Wenn das Gesuch zurückgewiesen ist und der Patentsucher es unterläßt, binnen 2 Jahren nach der Zustellung der letzten amtlichen Verfügung dasselbe zu erneuern oder ein neues Gesuch einzulegen, so wird die Angelegenheit als beendet angesehen.

Ein Antrag auf wiederholte Prüfung eines zurückgewiesenen Gesuches innerhalb der obigen 2 Jahre wird als ein neues Gesuch angesehen.

Wenn ein neues Patentgesuch an Stelle des alten eingereicht wird, so müssen die Unterlagen 1, 2, 3, 6 und 8 von Neuem geliefert werden, während das alte Modell (Unterlage 4) jedoch gebraucht werden kann, falls es anwendbar ist.

Wird nach Ablauf von 2 Jahren seit der letzten amtlichen Verfügung ein Gesuch an Stelle eines alten eingereicht, so muß dem Commissar ein hinreichender Grund für die unvermeidliche Verzögerung angegeben werden.

Wenn ein Patent wegen nicht erfolgter Zahlung der schließlichen Gebühr von 20 Dollar vorenthalten wird,

kann der Erfinder oder Jeder, dem er sein Recht abtritt, das frühere Patentgesuch wiederholen, d. h. dieselben Unterlagen, wie früher einreichen, so lange 2 Jahre seit der Zulassung des ersten Gesuches nicht verstrichen sind.

Wenn ein erneuertes Patent (reissue, s. oben) nachgesucht wird, ist, im Falle das Patent ganz oder theilweise abgetreten und dies im Patentamte eingetragen ist, aufser den Unterlagen 1, 2, 3 und 7 sowie der Zahlung von 30 Dollars, noch ein beglaubigter Auszug aus der Abtretungsurkunde erforderlich. Das Gesuch kann von dem Erfinder, oder seinem Vertreter, oder den Inhabern eingereicht werden. Im Falle es vom Erfinder eingereicht wird, mufs das Gesuch von der schriftlichen Zustimmung sämmtlicher Inhaber begleitet sein.

In ähnlicher Weise kann die Theilung eines Patents (s. oben) oder die Beschränkung der Beschreibung (disclaimers), im Falle sie bekannte Theile als neu beansprucht, nachgesucht werden.

Der Inhaber eines ausländischen Patents kann in den Vereinigten Staaten ein Gesuch auf dieselbe Erfindung einreichen, solange diese nicht mehr als 2 Jahre in öffentlichen Gebrauch übergegangen ist. Doch läuft das amerikanische Patent mit dem ausländischen ab.

Solange ein ausländisches Patent zur Zeit der Einreichung des Gesuches noch nicht ertheilt ist, braucht es im Gesuche gar nicht erwähnt zu werden.

Vollmacht ist nicht zu beglaubigen. Eine Vollmacht, welche den amerikanischen Patentanwalt ermächtigt, für sich einen zweiten Vertreter zu bestellen, mufs eine entsprechende Clausel enthalten. Doch hat der zweite Vertreter kein Recht, einen dritten für sich zu bestellen.

Modelle sind nicht bedingt, können aber verlangt werden.

Gesthäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch wird zuerst darauf hin geprüft, ob alle Unterlagen richtig eingegangen sind, dann, ob dieselben der vorgeschriebenen Form entsprechen, endlich, ob die Erfindung neu ist und nicht mit bestehenden Patenten colli-

dirt. Findet der Examintor in jedem dieser Fälle Mängel oder Widersprüche, so macht er dem Patentsucher durch dessen Vertreter entsprechende Mittheilungen. Sind die Einwände erheblich, so weist der Examiner das Gesuch zurück. S. oben.

Ist das Gesuch in Ordnung, so wird das Patent spätestens 6 Monate von dem Tage an, an welchem das Gesuch zugelassen und eine entsprechende Mittheilung dem Patentsucher zugestellt ist, ausgefertigt und gegen Zahlung der schließlichen Gebühr von 20 Dollars abgegeben.

Wenn ein Patentgesuch noch anhängig ist, der Erfinder aber sein Recht ganz oder theilweise an Andere abtritt und das Patent entweder an ihn und diese oder an diese allein ertheilt werden soll, ist nur eine schriftliche Urkunde erforderlich. Im letzteren Falle wird die Correspondenz des Patentamtes mit den neuen Inhabern oder ihrem Vertreter geführt. Doch muß die Urkunde jedenfalls nicht später als an dem Tage, an welchem die schließliche Gebühr entrichtet wird, beim Patentamte eingetragen werden.

Zurückweisung der Anmeldung kann stattfinden. S. oben.

Einspruch gegen die Patentertheilung kann vor derselben nicht erhoben werden.

Beschwerde gegen die Zurückweisung der Anmeldung. Wenn das Patentgesuch zweimal zurückgewiesen ist, kann Berufung an das Collegium der Ober-Examinatoren unter Entrichtung von 10 Dollars erhoben werden.

Entscheidet dasselbe ungünstig, so kann die Sache unter Zahlung von 20 Dollars vor den Commissar gebracht werden.

Gegen die Entscheidung des Commissars kann Berufung an den obersten Gerichtshof des Districts von Columbia erhoben werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ausfertigung und dauert

17 Jahre, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen: Mit dem Gesuche 15 \$, bei der Ertheilung des Patents 20 \$, sonst weiter nichts.

Beim Gesuche um Beschränkung der

Beschreibung 10 \$

Bei jedem Gesuche um ein erneuertes

Patent 30 \$

Bei jedem Gesuche um ein getheiltes,

erneuertes Patent 30 \$

(1 \$ = 1 Dollar = 4,2 M.)

Gedruckte Patentschriften werden ausgegeben.

Ausführung der Erfindung ist nicht vorgeschrieben.

Besitzwechsel. Jede gänzliche oder theilweise Uebertragung mittels öffentlicher Urkunde muß binnen 3 Monaten beim Patentamte eingetragen werden. Lizenzen für einen Bezirk oder eine Werkstatt ohne ausschliessende Berechtigung brauchen nicht eingetragen zu werden.

Nichtigkeitsklage ist bei einem Gerichtshofe anhängig zu machen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents.

1. Wenn die Erfindung zur Zeit der Anmeldung nicht mehr neu war.
2. Wenn der Patentsucher nicht der wahre Erfinder oder dessen Rechtsnachfolger war.
3. Wenn die Beschreibung in betrügerischer Absicht nicht vollständig ist.

*** † Vereinigte Staaten von Brasilien (Amerika).**

(15,200,000 Einwohner, darunter 5,800,000 Weisse.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 14. October 1882.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

1. Ein neues industrielles Erzeugniss.
2. Ein Verfahren.
3. Eine neue Anwendung eines bekannten Verfahrens zu einem industriellen Endzwecke.
4. Die Vervollkommnung einer schon patentirten Erfindung.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche den Gesetzen oder den guten Sitten zuwiderlaufen, die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche Wohl gefährden, oder einen praktischen industriellen Erfolg nicht gewähren.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie im Inlande oder Auslande vor dem Tage der Anmeldung veröffentlicht oder benutzt worden ist.

Wenn der Patentsucher ein Patent im Auslande angemeldet hat, sollen Veröffentlichungen und Benutzung der Erfindung während 7 Monaten vom Tage der Anmeldung dieses ausländischen Patenten an die Neuheit nicht beeinflussen.

Unterlagen:

1. Ein Gesuch.
2. Zwei französische oder portugiesische Beschreibungen.
3. Drei (Satz) Zeichnungen auf weißem Papier oder Pausleinwand in der Gröfse von
 $330 \text{ mm Höhe} \times 210 \text{ mm Breite}$
 oder $330 \text{ „ „ } \times 420 \text{ „ „}$
 oder $330 \text{ „ „ } \times 630 \text{ „ „}$
 mit einem Rande von 20 mm ringsum.
4. Vollmacht.
5. Wenn ein ausländisches Patent bereits ertheilt ist, eine beglaubigte Abschrift desselben.

Vollmacht ist nicht zu legalisiren.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das

Gesuch wird registrirt und die Urkunde zugestellt. Eine Untersuchung findet statt bei Nahrungsmitteln und chemischen Producten. Nach 30 Tagen erfolgt die öffentliche Auslegung des Patentes.

Zurückweisung der Anmeldung findet statt, wenn der Gegenstand der Erfindung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderläuft oder gesundheitsschädlich ist.

Einspruch gegen die Ertheilung des Patents ist vor derselben nicht zulässig.

Beschwerde gegen die Zurückweisung kann bei dem Staatsrathe eingelegt werden.

Anfang und Dauer des Patents. Das Patent beginnt mit dem Tage der Ertheilung und dauert bei regelmässiger Zahlung der Jahresgebühren sowie angemessener Ausführung der Erfindung 15 Jahre, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Zusatzpatente werden ertheilt, welche mit dem Hauptpatente ablaufen. Während des ersten Jahres hat nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger Anspruch darauf. Wenn Andere innerhalb desselben Zeitraumes Patente für Verbesserungen an der Erfindung erhalten, sind sie vom Inhaber des Hauptpatentes abhängig.

Zahlungen: Bei der Anmeldung ausser 80 bis 130 \$ für Kosten und Gebühren 20 \$ für das erste Jahr

Für das 2. Jahr 30 \$

„ „ 3. „ 40 \$

und für jedes folgende Jahr 10 \$ mehr,

(1 \$ = 1 Milreis = 2,29 M.)

Für Zusatzpatente wird nur einmal gezahlt und zwar diejenige Jahresgebühr, welche für das Hauptpatent in dem betreffenden Jahre zu entrichten ist.

Frist zur Zahlung. Die Jahresgebühren sind am Kalendertage der Patentertheilung zu zahlen.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben.

Ausführung der Erfindung muss innerhalb 3 Jahren vom Tage der Patentertheilung an stattfinden und in angemessenem Umfange fortgesetzt werden.

Besitzwechsel muß eingetragen werden, um rechtsgiltig zu sein.

Nichtigkeitsklage ist bei dem Handelsgerichte in Rio de Janeiro zu erheben.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn der Gegenstand des Patentes kein industrielles Product oder Verfahren ist, oder den Gesetzen und guten Sitten zuwiderläuft oder gesundheitsschädlich ist, oder einen praktischen industriellen Erfolg nicht gewährt.
2. Wenn die Erfindung bereits patentirt war.
3. Wenn die Erfindung nicht der Wahrheit gemäß in den Unterlagen beschrieben ist.
4. Wenn der Titel in betrügerischer Absicht falsch angegeben ist.
5. Wenn der Gegenstand eines Zusatzpatentes nicht in unmittelbarer Beziehung zum Hauptpatente steht.

Das Patent erlischt, wenn die Ausführung nicht innerhalb der ersten 3 Jahre stattfindet; wenn diese länger als 1 Jahr geruht hat; wenn der im Auslande wohnende Patentinhaber nicht einen Vertreter bestellt hat.

Vereinigte Staaten von Venezuela (Amerika).

(2,400,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 25. Mai 1882.

Patentobject: Gewerbliche Neuheiten.

Begriff der Neuheit: Eine Erfindung gilt als neu, wenn sie noch nicht allgemein bekannt war.

Unterlagen:

1. Gesuch.
2. Eideserklärung, der wahre Erfinder zu sein.

3. Eine spanische Beschreibung.

4. Eine (ein Satz) Zeichnung in beliebiger Gröfse und Ausführung.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde: Nach Ablauf des Patents erfolgt die Veröffentlichung der Erfindung.

Dauer des Patents: 6 bis 15 Jahre, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Zahlungen: Keine.

Ausführung der Erfindung muß binnen 2 Jahren stattfinden; bei Einführungspatenten binnen 1 Jahr.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Wenn die Beschreibung mangelhaft ist.
2. Wenn die Erfindung bei der Anmeldung nicht neu war.
3. Wenn die Ausführung der Erfindung nicht binnen der vorgeschriebenen Frist stattfindet.

Victoria (Australien).

(1,145,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder seine Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 9. Mai 1865. Vorschriften vom Februar 1866. Acte vom 17. December 1872.

Patentobject: Nur eine einzige Erfindung!

Neue Gewerbeerzeugnisse. Alle Mittel zur Erlangung eines industriellen Endzweckes.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche den Gesetzen zuwiderlaufen oder dem Staate insofern nachtheilig sind, als dadurch die Preise der Waaren vertheuert, der Verkehr geschädigt oder das allgemeine Interesse belästigt wird.

Vorprüfung auf Neuheit findet nicht statt.

Begriff der Neuheit. Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung gebraucht oder veröffentlicht ist.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Ober-Secretär der Kolonie.
2. Zwei englische Beschreibungen, welche genau, klar und vollständig sein müssen und mit genauen Ansprüchen schliessen sollen. Die eine Ausfertigung auf echtem Pergament in der Grösse von genau
 $20'' \text{ Höhe} \times 15'' \text{ Breite (engl.)}$
 mit einem frei zu lassenden Rande von $1\frac{1}{2}''$ Breite zur Linken und zur Rechten. Die andere Ausfertigung auf Papier in gleicher Weise auszuführen.
3. Zwei (Satz) Zeichnungen, davon ein Satz auf echtem Pergament und der andere auf Papier entweder im Formate von
 $20'' \text{ Höhe} \times 15'' \text{ Breite}$
 oder gröfser, jedoch stets mit einem frei zu lassenden Rande von $1\frac{1}{2}''$ Breite zur Linken und zur Rechten.
4. Versicherung, nach bestem Wissen der erste und wahre Erfinder zu sein.
5. Vollmacht.

Das Patent wird vorläufig auf 6 Monate vom Tage der Anmeldung an ertheilt. Wenn man dann vorzugehen wünscht, mufs man spätestens 6 Wochen vor Ablauf dieser Zeit eine Anzeige an die Crown Law Offices einreichen, damit das vollständige Patent ertheilt wird. Auf Erfordern mufs man bis zu 25 £ als Bürgschaft hinterlegen.

Vollmacht ist nicht zu legalisiren.

Modelle sind nicht erforderlich.

Geschäftsgang bei der Patentbehörde. Das Gesuch mit den Unterlagen wird im Bureau des General-Registrators gegen eine Bescheinigung hinterlegt. Innerhalb 6 Monaten können die Beschreibungen abgeändert werden.

6 Wochen vor Ablauf dieser Zeit mufs eine Anzeige nebst der Bescheinigung hinterlegt werden. Der Beamte

stellt dem Vertreter eine öffentliche Vorladung an Alle, welche Einspruch erheben wollen, zu, welche dieser dreimal in Zeitungen veröffentlicht. Zur festgesetzten Zeit hört der Beamte etwaige Einsprüche an, erwägt sie, wenn nöthig mit Hilfe von Sachverständigen, die er zuzieht. Je nach seiner Entscheidung stellt er eine Vollmacht zur Ertheilung eines Patentes aus. Auf Grund derselben wird dann das Patent vom Ober-Secretär innerhalb 3 Monaten ausgefertigt.

Zurückweisung der Anmeldung kann erfolgen, wenn der Gouverneur es verlangt.

Einspruch gegen die Ertheilung eines Patentes findet bei der Vorladung statt (s. oben).

Beschwerde gegen die Zurückweisung ist nicht gestattet.

Anfang und Dauer des Patentes. Das Patent beginnt mit dem Tage der Anmeldung und läuft vorläufig 6 Monate. Auf eine besondere Anzeige (s. oben) und nach stattgefundener Verhandlung wird die Patenturkunde ausgefertigt und dann dauert das Patent bei regelmäßiger Zahlung der Gebühren 14 Jahre vom Tage der Anmeldung an, jedoch nicht länger als ein zuvor ertheiltes ausländisches Patent.

Das Patent kann auf besonderes Gesuch verlängert werden.

Zusatzpatente werden nicht ertheilt.

Zahlungen:

	£	s.	d.
Bei Hinterlegung des Gesuches	2.	10.	—
An den Rechtsbeamten für jeden Verhörtermin	2.	4.	6
Bei Empfang der Patenturkunde	2.	10.	—
Vor Ablauf des 3. Jahres	15.	—	—
„ „ „ 7. „	20.	—	—

(1 £ = 20 Shillings à 12 Pence = 20,43 *M*).

Frist zur Zahlung. Die Zahlungen der Gebühren vor Ablauf des 3. und 7. Jahres müssen vor dem Kalendertage der Anmeldung geschehen.

Gedruckte Patentschriften werden nicht ausgegeben. Jährlich werden die Beschreibungen auszugsweise und mit Abbildungen veröffentlicht, in der Regel erst im 2. Jahre nach der Patentertheilung.

Ausführung der Erfindung ist nicht erforderlich.

Besitzwechsel darf nur mit Erlaubniss des Rechtsbeamten stattfinden und ist an die Erfüllung von Formalitäten gebunden. Ebenso müssen Licenzertheilungen eingetragen werden.

Nichtigkeitsklage ist bei dem höchsten Gerichte vorzubringen.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurücknahme des Patents:

1. Der Kläger muß die Verletzungen genau angeben, über welche er sich beklagt.
2. Wenn die Beschreibung und der Titel nicht genau ist.

Das Patent verfällt, wenn die Gebühren nicht rechtzeitig gezahlt sind.

Sonstige Bemerkungen: Wenn die Beschreibung nicht richtig oder vollständig ist, kann man das Patent dadurch aufrecht halten, daß man noch vor Einreichung von Klagen eine andere genaue Beschreibung hinterlegt und darauf eine andere Patenturkunde erhält.

West-Australien.

(110,000 Einwohner.)

Patentsucher: Nur der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger.

Patentgesetz vom 15. August 1872.

Patentobject: Alle Mittel zur Erlangung eines industriellen Zweckes.

Ausgeschlossen sind: Erfindungen, welche dem Staate nachtheilig sein können.

Unterlagen:

1. Gesuch an den Gouverneur.
2. Vollmacht mit einer vor einem englischen Consul

abgegebenen Erklärung, der Inhaber eines ausländischen Patents zu sein, ferner mit einer Erklärung eines Sachverständigen, dafs der Patent-sucher Inhaber dieses Patents ist.

3. Beglaubigte Abschrift der ausländischen Patent-urkunde.
4. Beglaubigte Abschrift (oder englische Ueber-setzung) der Beschreibung dieses Patents.
5. Beglaubigte Copie der Zeichnung desselben.
6. Modell, wenn nöthig.

Modelle sind nicht erforderlich.

Zahlungen: Bei der Anmeldung 25 £,
 bei der Patentertheilung 25 „,
 (1 £ = 20,43 *M*).

Dauer des Patents: bis zu 14 Jahren.

Gründe der Nichtigkeit und zur Zurück-nahme des Patents:

1. Wenn die Erfindung nicht neu war.
2. Wenn die Gebühren nicht entrichtet sind.

Anmerkung I.

Aufser den vorstehend angeführten Staaten ertheilen noch folgende Länder Patentschutz, doch werden in den meisten dieser Länder die Bestimmungen und Vorschriften für die Unterlagen, Gebühren und Dauer des Patents für jeden besonderen Fall erst bestimmt, da dieselben kein Patentgesetz besitzen.

Antillen, Kleine (Amerika).

Bahama (Amerika).

Barbados (engl. Colonie in Amerika).

Bermudas-Inseln (engl. Colonie in Amerika).

China (Asien).

Ecuador (Amerika).

Fidji-Inseln (Australien).

Hawai (Australien).

Hongkong (Asien).

Liberia, Republik (Afrika).

Sanct Helena (Afrika).

Anmerkung II.

In folgenden Ländern werden keine Patente ertheilt:

Bulgarien.

Griechenland.

Holland (siehe Markenschutz Seite 45).

Persien.

Rumänien.

Serbien.

Muster- oder Modellschutz.

Muster- oder Modellschutz können Angehörige des deutschen Reiches in folgenden Staaten erwerben:

Belgien.	Oesterreich-Ungarn.
Dänemark.	Portugal.
Deutschland.	Rußland.
Frankreich.	Spanien.
Großbritannien u. Irland.	Ver. Staaten von Amerika.
Italien.	

Angehörige der österr.-ungar. Monarchie in folgenden Staaten:

Deutschland.	Italien.
Frankreich.	Oesterreich-Ungarn.
Großbritannien u. Irland.	

In Oesterreich-Ungarn können außer den Angehörigen des deutschen Reiches und der österr.-ungar. Monarchie auch jene von folgenden Staaten Muster- oder Modellschutz erwerben:

Frankreich.	Serbien.
Großbritannien u. Irland.	Portugal.
Italien.	Spanien.

Markenschutz.

Markenschutz kann in folgenden Staaten erworben werden:

Argentinische Republik.	Costa Rica.
Belgien.	Dänemark.
Bolivia.	Deutschland.
Brasilien.	Ecuador.
Bulgarien.	England.
Canada.	Frankreich.
Capland.	Guatemala.
Chili.	Holland (siehe Seite 45).
Columbia.	Honduras.

Hongkong.
 Italien.
 Luxemburg.
 Mexico.
 Neu-Seeland.
 Neu-Süd-Wales.
 Nicaragua.
 Niederlande.
 Norwegen.
 Oesterreich.
 Peru.
 Paraguay.
 Portugal.
 Queensland.

Rumänien.
 Rußland.
 Salvador.
 Schweden.
 Schweiz.
 Spanien.
 Süd-Australien.
 Tasmania.
 Türkei.
 Uruguay.
 Venezuela.
 Ver. Staaten von Amerika.
 Victoria.
 West-Australien.

Beglaubigung der Vollmachten.

1. Deutschland.
2. Frankreich.
3. Belgien.
4. Luxemburg.
5. Spanien.
6. Schweiz.
7. Schweden.
8. Dänemark.

Die Vollmachten für diese Länder bedürfen nur der einfachen Unterschrift (Vor- und Zunamen) der Patent-Nachsucher oder der nachsuchenden Firma.

9. Grossbritannien
und Irland.

Für dieses Land kann das Patent nur auf eine Person (und seinen Theilhaber) ertheilt werden, nicht für eine Firma. Die Vollmacht muß zweimal (an den bezeichneten Stellen) mit Vor- und Zunamen des Nachsuchers vollzogen werden. Beglaubigung ist nicht nöthig.

10. Oesterreich-
Ungarn.

Die Unterschrift des Patent-Nachsuchers oder der nachsuchenden Firma muß durch ein Amtsgericht oder einen Notar beglaubigt und in letzterem Falle die Beglaubigung des Notars durch den zuständigen Landesgerichts-Präsidenten legalisirt werden. Die Vollmacht kann auch durch den österr.-ung. Consul beglaubigt werden.

11. Norwegen.
12. Finnland.
13. Portugal.
14. Italien.

Die Unterschriften des Patent-suchers müssen durch die betreffenden Consulate beglaubigt werden. Sind solche nicht zu erlangen, so müssen dieselben durch einen Notar beglaubigt und diese Beglaubigung durch den zuständigen Landesgerichts-Präsidenten legalisirt werden.

15. Ver. Staaten von
Nord-Amerika
16. Canada.

Die Unterschrift dieser Voll-machten muß von dem Erfinder oder dessen Erben persönlich vor dem amerikanischen oder englischen Consulat vollzogen werden. Sollte dies nicht möglich sein, so kann die Beglaubigung wie bei 11—14 erfolgen. Es ist bei diesen Ländern aber vortheilhafter, die Vollmachten direct bei den Consulaten beglaubigen zu lassen, da dies das Verfahren vereinfacht.

17. Rußland.

Bedarf keiner Vollmacht.

Zurückzahlung von Gebühren.

Folgende Länder zahlen bei Verweigerung eines Patentes zurück:

Dänemark 34 Kr.

Frankreich 100 Francs.

Oesterreich-Ungarn 26,25 fl. = 53 Kr.

Rußland die eingezahlte Gebühr.

Schweden 39 Kr.

Schweiz 20 Franken.

Vollmachtsformulare

für

verschiedene Länder.

POUVOIR.

LE SOUSSIGNÉ

.....

.....

.....

.....

constitue pour Mandataire spécial
aux effets ci-après

.....

.....

auquel il donne pouvoir de pour
et en nom, faire toutes démarches néces-
saires pour obtenir en

.....

.....

.....

.....

En conséquence, présenter à toute autorité compé-
tente toutes demandes, pétitions et requêtes; se présenter
à tous Ministères, Bureaux, Greffes et Commissions en
cas de besoin; signer et approuver toutes pièces; requérir
tous procès-verbaux; contracter tous engagements; verser
ou retirer toutes taxes, en prendre quittance ou en donner
décharge; faire toutes demandes de Certificats d'addition

ou Brevets de perfectionnements, les échanger ou retirer s'il y a lieu; consentir la radiation de toutes inscriptions; retirer également les titres définitifs, ainsi que toutes pièces afférentes; signer tous actes ou procès-verbaux de désistement des privilèges d'étranger; demander toutes autorisations d'introduction de modèle; prendre la parole et répondre à toutes réclamations qui pourront surgir relativement au Brevet dont il s'agit; demander toutes prolongations requises et, représenter pendant toute la durée du dit Brevet; aux fins sus-énoncées, passer et signer tous actes; élire domicile; substituer dans tout ou partie des présents pouvoirs et, dans les différents cas qui pourront se présenter, faire généralement tout ce qui sera utile pour arriver à l'obtention du privilège sus-relaté, promettant avoir le tout pour agréable et le ratifier au besoin.

Fait à , le 189

Petition.

To the Commissioner of Patents, Ottawa:

The petition of

..... sheweth:

That hath invented new and useful

Improvements in

.....
not known or used by others before invention there-
of and not being in public use or on sale for more than
one year previous to application in Canada,
with consent or allowance as such inventor.....

Your petitioner therefore pray that a Patent may be
granted to for the said invention, as set forth
in the specification in duplicate sent herewith, and for the
purposes of the Patent Act of 1872, your petitioner
elect domicile in the city of Province of
.....

Signed at this day of 189

.....

Power of Attorney.

To the Commissioner of Patents, Ottawa:

The undersigned

hereby appoint

Attorney....., with full power of substitution and revocation, to prosecute an application for a Patent for new and useful Improvements in

to make alternations and amendements therein, to sign the drawings, to receive the Patent and to transact all business in the Patent Office connected therewith.

Signed at..... this..... day of..... 189

In the presence of.....

Directions.

Applicant or applicants should sign all names in full.

The petition requires signature only.

No legalization or witnesses.

The power of Attorney should be attested by two witnesses.

(Anmerkung: Zwischen dieser und der folgenden Seite ist die Beschreibung einzuschalten!)

In witness whereof have hereunto set
hand in presence of two witnesses.

Signed at this day of
..... 189

Signed in the presence of
.....
.....

Oath.

City of
County of
State of
.....
.....

do hereby solemnly and truly declare in lieu of making
oath and say that verily believe that
the first inventor... of the new and useful Improvements in

described and claimed in the annexed specifications and
for which

..... solicit a Patent
by petition dated the 189
and further declare that the several alle-
gations contained in the said petition are respectively
true and correct.

Sworn
Affirmed to } before at the }
City of this }
..... day of

Fuldmagt.

Herved befuldmægtiges Herr
af Kjøbenhavn til paa Vegne at udtage **Patent**
i **Danmark** paa af opfundne

og skal derfor alt, hvad han i denne Henseende finder
fornødent at foretage, være bindende for

..... den 18.....

Keine Beglaubigung.
No. legalization.
Pas de légalisation.

.....

Vollmacht.

Herr

wohnhaft, wird hierdurch von bevollmächtigt
für und in Namen bei der zuständigen Be-
hörde die Eintragung

auf Jahre zu erwirken und zu diesem
Zwecke:

die nötigen Unterlagen anzufertigen, zu unter-
zeichnen und bei der Behörde einzureichen, Zah-
lungen zu leisten, Mängel an den Unterlagen,
die von der Behörde bezeichnet werden, zu be-
seitigen und die Anmeldungsbescheinigung in
Empfang zu nehmen.

Indem den obengenannten Herrn zu
Vertreter ernenne, erkläre im Voraus, alles
das, was der genannte Vertreter auf Grund dieser
Vollmacht zur Erlangung thun wird,
anerkennen zu wollen.

....., den 189

Vollmacht.

Ich
Wir Unterzeichnete bevollmächtigt hiermit
Herrn

für ein **Reichs-Patent**

auf Erfindung

nachzusuchen.

Zu diesem Zwecke ermächtigt den obengenannten Herrn, alle erforderlichen Eingaben für zu machen, Unterschriften für zu vollziehen, alle gesetzlich zu zahlenden Taxen zu entrichten und zurückzuziehen, über dieselben zu quittiren oder Quittungen in Empfang zu nehmen, etwaige Gesuche um Verlängerungen oder um **Patente auf Zusätze oder Verbesserungen** zu stellen, dieselben umzuändern oder zurückzuziehen, die Patent-Urkunden und alle auf gegenwärtiges Patent Bezug habenden Acten, Mitteilungen etc. in Empfang zu nehmen, gegen Patentverletzungen einzuschreiten, Einsprüche zu widerlegen, ferner Unterbevollmächtigte zu ernennen, und überhaupt Alles zu thun, was zur Erlangung, Aufrechterhaltung und Vervollständigung besagten Patenten erforderlich ist.

....., den 189

Pouvoir.

Le soussigné

.....

..... donne

par le présent pouvoir à

M.

de pour et en nom former en **France**

la demande régulière d'un brevet de quinze
ans, pour:

.....

.....

.....

En conséquence signer et déposer toutes les pièces, les retirer et reproduire, faire toute demande de certificats et brevets de perfectionnement ou d'addition, payer les droits et frais, réclamer les pièces et les taxes en cas de renonciation de la demande ou de refus pour un motif quelconque, élire domicile, substituer et en général remplir toutes les formalités requises pour la réalisation du présent mandat promettant de le reconnaître.

..... le

189

PATENTS, DESIGNS, AND TRADE MARKS

ACTS, 1883 to 1888.

PATENT.**Form A.****APPLICATION FOR PATENT.**

(a) Here insert
full name,
full address
and profes-
sion of appli-
cant or ap-
plicants.

(a)

..... do hereby
declare that in possession of an
invention for

(b) Here insert
title of in-
vention.

(b)

(c) In the case
of more than
one appli-
cant, state
whether all,
or if not, who
is or are the
inventor or
inventors.

that (c)

..... the true and first inventor
thereof; and that the same is not in use by
any other person or persons to the best
of knowledge and belief; and hum-
bly pray that a patent may be granted to
..... for the said invention.

Dated day of 189

(d) To be signed
by applicant
or appli-
cants.

(d)

NOTE: Where Application is made through an Agent
(Rules 8 and 9 of Patents Rules 1883), the
Authorization on the back (if used) should
be signed by the Applicant or Applicants.

Authorization.

.....
 hereby appoint
 of
 to act as Agent in respect of the within
 application for a Patent, and request that
 all notices, requisitions, and communications
 relating thereto may be sent to such Agent
 at the above address.

..... day of 189.....

*

* To be signed
 by applicant
 or appli-
 cants.

POUVOIR.

Le soussigné

donne par ce présent pouvoir à M

de pour et en nom former en

..... la demande régulière d'un brevet d

..... pour l'invention ayant pour titre

Déposer, en conséquence, le montant de la taxe, signer toutes pièces ou registres, lever l'expédition du Brevet, retirer la taxe en cas de refus, accomplir enfin tous les formalités prescrites par les lois.

Le présent pouvoir est valable pour toute la durée du privilège et pour tout brevet d'addition ou de prolongation s'il-y-a avait lieu.

Fait à le

Vollmacht.

Endesgefertigte

ertheile hiemit dem Herr

Vollmacht für und in

Name ein k. k. ausschliessendes Privilegium in den
kais. und königl. österreichisch-ungarischen Staa-
ten auf

nachzusuchen und zu erhalten, zu diesem Zwecke
auch alle Eingaben in Namen zu unter-
schreiben und einzureichen, eventuell zurückzu-
ziehen, Privilegiumstaxen sowie Registrirungs-
gebühren zu entrichten, eventuell zurückzuziehen,
Unterbevollmächtigte zu ernennen, die Privile-
giums-Urkunden in Empfang zu nehmen und
zu bestätigen, dieselben behufs Cession und
Verlängerungen wieder einzureichen, im Pri-
vilegiumsgesuche entweder Geheimhaltung oder
Offenhaltung der Beilagen zu beantragen, im Falle
von Geheimhaltung später auf dieselbe Verzicht zu
leisten, und überhaupt alle nicht nur zur Er-
langung, sondern auch zur Aufrechterhaltung des
besagten Privilegiums auf dessen längste Dauer
gesetzlich erforderlichen und zulässigen Schritte
zu thun.

NB. Zur Verwendung dieser Vollmacht für Oesterreich-Ungarn muß die Unterschrift stets beglaubigt werden. Wird die Vollmacht in Oesterreich-Ungarn selbst ausgestellt, so vollzieht diese Beglaubigung ein k. k. bzw. k. k. ungarischer Notar, in Deutschland eine Gerichtsbehörde, im übrigen Auslande ein k. k. österreich-ungarisches Consulat oder eine solche Gesandtschaft.

FULLMAKT

för eller den han i sitt ställe förordnar att till.....

ingifva ansökan om patent i Konungariket

å af uppfunn.....

bemyndigande ombudet att i allt, hvad
patentet angår å vägnar tala och svara;
hållande för gildt allt, hvad ombudet i
denna sak lagligen gör och låter.

..... den 189.....

Bevittnas:

Keine Beglaubigung.

No legalization.

Pas de légalisation,

Vollmacht.

..... Unterzeichnet.....
 wohnhaft in
 ertheil..... hiemit d..... Herrn.....

Vollmacht für..... und in..... Namen
 ein Patent für..... Erfindung, betreffend:

bei der betreffenden Behörde und nach den bestehenden
 Landesgesetzen nachzusuchen..... während der
 ganzen zulässigen Schutzdauer zu vertreten, alle.....
 Rechte, sowohl als Kläger wie auch als Verklagte wahr-
 zunehmen und zu dem bezeichneten Zwecke alle Akten
 gutzuheissen und für..... zu unterzeichnen, Urkunden
 in Empfang zu nehmen, nöthigenfalls Unterbevollmäch-
 tigte zu ernennen, etwaige Zusatzpatente nachzusuchen
 und überhaupt Alles zu thun, was zur **Erlangung** und
Aufrechterhaltung des Schutzes nothwendig und er-
 forderlich ist.

..... am..... 18.....

PODER.

..... abajo firmado, domiciliado
en confiere por el presente,
poder tan amplio como en derecho sea necesario á

.....
con facultad de sustituir en caso necesario, para en su
nombre solicitar del Gobierno español una **Patente de**
Invencion por años al objeto de asegurar
la propiedad de

.....
y á este efecto firmar todas las solicitudes y cuantos do-
cumentos deban presentarse, hacer en los mismos las mo-
dificaciones que sean convenientes, hacer los pagos pre-
venidos por la ley, recibir la **Patente** una vez otorgada,
solicitar **Certificados de adicion** y hacer en general
uso de cuantos derechos podrian al otorgante competirle
segun las leyes vigentes al efecto indicado y en las in-
cidencias y dependencias del mismo.

Dado en à los de
de 18

Firma del Interesado.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.

Petition with power of Attorney.

To the Commissioner of Patents:

Your petitioner

residing at in the
of and State of

pray that Letters Patent may be granted to
..... for the Improvement in

set forth in the annexed specification; and
hereby appoint

attorney with full power of substitution and revocation,
to prosecute this application, to make alterations and
amendments therein, to receive the Patent and to trans-
act all business in the Patent Office connected therewith.

DIRECTIONS.

Applicant or applicants should
sign all names in full.

No legalization.

No witnesses.

(Anmerkung: Zwischen dieser und der folgenden Seite ist die
Beschreibung einzuschalten!)

In testimony whereof..... hereunto set
hand in presence of two witnesses.

Witnesses:

Oath or Affirmation.

City of

County of ss.

State of

the above named petitioner....., citizen..... of
..... and resident..... of

..... being duly sworn, affirmed, depose and
say..... that verily believe to be
the original, first, and inventor
of the improvement in

..... described and claimed
in the foregoing specification; that the same has not
been patented to or to others with

knowledge or consent in any country except in the follo-
wing countries:

that the same has not to.....knowledge been in
 public use or on sale in the United States for more than
 two years prior to this application, and that
 do.....not know and do.....not believe,
 that the same was ever known or used prior to.....
 invention thereof.

Sworn to }
 Affirmed } and subscribed before me this }
 day of..... }

DIRECTIONS.

Applicant or applicants should
 sign all names in full.

May be signed and oath made
 in the United States before any
 person authorized by law to ad-
 minister oaths.

In foreign countries, before
 any notary public, or before any
 diplomatic or consular represen-
 tative, or commercial agent of
 the United States.

Must in all cases be attested
 by the proper official seal of the
 officer before whom the oath is
 taken.

Das deutsche Patentgesetz

vom 7. April 1891.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser,
König von Preussen etc.

verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

An Stelle der §§ 1 bis 40 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 (Reichs-Gesetzblatt Seite 501) treten folgende Bestimmungen.

Erster Abschnitt.

Patentrecht.

§ 1.

Patente werden ertheilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwerthung gestatten.

Ausgenommen sind:

1. Erfindungen, deren Verwerthung den Gesetzen oder guten Sitten zuwiderlaufen würde;
2. Erfindungen von Nahrungs-, Genuß- und Arzneimitteln, sowie von Stoffen, welche auf chemischem Wege hergestellt werden, soweit die Erfindungen nicht ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der Gegenstände betreffen.

§ 2.

Eine Erfindung gilt nicht als neu, wenn sie zur Zeit der auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung in öffentlichen Druckschriften aus den letzten hundert Jahren bereits derart beschrieben oder im Inlande bereits so offenkundig benutzt ist, daß danach die Benutzung durch andere Sachverständige möglich erscheint.

Die im Auslande amtlich herausgegebenen Patentbeschreibungen stehen den öffentlichen Druckschriften erst nach Ablauf von drei Monaten seit dem Tage der Herausgabe gleich, sofern das Patent von demjenigen, welcher die Erfindung im Auslande angemeldet hat, oder von seinem Rechtsnachfolger nachgesucht wird. Diese Begünstigung erstreckt sich jedoch nur auf die amtlichen Patentbeschreibungen derjenigen Staaten, in welchen nach einer im Reichsgesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 3.

Auf die Ertheilung des Patents hat derjenige Anspruch, welcher die Erfindung zuerst nach Maafsgabe dieses Gesetzes angemeldet hat. Eine spätere Anmeldung kann den Anspruch auf ein Patent nicht begründen, wenn die Erfindung Gegenstand des Patents des früheren Anmelders ist. Trifft diese Voraussetzung theilweise zu, so hat der spätere Anmelder nur Anspruch auf Ertheilung eines Patents in entsprechender Beschränkung.

Ein Anspruch des Patentsuchers auf Ertheilung des Patentes findet nicht statt, wenn der wesentliche Inhalt seiner Anmeldung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Geräthschaften oder Einrichtungen eines Anderen oder einem von diesem angewendeten Verfahren ohne Einwilligung desselben entnommen und von dem Letzteren aus diesem Grunde Einspruch erhoben ist. Hat der Einspruch die Zurücknahme oder Zurückweisung der Anmeldung zur Folge, so kann der Einsprechende, falls er

innerhalb eines Monats seit Mittheilung des hierauf bezüglichen Bescheides des Patentamtes die Erfindung seinerseits anmeldet, verlangen, dafs als Tag seiner Anmeldung der Tag vor Bekanntmachung der früheren Anmeldung festgesetzt werde.

§ 4.

Das Patent hat die Wirkung, dafs der Patentinhaber ausschliesslich befugt ist, gewerbsmäfsig den Gegenstand der Erfindung herzustellen, in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen. Ist das Patent für ein Verfahren ertheilt, so erstreckt sich die Wirkung auch auf die durch das Verfahren unmittelbar hergestellten Erzeugnisse.

§ 5.

Die Wirkung des Patents tritt gegen denjenigen nicht ein, welcher zur Zeit der Anmeldung bereits im Innlande die Erfindung in Benutzung genommen oder die zur Benutzung erforderlichen Veranstaltungen getroffen hatte. Derselbe ist befugt, die Erfindung für die Bedürfnisse seines eigenen Betriebes in eigenen oder fremden Werkstätten auszunutzen. Diese Befugniss kann nur zusammen mit dem Betriebe vererbt oder veräufsert werden.

Die Wirkung des Patents tritt ferner insoweit nicht ein, als die Erfindung nach Bestimmung des Reichskanzlers für das Heer oder für die Flotte oder sonst im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt benutzt werden soll. Doch hat der Patentinhaber in diesem Falle gegenüber dem Reiche oder dem Staate, welcher in seinem besonderen Interesse die Beschränkung des Patents beantragt hat, Anspruch auf angemessene Vergütung, welche in Ermangelung einer Verständigung im Rechtswege festgesetzt wird.

Auf Einrichtungen an Fahrzeugen, welche nur vorübergehend in das Inland gelangen, erstreckt sich die Wirkung des Patents nicht.

§ 6.

Der Anspruch auf Ertheilung des Patents und das Recht aus dem Patente gehen auf die Erben über. Der Anspruch und das Recht können beschränkt oder unbeschränkt durch Vertrag oder durch Verfügung von Todeswegen auf Andere übertragen werden.

§ 7.

Die Dauer des Patents ist fünfzehn Jahre; der Lauf dieser Zeit beginnt mit dem auf die Anmeldung der Erfindung folgenden Tage. Bezweckt eine Erfindung die Verbesserung oder sonstige weitere Ausbildung einer andern, zu Gunsten des Patentsuchers durch ein Patent geschützten Erfindung, so kann dieser die Ertheilung eines Zusatzpatents nachsuchen, welches mit dem Patente für die ältere Erfindung sein Ende erreicht.

Wird durch die Erklärung der Nichtigkeit des Hauptpatents ein Zusatzpatent zu einem selbstständigen Patent, so bestimmt sich dessen Dauer und der Fälligkeitstag der Gebühren nach dem Anfangstage des Hauptpatents. Für den Jahresbetrag der Gebühren ist der Anfangstag des Zusatzpatents maßgebend. Dabei gilt als erstes Patentjahr der Zeitabschnitt zwischen dem Tage der Anmeldung des Zusatzpatents und dem nächstfolgenden Jahrestag des Anfanges des Hauptpatents.

§ 8.

Für jedes Patent ist vor der Ertheilung eine Gebühr von dreißig Mark zu entrichten (§ 24 Absatz 1).

Mit Ausnahme der Zusatzpatente (§ 7) ist außerdem für das Patent mit Beginn des zweiten und jedes folgenden Jahres der Dauer eine Gebühr zu entrichten, welche das erste Mal fünfzig Mark beträgt, und weiterhin jedes Jahr um fünfzig Mark steigt.

Diese Gebühr (Absatz 2) ist innerhalb sechs Wochen nach der Fälligkeit zu entrichten. Nach Ablauf der Frist kann die Zahlung nur unter Zuschlag einer Gebühr von 10 Mark innerhalb weiterer sechs Wochen erfolgen.

Einem Patentinhaber, welcher seine Bedürftigkeit nachweist, können die Gebühren für das erste und zweite Jahr der Dauer des Patens bis zum dritten Jahr gestundet und, wenn das Patents im dritten Jahr erlischt, erlassen werden.

Die Zahlung der Gebühren kann vor Eintritt der Fälligkeit erfolgen. Wird auf das Patent verzichtet oder dasselbe für nichtig erklärt oder zurückgenommen, so erfolgt die Rückzahlung der nicht fällig gewordenen Gebühren.

Durch Beschluss des Bundesraths kann eine Herabsetzung der Gebühren angeordnet werden.

§ 9.

Das Patent erlischt, wenn der Patentinhaber auf dasselbe verzichtet, oder wenn die Gebühren nicht rechtzeitig bei der Kasse des Patentamtes oder zur Ueberweisung an dieselbe bei einer Postanstalt im Gebiete des Deutschen Reichs eingezahlt sind.

§ 10.

Das Patent wird für nichtig erklärt, wenn sich ergibt:

1. dafs der Gegenstand nach §§ 1 und 2 nicht patentfähig war,
2. dafs die Erfindung Gegenstand des Patents eines früheren Anmelders ist,
3. dafs der wesentliche Inhalt der Anmeldung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Geräthschaften oder Einrichtungen eines Anderen oder einem von diesem angewendeten Verfahren ohne Einwilligung desselben entnommen war.

Trifft eine dieser Voraussetzungen (1 bis 3) nur theilweise zu, so erfolgt die Erklärung der Nichtigkeit durch entsprechende Beschränkung des Patents.

§ 11.

Das Patent kann nach Ablauf von drei Jahren, von dem Tag der über die Ertheilung des Patents erfolgten

Bekanntmachung (§ 27 Absatz 1) gerechnet, zurückgenommen werden:

1. wenn der Patentinhaber es unterläßt, im Inlande die Erfindung in angemessenem Umfange zur Ausführung zu bringen, oder doch Alles zu thun, was erforderlich ist, um die Ausführung zu sichern;
2. wenn im öffentlichem Interesse die Ertheilung der Erlaubniss zur Benutzung der Erfindung an Andere geboten erscheint, der Patentinhaber aber gleichwohl sich weigert, diese Erlaubniss gegen angemessene Vergütung und genügende Sicherstellung zu ertheilen.

§ 12.

Wer nicht im Inlande wohnt, kann den Anspruch auf die Ertheilung eines Patents und die Rechte aus dem Patent nur geltend machen, wenn er im Inlande einen Vertreter bestellt hat. Der letztere ist zur Vertretung in dem nach Maaßgabe dieses Gesetzes stattfindenden Verfahren, sowie in den das Patent betreffenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und zur Stellung von Strafanträgen befugt. Der Ort, wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat, und in Ermangelung eines solchen der Ort, wo das Patentamt seinen Sitz hat, gilt im Sinne des § 24 der Civilproceßordnung als der Ort, wo sich der Vermögensgegenstand befindet.

Unter Zustimmung des Bundesraths kann durch Anordnung des Reichskanzlers bestimmt werden, daß gegen die Angehörigen eines ausländischen Staates ein Vergeltungsrecht zur Anwendung gebracht werde.

Zweiter Abschnitt.

Patentamt.

§ 13.

Die Ertheilung, die Erklärung der Nichtigkeit und die Zurücknahme der Patente erfolgt durch das Patentamt.

Das Patentamt hat seinen Sitz in Berlin. Es besteht aus einem Präsidenten, aus Mitgliedern, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen (rechtskundige Mitglieder) und aus Mitgliedern, welche in einem Zweige der Technik sachverständig sind (technische Mitglieder). Die Mitglieder werden, und zwar der Präsident auf Vorschlag des Bundesraths, vom Kaiser ernannt. Die Berufung der rechtskundigen Mitglieder erfolgt, wenn sie im Reichs- oder Staatsdienst ein Amt bekleiden, auf die Dauer dieses Amtes, anderenfalls auf Lebenszeit. Die Berufung der technischen Mitglieder erfolgt entweder auf Lebenszeit oder auf fünf Jahre. In letzterem Falle finden auf sie die Bestimmungen im § 16 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten, vom 31. März 1873 keine Anwendung.

§ 14.

In dem Patentamt werden:

1. Abtheilungen für die Patentanmeldungen (Anmeldeabtheilungen),
2. Eine Abtheilung für die Anträge auf Erklärung der Nichtigkeit oder auf Zurücknahme von Patenten (Nichtigkeitsabtheilung),
3. Abtheilungen für Beschwerden (Beschwerdeabtheilungen) gebildet.

In den Anmeldeabtheilungen dürfen nur solche technische Mitglieder mitwirken, welche auf Lebenszeit berufen sind. Die technischen Mitglieder der Anmeldeabtheilungen dürfen nicht in den übrigen Abtheilungen, die technischen Mitglieder der letzteren nicht in den Anmeldeabtheilungen mitwirken.

Die Beschlussfähigkeit der Anmeldeabtheilungen ist durch die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern bedingt, unter welchen sich zwei technische Mitglieder befinden müssen.

Die Entscheidungen der Nichtigkeitsabtheilung und der Beschwerdeabtheilungen erfolgen in der Besetzung

von zwei rechtskundigen und drei technischen Mitgliedern. Zu anderen Beschlusfassungen genügt die Anwesenheit von drei Mitgliedern.

Die Bestimmungen der Civilprocessordnung über Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen finden entsprechende Anwendung.

Zu den Berathungen können Sachverständige, welche nicht Mitglieder sind, zugezogen werden; dieselben dürfen an den Abstimmungen nicht theilnehmen.

§ 15.

Die Beschlüsse und die Entscheidungen der Abtheilungen erfolgen im Namen des Patentamts; sie sind mit Gründen zu versehen, schriftlich anzufertigen und allen Betheiligten von Amtswegen zuzustellen.

§ 16.

Gegen die Beschlüsse der Anmeldeabtheilungen und der Nichtigkeitsabtheilung findet die Beschwerde statt. An der Beschlusfassung über die Beschwerde darf kein Mitglied Theil nehmen, welches bei dem angefochtenen Beschlusse mitgewirkt hat.

§ 17.

Die Bildung der Abtheilungen, die Bestimmung ihres Geschäftskreises, die Formen des Verfahrens, einschließlic des Zustellungswesens, und der Geschäftsgang des Patentamts werden, insoweit dieses Gesetz nicht Bestimmungen darüber trifft, durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths geregelt.

§ 18.

Das Patentamt ist verpflichtet, auf Ersuchen der Gerichte über Fragen, welche Patente betreffen, Gutachten abzugeben, sofern in dem gerichtlichen Verfahren von einander abweichende Gutachten mehrerer Sachverständiger vorliegen.

Im Uebrigen ist das Patentamt nicht befugt, ohne Genehmigung des Reichskanzlers aufserhalb seines gesetz-

lichen Geschäftskreises Beschlüsse zu fassen oder Gutachten abzugeben.

§ 19.

Bei dem Patentamte wird eine Rolle geführt, welche den Gegenstand und die Dauer der ertheilten Patente, sowie den Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer bei Anmeldung der Erfindung etwa bestellten Vertreter angiebt. Der Anfang, der Ablauf, das Erlöschen, die Erklärung der Nichtigkeit und die Zurücknahme der Patente sind, unter gleichzeitiger Bekanntmachung durch den Reichsanzeiger, in der Rolle zu vermerken.

Tritt in der Person des Patentinhabers oder seines Vertreters eine Aenderung ein, so wird dieselbe, wenn sie in beweisender Form zur Kenntniss des Patentamtes gebracht ist, ebenfalls in der Rolle vermerkt und durch den Reichsanzeiger veröffentlicht. So lange dieses nicht geschehen ist, bleiben der frühere Patentinhaber und sein früherer Vertreter nach Maaßgabe dieses Gesetzes berechtigt und verpflichtet.

Die Einsicht der Rolle, der Beschreibungen, Zeichnungen, Modelle und Probestücke, auf Grund deren die Ertheilung der Patente erfolgt ist, steht, soweit es sich nicht um ein im Namen der Reichsverwaltung für die Zwecke des Heeres oder der Flotte genommenes Patent handelt, jedermann frei.

Das Patentamt veröffentlicht die Beschreibungen und Zeichnungen, soweit deren Einsicht jedermann freisteht, in ihren wesentlichen Theilen durch ein amtliches Blatt. In dasselbe sind auch die Bekanntmachungen aufzunehmen, welche durch den Reichsanzeiger nach Maaßgabe dieses Besitzes erfolgen müssen.

Dritter Abschnitt.

Verfahren in Patentsachen.

§ 20.

Die Anmeldung einer Erfindung behufs Ertheilung eines Patenten geschieht schriftlich bei dem Patentamt.

Für jede Erfindung ist eine besondere Anmeldung erforderlich. Die Anmeldung muß den Antrag auf Ertheilung des Patents enthalten und in dem Antrage den Gegenstand, welcher durch das Patent geschützt werden soll, genau bezeichnen. In einer Anlage ist die Erfindung dergestalt zu beschreiben, daß danach die Benutzung derselben durch andere Sachverständige möglicherweise erscheint. Am Schlusse der Beschreibung ist dasjenige anzugeben, was als patentfähig unter Schutz gestellt werden soll (Patentanspruch.) Auch sind die erforderlichen Zeichnungen, bildlichen Darstellungen, Modelle und Probestücke beizufügen.

Das Patentamt erläßt Bestimmungen über die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung.

Bis zu dem Beschlusse über die Bekanntmachung der Anmeldung sind Abänderungen der darin enthaltenen Angaben zulässig. Gleichzeitig mit der Anmeldung sind für die Kosten des Verfahrens 20 Mark zu zahlen.

§ 21.

Die Anmeldung unterliegt einer Vorprüfung durch ein Mitglied der Anmeldeabtheilung.

Erscheint hierbei die Anmeldung als den vorgeschriebenen Anforderungen (§ 20) nicht genügend, so wird durch Vorbescheid der Patentsucher aufgefordert, die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen.

Insoweit die Vorprüfung ergibt, daß eine nach §§ 1, 2 und 3 Absatz 1 patentfähige Erfindung nicht vorliegt, wird der Patentsucher hiervon unter Angabe der Gründe mit der Aufforderung benachrichtigt, sich binnen einer bestimmten Frist zu äußern.

Erklärt sich der Patentsucher auf den Vorbescheid (Absatz 2 und 3) nicht rechtzeitig, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen; erklärt er sich innerhalb der Frist, so faßt die Anmeldeabtheilung Beschlufs.

§ 22.

Ist durch die Anmeldung den vorgeschriebenen Anforderungen (§ 20) nicht genügt oder ergibt sich, daß

eine nach §§ 1, 2, 3, Absatz 1, patentfähige Erfindung nicht vorliegt, so wird die Anmeldung von der Abtheilung zurückgewiesen. An der Beschlussfassung darf das Mitglied, welches den Vorbescheid erlassen hat, nicht theilnehmen.

Soll die Zurückweisung auf Grund von Umständen erfolgen, welche nicht bereits durch den Vorbescheid dem Patentsucher mitgetheilt waren, so ist demselben vorher Gelegenheit zu geben, sich über diese Umstände binnen einer bestimmten Frist zu äußern.

§ 23.

Erachtet das Patentamt die Anmeldung für gehörig erfolgt und die Ertheilung eines Patents nicht für ausgeschlossen, so beschliesst es die Bekanntmachung der Anmeldung. Mit der Bekanntmachung treten für den Gegenstand der Anmeldung zu Gunsten des Patentsuchers einstweilen die gesetzlichen Wirkungen des Patents ein (§§ 4 und 5).

Die Bekanntmachung geschieht in der Weise, dass der Name des Patentsuchers und der wesentliche Inhalt des in seiner Anmeldung enthaltenen Antrages durch den Reichsanzeiger einmal veröffentlicht wird. Mit der Veröffentlichung ist die Anzeige zu verbinden, dass der Gegenstand der Anmeldung einstweilen gegen unbefugte Benutzung geschützt sei.

Gleichzeitig ist die Anmeldung mit sämtlichen Beilagen bei dem Patentamt zur Einsicht für Jedermann auszulegen. Auf dem durch § 17 des Gesetzes bestimmten Wege kann angeordnet werden, dass die Auslegung auch ausserhalb Berlins zu erfolgen habe.

Die Bekanntmachung kann auf Antrag des Patentsuchers auf die Dauer von höchstens sechs Monaten, vom Tage des Beschlusses über die Bekanntmachung an gerechnet, ausgesetzt werden. Bis zur Dauer von drei Monaten darf die Aussetzung nicht versagt werden.

Handelt es sich um ein im Namen der Reichsverwaltung für die Zwecke des Heeres oder der Flotte nachge-

suchtes Patent, so erfolgt auf Antrag die Patentertheilung ohne jede Bekanntmachung. In diesem Falle unterbleibt auch die Eintragung in die Patentrolle.

§ 24.

Innerhalb der Frist von 2 Monaten nach der Veröffentlichung (§ 23) ist die erste Jahresgebühr (§ 8 Absatz 1) einzuzahlen. Erfolgt die Einzahlung nicht binnen dieser Frist, so gilt die Anmeldung als zurückgenommen.

Innerhalb der gleichen Frist kann gegen die Ertheilung des Patents Einspruch erhoben werden. Der Einspruch muß schriftlich erfolgen und mit Gründen versehen sein. Er kann nur auf die Behauptung gestützt werden, daß der Gegenstand nach §§ 1 und 2 nicht patentfähig sei, oder daß dem Patentsucher ein Anspruch auf das Patent nach § 3 nicht zustehe. Im Falle des § 3 Absatz 2 ist nur der Verletzte zum Einspruch berechtigt.

Nach Ablauf der Frist hat das Patentamt über die Ertheilung des Patents Beschlufs zu fassen. An der Beschlufsfassung darf das Mitglied, welches den Vorbescheid (§ 21) erlassen hat, nicht theilnehmen.

§ 25.

Bei der Vorprüfung und in dem Verfahren vor der Anmeldeabtheilung kann jederzeit die Ladung und Anhörung der Betheiligten, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sowie die Vornahme sonstiger zur Aufklärung der Sache erforderlicher Ermittlungen angeordnet werden.

§ 26.

Gegen den Beschlufs, durch welchen die Anmeldung zurückgewiesen wird, kann der Patentsucher, und gegen den Beschlufs, durch welchen über die Ertheilung des Patents entschieden wird, der Patentsucher oder der Einsprechende innerhalb eines Monats nach der Zustellung Beschwerde einlegen. Mit der Einlegung der Beschwerde sind für die Kosten des Beschwerdeverfahrens zwanzig

Mark zu zahlen; erfolgt die Zahlung nicht, so gilt die Beschwerde als nicht erhoben.

Ist die Beschwerde an sich nicht statthaft, oder ist dieselbe verspätet eingelegt, so wird sie als unzulässig verworfen.

Wird die Beschwerde für zulässig befunden, so richtet sich das weitere Verfahren nach § 25. Die Ladung und Anhörung der Beteiligten muß auf Antrag eines derselben erfolgen. Dieser Antrag kann nur abgelehnt werden, wenn die Ladung des Antragstellers in dem Verfahren vor der Anmeldeabtheilung bereits erfolgt war.

Soll die Entscheidung über die Beschwerde auf Grund anderer als der in dem angegriffenen Beschlufs berücksichtigten Umstände erfolgen, so ist den Beteiligten zuvor Gelegenheit zu geben, sich hierüber zu äußern.

Das Patentamt kann nach freiem Ermessen bestimmen, inwieweit einem Beteiligten im Falle des Unterliegens die Kosten des Beschwerdeverfahrens zur Last fallen, sowie anordnen, daß dem Beteiligten, dessen Beschwerde für gerechtfertigt befunden ist, die Gebühr (Absatz 1) zurückgezahlt wird.

§ 27.

Ist die Ertheilung des Patents endgiltig beschlossen, so erläßt das Patentamt darüber durch den Reichsanzeiger eine Bekanntmachung und fertigt demnächst für den Patentinhaber eine Urkunde aus.

Wird die Anmeldung nach der Veröffentlichung (§ 23) zurückgenommen oder wird das Patent versagt, so ist dies ebenfalls bekannt zu machen. Die eingezahlte Jahresgebühr wird in diesen Fällen erstattet. Mit der Versagung des Patents gelten die Wirkungen des einstweiligen Schutzes als nicht eingetreten.

§ 28.

Die Einleitung des Verfahrens wegen Erklärung der Nichtigkeit oder wegen Zurücknahme des Patents erfolgt nur auf Antrag.

Im Falle des § 10 No. 3 ist nur der Verletzte zu dem Antrag berechtigt.

Im Falle des § 10 No. 1 ist nach Ablauf von fünf Jahren, von dem Tage der über die Ertheilung des Patents erfolgten Bekanntmachung (§ 27 Absatz 1) gerechnet, der Antrag unstatthaft.

Der Antrag ist schriftlich an das Patentamt zu richten und hat die Thatsachen anzugeben, auf welche er gestützt wird. Mit dem Antrage ist eine Gebühr von fünfzig Mark zu zahlen. Erfolgt die Zahlung nicht, so gilt der Antrag als nicht gestellt. Die Gebühr wird erstattet, wenn das Verfahren ohne Anhörung der Betheiligten beendet wird.

Wohnt der Antragsteller im Ausland, so hat er dem Gegner auf dessen Verlangen Sicherheit wegen der Kosten des Verfahrens zu leisten. Die Höhe der Sicherheit wird von dem Patentamt nach freiem Ermessen festgesetzt. Dem Antragsteller wird bei Anordnung der Sicherheitsleistung eine Frist bestimmt, binnen welcher die Sicherheit zu leisten ist. Erfolgt die Sicherheitsleistung nicht vor Ablauf der Frist, so gilt der Antrag als zurückgenommen.

§ 29.

Nachdem die Einleitung des Verfahrens verfügt ist, fordert das Patentamt den Patentinhaber unter Mittheilung des Antrages auf, sich über denselben innerhalb eines Monats zu erklären.

Erklärt der Patentinhaber binnen dieser Frist sich nicht, so kann ohne Ladung und Anhörung der Betheiligten sofort nach dem Antrage entschieden und bei dieser Entscheidung jede von dem Antragsteller behauptete Thatsache für erwiesen angenommen werden.

§ 30.

Widerspricht der Patentinhaber rechtzeitig, oder wird im Falle des § 29 Absatz 2 nicht sofort nach dem Antrag entschieden, so trifft das Patentamt, und zwar im ersteren Falle unter Mittheilung des Widerspruchs an den

Antragsteller, die zur Aufklärung der Sache erforderlichen Verfügungen. Es kann die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anordnen. Auf dieselben finden die Vorschriften der Civilproceßordnung entsprechende Anwendung. Die Beweisverhandlungen sind unter Zuziehung eines beeidigten Protokollführers aufzunehmen.

Die Entscheidung erfolgt nach Ladung und Anhörung der Betheiligten.

Wird die Zurücknahme des Patents auf Grund des § 11 No. 2 beantragt, so muß der diesem Antrage entsprechenden Entscheidung eine Androhung der Zurücknahme unter Angabe von Gründen und unter Festsetzung einer angemessenen Frist vorausgehen.

§ 31.

In der Entscheidung (§§ 29, 30) hat das Patentamt nach freiem Ermessen zu bestimmen, zu welchem Antheile die Kosten des Verfahrens den Betheiligten zur Last fallen.

§ 32.

Die Gerichte sind verpflichtet, dem Patentamte Rechtshilfe zu leisten. Die Festsetzung einer Strafe gegen Zeugen und Sachverständige, welche nicht erscheinen oder ihre Aussage oder deren Beeidigung verweigern, sowie die Vorführung eines nicht erschienenen Zeugen, erfolgt auf Ersuchen durch die Gerichte.

§ 33.

Gegen die Entscheidung des Patentamtes (§§ 29, 30) ist die Berufung zulässig. Die Berufung geht an das Reichsgericht. Sie ist binnen sechs Wochen nach der Zustellung bei dem Patentamte schriftlich anzumelden und zu begründen.

Durch das Urtheil des Gerichtshofes ist nach Maafsgabe des § 31 auch über die Kosten des Verfahrens zu bestimmen.

Im Uebrigen wird das Verfahren vor dem Gerichtshofe durch ein Regulativ bestimmt, welches von dem

Gerichtshofe zu entwerfen ist und durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths festgestellt wird.

§ 34.

In Betreff der Geschäftssprache vor dem Patentamte finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Gerichtssprache entsprechende Anwendung. Eingaben, welche nicht in deutscher Sprache abgefaßt sind, werden nicht berücksichtigt.

Vierter Abschnitt.

Strafen und Entschädigung.

§ 35.

Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider eine Erfindung in Benutzung nimmt, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.

Handelt es sich um eine Erfindung, welche ein Verfahren zur Herstellung eines neuen Stoffes zum Gegenstand hat, so gilt bis zum Beweise des Gegentheils jeder Stoff von gleicher Beschaffenheit als nach dem patentirten Verfahren hergestellt.

§ 36.

Wer wissentlich den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider eine Erfindung in Benutzung nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu fünf Tausend Mark oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Wird auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist im Urtheil zu bestimmen.

§ 37.

Statt jeder aus diesem Gesetze entspringenden Entschädigung kann auf Verlangen des Beschädigten neben der Strafe auf eine an ihn zu erlegende Buße bis zum Betrage von zehn Tausend Mark erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 38.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung und Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 39.

Die Klagen wegen Verletzung des Patentrechts verjähren rücksichtlich jeder einzelnen dieselbe begründenden Handlung in drei Jahren.

§ 40.

Mit Geldstrafe bis zu ein Tausend Mark wird bestraft:

1. wer Gegenstände oder deren Verpackung mit einer Bezeichnung versieht, welche geeignet ist, den Irrthum zu erregen, daß die Gegenstände durch ein Patent nach Maaßgabe dieses Gesetzes geschützt seien;
2. wer in öffentlichen Anzeigen, auf Aushängeschilden, auf Empfehlungskarten oder in ähnlichen Kundgebungen eine Bezeichnung anwendet, welche geeignet ist, den Irrthum zu erregen, daß die darin erwähnten Gegenstände durch ein Patent nach Maaßgabe dieses Gesetzes geschützt seien.

Artikel II.

Die Bestimmung in § 28 Absatz 3 des Artikels I findet auf die zur Zeit bestehenden Patente mit der Maafsgabe Anwendung, daß der Antrag mindestens bis zum Ablauf von drei Jahren nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes statthaft ist.

Artikel III.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1891 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Kiel, den 7. April 1891.

(L. S.)

Wilhelm.

von Boetticher.

Gesetz,

betreffend

den Schutz von Gebrauchsmustern.

Vom 1. Juni 1891.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

§ 1.

Modelle von Arbeitsgeräthschaften oder Gebrauchsgegenständen oder von Theilen derselben werden, insoweit sie dem Arbeits- oder Gebrauchszweck durch eine neue Gestaltung, Anordnung oder Vorrichtung dienen sollen, als Gebrauchsmuster nach Maaßgabe dieses Gesetzes geschützt.

Modelle gelten insoweit nicht als neu, als sie zur Zeit der auf Grund dieses Gesetzes erfolgten Anmeldung bereits in öffentlichen Druckschriften beschrieben oder im Inlande offenkundig benutzt sind.

§ 2.

Modelle, für welche der Schutz als Gebrauchsmuster verlangt wird, sind bei dem Patentamt schriftlich anzumelden.

Die Anmeldung muß angeben, unter welcher Bezeichnung das Modell eingetragen werden und welche neue Gestaltung oder Vorrichtung dem Arbeits- oder Gebrauchszweck dienen soll.

Jeder Anmeldung ist eine Nach- oder Abbildung des Modells beizufügen. *)

Ueber die sonstigen Erfordernisse der Anmeldung trifft das Patentamt Bestimmung.

Gleichzeitig mit der Anmeldung ist für jedes angemeldete Modell eine Gebühr von fünfzehn Mark einzuzahlen.

§ 3.

Entspricht die Anmeldung den Anforderungen des § 2, so verfügt das Patentamt die Eintragung in die Rolle für Gebrauchsmuster.

Die Eintragung muß den Namen und Wohnsitz des Anmelders, sowie die Zeit der Anmeldung angeben.

Die Eintragungen sind durch den Reichs-Anzeiger in bestimmten Fristen bekannt zu machen.

Aenderungen in der Person des Eingetragenen werden auf Antrag in der Rolle vermerkt.

Die Einsicht der Rolle, sowie der Anmeldungen, auf Grund deren die Eintragungen erfolgt sind, steht jedermann frei.

§ 4.

Die Eintragung eines Gebrauchsmusters im Sinne des § 1 hat die Wirkung, daß dem Eingetragenen ausschließlich das Recht zusteht, gewerbsmäßig das Muster nachzubilden, die durch Nachbildung hervorgebrachten Geräthschaften und Gegenstände in Verkehr zu bringen, feilzuhalten oder zu gebrauchen.

Das durch eine spätere Anmeldung begründete Recht darf, soweit es in das Recht des auf Grund früherer An-

*) Die zu einer Gebrauchsmuster-Anmeldung gehörigen Schriftstücke einschliesslich Anträge und Nachträge sind fortan in 2 Exemplaren vorzulegen. Dasselbe gilt von der Abbildung des Modells. Gehört zu der Anmeldung eine Nachbildung des Modells, so genügt ein Exemplar derselben; doch ist es erwünscht, daß in einem solchen Falle noch eine der Nachbildung entsprechende Abbildung beigelegt wird.

Bestimmung des Kaiserlichen Patentamtes v. 7. Mai 1893.

meldung Eingetragenen eingreift, ohne Erlaubniss des letzteren nicht ausgeübt werden.

Wenn der wesentliche Inhalt der Eintragung den Beschreibungen, Zeichnungen, Modellen, Geräthschaften oder Einrichtungen eines Anderen ohne Einwilligung desselben entnommen ist, so tritt dem Verletzten gegenüber der Schutz des Gesetzes nicht ein.

§ 5.

Soweit ein nach § 4 begründetes Recht in ein Patent eingreift, dessen Anmeldung vor der Anmeldung des Modells erfolgt ist, darf der Eingetragene das Recht ohne Erlaubniss des Patentinhabers nicht ausüben.

Imgleichen darf, soweit in ein nach § 4 begründetes Recht durch ein später angemeldetes Patent eingegriffen wird, das Recht aus diesem Patent ohne Erlaubniss des Eingetragenen nicht ausgeübt werden.

§ 6.

Liegen die Erfordernisse des § 1 nicht vor, so hat jedermann gegen den Eingetragenen Anspruch auf Löschung des Gebrauchsmusters.

Im Falle des § 4 Absatz 3 steht dem Verletzten ein Anspruch auf Löschung zu.

§ 7.

Das durch die Eintragung begründete Recht geht auf die Erben über und kann beschränkt oder unbeschränkt durch Vertrag oder Verfügung von Todeswegen auf andere übertragen werden.

§ 8.

Die Dauer des Schutzes ist 3 Jahre; der Lauf dieser Zeit beginnt mit dem auf die Anmeldung folgenden Tage. Bei Zahlung einer weiteren Gebühr von 60 *M* vor Ablauf der Zeit tritt eine Verlängerung der Schutzfrist um 3 Jahre ein. Die Verlängerung wird in der Rolle vermerkt.

Wenn der Eingetragene während der Dauer der Frist auf den Schutz Verzicht leistet, so wird die Eintragung gelöscht.

Die nicht in Folge von Ablauf der Frist stattfindenden Löschungen von Eintragungen sind durch den Reichsanzeiger in bestimmten Fristen bekannt zu machen.

§ 9.

Wer wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider ein Gebrauchsmuster in Benutzung nimmt, ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet.

Die Klagen wegen Verletzung des Schutzrechtes verjähren rücksichtlich jeder einzelnen dieselbe begründenden Handlung in 3 Jahren.

§ 10.

Wer wissentlich den Bestimmungen der §§ 4 und 5 zuwider ein Gebrauchsmuster in Benutzung nimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 5000 *M* oder mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Wird auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniss zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Verurtheilten öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist im Urtheil zu bestimmen.

§ 11.

Statt jeder aus diesem Gesetze entspringenden Entschädigung kann auf Verlangen des Beschädigten neben der Strafe auf eine an ihn zu erlegende Buße bis zum Betrage von 10 000 *M* erkannt werden. Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruchs aus.

§ 12.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes geltend gemacht ist, wird die Verhandlung durch Entscheidung letzter Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgericht zugewiesen.

§ 13.

Wer im Inlande einen Wohnsitz oder eine Niederlassung nicht hat, kann nur dann den Anspruch auf den Schutz dieses Gesetzes geltend machen, wenn in dem Staate, in welchem sein Wohnsitz oder seine Niederlassung sich befindet, nach einer im Reichs-Gesetzblatt enthaltenen Bekanntmachung deutsche Gebrauchsmuster einen Schutz genießen.

Wer auf Grund dieser Bestimmung eine Anmeldung bewirkt, muß gleichzeitig einen im Inlande wohnhaften Vertreter bestellen. Name und Wohnsitz des Vertreters werden in die Rolle eingetragen. Der eingetragene Vertreter ist zur Vertretung des Schutzberechtigten in den das Gebrauchsmuster betreffenden Rechtsstreitigkeiten und zur Stellung von Strafanträgen befugt. Der Ort, wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat und in Ermangelung eines solchen der Ort, wo das Patentamt seinen Sitz hat, gilt im Sinne des § 24 der Civilproceßordnung als der Ort, wo der Vermögensgegenstand sich befindet.

§ 14.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen über die Einrichtung und den Geschäftsgang des Patentamts werden durch Kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesraths getroffen.

§ 15.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. October 1891 in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben an Bord Meines Aviso „Greif“ den 1. Juni 1891.

(L. S.)

Wilhelm.

von Boetticher.

Internationaler Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigenthums. *)

Der Präsident der französischen Republik, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der Kaiser von Brasilien, Seine Majestät der König von Spanien, der Präsident der Republik von Guatemala, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, der Präsident der Republik von Salvador, Seine Majestät der König von Serbien und der Bundes-Rath des Schweizer Bundes,

gleichzeitig von dem Wunsche beseelt, der Gewerbetätigkeit und dem Handel der Angehörigen ihrer betreffenden Staaten durch eine gemeinsame Uebereinkunft einen vollkommenen und wirksamen Schutz in völliger Uebereinstimmung zu sichern und zur Gewährleistung der Rechte der Erfinder und der Loyalität der Handelsgeschäfte beizutragen, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schliessen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Dieselben sind, nachdem sie sich ihre betreffenden Vollmachten mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, über die folgenden Artikel übereingekommen.

Art. 1. Die Regierungen von Belgien, Brasilien, Spanien, Frankreich, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Portugal, Salvador, Serbien und der Schweiz bilden einen Verein zum Schutze des gewerblichen Eigenthums.

*) Die diesem Vertrage beigetretenen Staaten sind mit einem * bezeichnet.

Art. 2. Die Unterthanen oder Bürger der vertragsschliessenden Staaten sollen in allen übrigen Staaten des Vereines in Betreff der Erfindungspatente, der gewerblichen Muster oder Modelle, der Fabrik- oder Handelsmarken und der Handelsfirmen die Vortheile geniessen, welche die betreffenden Gesetze den Staatsangehörigen gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden.

Demzufolge sollen sie denselben Schutz wie diese und dieselbe Rechtshilfe gegen jeden Angriff auf ihre Rechte haben, vorbehaltlich der Erfüllung der Formalitäten und Bedingungen, welche den Staatsangehörigen durch die innere Gesetzgebung jedes Staats auferlegt werden.

Art. 3. Den Unterthanen oder Bürgern der vertragsschliessenden Staaten werden gleichgestellt die Unterthanen oder Bürger der dem Verein nicht beigetretenen Staaten, welche auf dem Gebiet eines der Vereinsstaaten domizilirt sind, oder gewerbliche oder Handelsniederlassungen haben.

Art. 4. Derjenige, welcher in einem der vertragsschliessenden Staaten ein Gesuch um ein Erfindungspatent, ein gewerbliches Muster oder Modell, eine Fabrik- oder Handelsmarke vorschriftsmässig deponirt, soll zum Zweck der Deposition in den anderen Staaten während der unten bestimmten Fristen und vorbehaltlich der Rechte Dritter ein Prioritätsrecht geniessen. Demzufolge soll die hiernächst in einem der übrigen Vereinsstaaten vor Ablauf dieser Fristen bewirkte Hinterlegung durch inzwischen eingetretene Thatsachen wie namentlich durch eine andere Deposition, durch die Veröffentlichung der Erfindung oder deren Verwerthung seitens eines Dritten, durch die Verkaufstellung von Kopien des Musters oder Modelles, durch die Anwendung der Marke nicht unwirksam gemacht werden können.

Die oben erwähnten Prioritätsrechte sollen 6 Monate für Erfindungspatente und 3 Monate für gewerbliche Muster oder Modelle, sowie für Fabrik- oder Handelsmarken betragen; sie sollen für überseeische Länder um einen Monat verlängert werden.

Art. 5. Die durch den Patentinhaber bewirkte Einfuhr von Gegenständen, welche in einem oder dem anderen Vereinsstaat hergestellt sind, in das Land, in welchem das Patent ertheilt worden ist, soll den Verfall des letzteren nicht zur Folge haben. Gleichwohl soll der Patentinhaber verpflichtet bleiben, sein Patent nach Maafsgabe der Gesetze des Landes, in welches er die patentirten Gegenstände einführt, auszuüben.

Art. 6. Jede in dem Ursprungslande vorschriftsmässig deponirte Fabrik- oder Handelsmarke soll in gleicher Weise in allen anderen Vereinsstaaten zur Deposition zugelassen und geschützt werden.

Als Ursprungsland soll das Land angesehen werden, in welchem der Deponent seine Hauptniederlassung hat. Liegt die Hauptniederlassung nicht in einem der Vereinsstaaten, so soll als Ursprungsland dasjenige angesehen werden, welchem der Deponent angehört.

Die Deposition kann zurückgewiesen werden, wenn der Gegenstand, für welchen sie verlangt wird, den guten Sitten oder der öffentlichen Ordnung zuwider ist.

Art. 7. Die Natur des Erzeugnisses, auf welchem die Fabrik- oder Handelsmarke angebracht werden soll, darf in keinem Falle für die Deposition der Marke ein Hinderniß bilden.

Art. 8. Die Handelsfirma soll in allen Vereinsstaaten, ohne Verpflichtung zur Deposition, geschützt werden, gleichviel ob sie den Theil einer Fabrik- oder Handelsmarke bildet oder nicht.

Art. 9. Jedes widerrechtlich mit einer Fabrik- oder Handelsmarke oder mit einer Handelsfirma versehene Erzeugniß darf bei der Einführung in diejenigen Vereinsstaaten, in welchen diese Marke oder diese Handelsfirma Recht auf gesetzlichen Schutz hat, beschlagnahmt werden.

Die Beschlagnahme soll nach Maafsgabe der inneren Gesetzgebung jedes Staats auf Antrag entweder der Staatsanwaltschaft oder der Betheiligten erfolgen.

Art. 10. Die Bestimmungen des vorigen Artikels sollen auf jedes Erzeugniß anwendbar sein, welches als Bezeichnung der Herkunft, den Namen eines bestimmten Ortes trägt, wenn diese Bezeichnung in betrügerischer Absicht mit einer erfundenen oder entlehnten Handelsfirma in Verbindung gebracht ist.

Als Betheiligter gilt jeder Fabrikant oder Kaufmann, welcher die Herstellung des Erzeugnisses oder den Handel mit demselben betreibt und in dem fälschlich als Herkunftsort bezeichneten Orte seine Niederlassung hat.

Art. 11. Die hohen, vertragschließenden Theile verpflichten sich, den patentfähigen Erfindungen, den Mustern und den Modellen sowie den Fabrik- oder Handelsmarken, für Erzeugnisse welche auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen zur Schau gestellt werden, einen zeitweiligen Schutz zu gewähren.

Art. 12. Jeder der hohen vertragschließenden Theile verpflichtet sich, eine besondere Behörde für das gewerbliche Eigenthum und eine Central-Depotstelle zur Mittheilung der Erfindungspatente, der gewerblichen Muster oder Modelle und der Fabrik- oder Handelsmarken an das Publikum einzurichten.

Art. 13. Unter der Bezeichnung: „Internationales Bureau des Vereins zum Schutze des gewerblichen Eigenthums“ ist ein internationales Amt einzurichten.

Dieses Bureau, dessen Kosten durch die Regierungen sämtlicher vertragschließenden Staaten zu tragen sind, wird der hohen Autorität der Ober-Behörde der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterstellt und hat unter deren Aufsicht zu arbeiten. Die Befugnisse desselben werden durch gemeinsame Uebereinkunft der Vereinstaaaten bestimmt.

Art. 14. Der gegenwärtige Vertrag soll periodischen Revisionen unterzogen werden, in der Absicht, Verbesserungen einzuführen, welche geeignet sind, das System des Vereins zu vervollkommen.

Zu diesem Zweck werden in einem der vertrag-

schließenden Staaten der Reihe nach Konferenzen zwischen den Delegirten der genannten Staaten stattfinden.

Die nächste Zusammenkunft soll 1885 in Rom stattfinden.

Art. 15. Man ist einverstanden, daß die hohen vertragschließenden Theile sich einzeln das Recht vorbehalten, mit einander besondere Abmachungen zum Schutze des gewerblichen Eigenthums zu treffen, sofern diese Abmachungen den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nicht entgegenstehen.

Art. 16. Den Staaten, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht Theil genommen haben, soll der Beitritt auf ihren Antrag gestattet sein.

Dieser Beitritt ist auf diplomatischem Wege der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und von dieser den Uebrigen anzuzeigen.

Er hat mit voller Rechtswirkung den Beitritt zu allen Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vortheilen zur Folge, welche in dem gegenwärtigen Vertrage vereinbart sind.

Art. 17. Die Ausführung der in dem gegenwärtigen Vertrage enthaltenen gegenseitigen Verbindlichkeiten, unterliegt, soweit nöthig, der Erfüllung der Formalitäten und Vorschriften, welche die verfassungsmässigen Gesetze derjenigen hohen vertragschließenden Theile erfordern, die deren Anwendung herbeizuführen gehalten sind, was sie in möglichst kürzester Frist zu thun sich verpflichten.

Art. 18. Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb eines Monats nach Austausch der Ratificationen in Wirkung treten und auf unbestimmte Zeit bis nach Ablauf eines Jahres vom Tage der erfolgten Kündigung ab in Kraft bleiben.

Diese Kündigung ist an die mit der Empfangnahme von Beitrittserklärungen beauftragte Regierung zu richten. Sie erstreckt ihre Wirkung nur auf den Staat, welcher sie ausspricht; für die übrigen vertragschließenden Theile bleibt der Vertrag wirksam.

Art. 19. Der gegenwärtige Vertrag wird vollzogen

und die Ratifikationen sollen zu Paris ausgetauscht werden spätestens innerhalb eines Jahres.

Zur Beglaubigung dessen haben ihn die betreffenden Bevollmächtigten unterzeichnet und ihre Siegel beige-drückt.

Geschehen zu Paris, am 20. März 1883.

Folgen die Unterschriften.

Schluss-Protokoll.

Im Begriff, den unter heutigem Tage zwischen den Regierungen von Frankreich, Belgien, Brasilien, Spanien, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Portugal, Salvador, Serbien und der Schweiz abgeschlossenen Vertrag zum Schutz des gewerblichen Eigenthums zu unterzeichnen, haben sich die unterzeichneten Bevollmächtigten über Nachstehendes vereinigt.

1. Die Worte „Gewerbliches Eigenthum“ sollen in ihrer weitesten Bedeutung verstanden werden, der Art, daß sie nicht bloss auf Gewerbe-Erzeugnisse im eigentlichen Sinne, sondern ebenso auf die Erzeugnisse des Ackerbaues (Wein, Getreide, Früchte, Vieh etc.) und auf die in den Handel gebrachten Erzeugnisse des Mineralreiches (Mineralwasser etc.) Anwendung finden.

2. Unter der Bezeichnung „Erfindungspatente“ sind die von den Gesetzgebungen der Vertrag schließenden Staaten zugelassenen verschiedenen Arten gewerblicher Patente, wie Einführungs-, Verbesserungs- etc. Patente, begriffen.

3. Man ist einverstanden, daß die Schlussbestimmung des Art. 2 des Vertrages die Gesetzgebung jedes der vertragschließenden Staaten in Betreff des Verfahrens vor den Gerichten und die Zuständigkeit dieser Gerichte in keiner Weise berühren soll.

4. Absatz 1 des Art. 6 ist dahin zu verstehen, daß keine Fabrik- oder Handelsmarke von dem Schutz in einem der Vereinsstaaten ausgeschlossen werden darf, lediglich

der Thatsache wegen, daß dieselbe hinsichtlich der Zeichen, aus denen sie besteht, den Anforderungen der Gesetzgebung dieses Staates nicht genügt, vorausgesetzt, daß sie in dieser Beziehung der Gesetzgebung des Ursprungslandes genügt, und daß sie in diesem letzteren Lande Gegenstand einer vorschriftsmässigen Deposition gewesen ist.

Von dieser Ausnahme abgesehen, welche nur die Form der Marke betrifft, und vorbehaltlich der Bestimmungen der übrigen Artikel des Vertrages soll die innere Gesetzgebung jedes Staates Anwendung finden.

Um jeder falschen Auslegung zu begegnen, versteht es sich, daß der Gebrauch der öffentlichen Wappen und Ehrenzeichen als im Sinne des Schlufssatzes des Artikels der öffentlichen Ordnung zuwider angesehen werden kann.

5. Bei Einrichtung der im Artikel 12 erwähnten besonderen Behörde für das gewerbliche Eigenthum soll auf die Veröffentlichung eines periodischen amtlichen Blattes in jedem Staate baldmöglichst Bedacht genommen werden.

6. Die gemeinsamen Kosten des nach Artikel 13 eingesetzten internationalen Bureaus dürfen in keinem Falle eine Gesamtsumme von durchschnittlich 2000 Fr. jährlich für jeden vertragschliessenden Staat übersteigen.

Um den Beitrag jedes Staates zu dieser Gesamtsumme der Kosten zu bestimmen, werden die vertragschliessenden Staaten und diejenigen, welche dem Verein später beitreten möchten, in sechs Klassen getheilt, von denen jede im Verhältniß einer bestimmten Zahl Einheiten beträgt, nämlich;

die 1. Klasse	.	.	25	Einheiten
„ 2. „	.	.	20	„
„ 3. „	.	.	15	„
„ 4. „	.	.	10	„
„ 5. „	.	.	5	„
„ 6. „	.	.	3	„

Diese Coëfficienten werden mit der Zahl der Staaten jeder Klasse multiplicirt und die Summe der so erhaltenen Producte bildet die Zahl Einheiten, mit der die Gesamt-

ausgabe zu dividiren ist. Der Quotient ergibt dann den Betrag der Ausgabeeinheit.

Hinsichtlich der Vertheilung der Kosten werden die vertragschließenden Staaten wie folgt classificirt:

1. Klasse Frankreich, Italien,
2. „ Spanien,
3. „ Belgien, Brasilien, Portugal, Schweiz,
4. „ Niederlande,
5. „ Serbien,
6. „ Guatemala, Salvador.

Die schweizerische Regierung wird die Ausgaben des internationalen Bureaus überwachen, die nöthigen Vorschüsse leisten und die Jahresrechnung aufstellen, welche allen anderen Regierungen mitgetheilt wird.

Das internationale Bureau hat die auf den Schutz des gewerblichen Eigenthums bezüglichen Mittheilungen zu sammeln und in einer allgemeinen Statistik zu vereinigen, welche an alle Regierungen zu vertheilen ist. Es hat sich mit gemeinnützigen Studien, welche für den Verein von Interesse sind, zu beschäftigen und mit Hilfe des ihm von den verschiedenen Regierungen zur Verfügung gestellten Aktenmaterials ein periodisches Blatt in französischer Sprache zu redigiren, welches die den Gegenstand des Vereins betreffenden Fragen behandelt. Die Nummern dieses Blattes, sowie alle von dem internationalen Bureau veröffentlichten Schriftstücke sind auf die Regierungen der Vereinsstaaten im Verhältniß der Zahl der oben erwähnten Beitragseinheiten zu ertheilen. Die außerdem von den genannten Regierungen oder von Gesellschaften oder Privatpersonen etwa beanspruchten Exemplare und Schriftstücke sind besonders zu bezahlen.

Das internationale Bureau hat sich jeder Zeit zur Verfügung der Vereinsmitglieder zu halten, um ihnen über die auf die internationale Verwaltung des gewerblichen Eigenthums bezüglichen Fragen die speciellen Mittheilungen zu machen, deren sie bedürfen könnten.

Die Regierung des Landes, in welchem die nächste

Konferenz tagen soll, hat mit Hilfe des internationalen Bureaus die Arbeiten dieser Konferenz vorzubereiten.

Der Vorsteher des internationalen Bureaus hat den Sitzungen der Konferenzen beizuwohnen und an den Verhandlungen ohne beschließende Stimme Theil zu nehmen. Ueber seine Amtsführung hat er jährlich einen Bericht zu erstatten, welcher den Mitgliedern des Vereins mitzutheilen ist.

Die Amtssprache des internationalen Bureaus soll die französische Sprache sein.

7. Das gegenwärtige Schlufsprotokoll, welches gleichzeitig mit dem am heutigen Tage abgeschlossenen Vertrage ratificirt werden wird, ist als integrireder Theil dieses Vertrages anzusehen und soll dieselbe Kraft, Giltigkeit und Dauer haben.

Zur Beglaubigung dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll aufgenommen.

Folgen die Unterschriften.

Vertrag der südamerikanischen Staaten, betreffend die Erfindungspatente.*)

(Vom 16. Januar 1889.)

Art. 1. Jede Person, welche ein Patent oder Privileg für eine Erfindung in einem der vertragsschließenden Staaten erwirkt, wird in den anderen die Rechte des Erfinders genießen, wenn sie längstens innerhalb eines Jahres ihr Patent in der durch die Gesetze des Landes, in welchem sie dessen Anerkennung verlangt, bestimmten Form eintragen läßt.

Art. 2. Die Zahl der Jahre des Privilegs wird diejenige sein, welche die Gesetze des Landes festsetzen, in welchem dasselbe Wirksamkeit haben soll. Diese Frist kann beschränkt werden nach Maßgabe der Gesetze des Staates, in welchem das Patent ursprünglich ertheilt worden ist, wenn dieselbe dort eine kürzere ist.

Art. 3. Die über die Priorität einer Erfindung entstehenden Fragen sollen entschieden werden nach dem Datum des Antrages auf Verleihung der bezüglichen Patente in den Ländern, in welchen dieselben verliehen worden sind.

Art. 4. Als Erfindung oder Entdeckung wird betrachtet ein neues Verfahren, ein neuer mechanischer Apparat oder ein Werkzeug, welches zur Herstellung ge-

*) Die diesem Vertrage beigetretenen Staaten sind mit einem † bezeichnet.

werblicher Erzeugnisse dient; die Entdeckung eines neuen gewerblichen Erzeugnisses und die Anwendung vervollkommneter Mittel zum Zwecke der Erlangung von Resultaten, welche die schon bekannten übertreffen.

Patente können nicht erlangen:

1. Erfindungen und Entdeckungen, welche in einem der unterzeichneten Staaten oder auch in anderen Staaten, welche nicht durch diesen Vertrag gebunden sind, öffentlich bekannt geworden sind.

2. Erfindungen und Entdeckungen, welche gegen die Moral oder gegen die Gesetze des Landes verstossen, in welchem die Erfindungspatente ertheilt werden sollen.

Art. 5. Das Recht des Erfinders umfaßt die ausschließliche Befugniss, seine Erfindung zu benutzen und dieselbe auf andere zu übertragen.

Art. 6. Die privat- und strafliche Haftbarkeit derjenigen, welche das Recht des Erfinders verletzen, ist nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Verletzung erfolgt ist, geltend zu machen, und es richtet sich nach diesen Gesetzen auch das Verfahren.

Art. 7. Für das Inkrafttreten dieses Vertrages ist die gleichzeitige Ratifikation desselben durch alle unterzeichnenden Staaten nicht geboten. Derjenige Staat, welcher denselben gutheißt, wird dies den Regierungen der Argentinischen Republik und der Republik von Uruguay mittheilen, damit diese die anderen Vertragsstaaten davon in Kenntniss setzen. Dieses Verfahren wird als Ratifikations-Austausch gelten.

Art. 8. Nachdem der Austausch in der Form des vorhergehenden Artikels geschehen ist, wird dieser Vertrag von jenem Akte an auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Art. 9. Wenn einer der unterzeichnenden Staaten es für angezeigt hält, sich von dem Vertrage loszusagen oder Abänderungen an demselben vorzunehmen, so wird er dies den übrigen Staaten anzeigen; er wird jedoch erst nach Ablauf von zwei Jahren nach der Anzeige, in welchem Zeitraum man versuchen wird, zu einer neuen

Verständigung zu gelangen, von dem Vertrage entbunden sein.

Art. 10. Der Artikel 7 kann auf die Staaten ausgedehnt werden, welche, ohne an diesem Kongresse Theil genommen zu haben, dem gegenwärtigen Vertrage beizutreten wünschen.

Zur Beglaubigung dessen unterzeichnen und siegeln die Bevollmächtigten der erwähnten Staaten diesen Akt in der Anzahl von sieben Exemplaren zu Montevideo, den 16. Januar 1889.

Folgen die Unterschriften der Bevollmächtigten.

Patentklassen-Verzeichniss

des deutschen Patentamtes.

Klasse 1. Aufbereitung.	Kl. 20. Eisenbahnbetrieb.
„ 2. Bäckerei.	„ 21. Elektrische Appa- rate, Telegraphie und Telephonie.
„ 3. Bekleidungsin- dustrie.	„ 22. Farbstoffe.
„ 4. Beleuchtungs- gegenstände.	„ 23. Fettindustrie.
„ 5. Bergbau.	„ 24. Feuerungsanla- gen.
„ 6. Bier, Brannt- wein etc.	„ 25. Flechtmaschinen.
„ 7. Blech- u. Draht- erzeugung.	„ 26. Gasbereitung.
„ 8. Bleichen, Färben, Appretur.	„ 27. Gebläse.
„ 9. Borstenwaaren- fabrikation.	„ 28. Gerberei.
„ 10. Brennstoffe.	„ 29. Gespinnstfasern.
„ 11. Buchbinderei.	„ 30. Gesundheitspflege.
„ 12. Chemische Appa- rate.	„ 31. Gießerei.
„ 13. Dampfkessel.	„ 32. Glas.
„ 14. Dampfmaschi- nen.	„ 33. Hand- u. Reisege- räthe.
„ 15. Druckerei.	„ 34. Hauswirthschaft- liche Geräthe.
„ 16. Düngerberei- tung.	„ 35. Hebezeuge.
„ 17. Eisbereitung.	„ 36. Heizungsanlagen.
„ 18. Eisenerzeugung.	„ 37. Hochbau.
„ 19. Eisenbahn-, Straßen- und Brückenbau.	„ 38. Holz.
	„ 39. Horn.
	„ 40. Hüttenwesen.
	„ 41. Hutfabrikation.
	„ 42. Instrumente.
	„ 43. Korbflechterei.
	„ 44. Kurzwaaren.

Kl. 45. Landwirthschaftliche Geräte.
 „ 46. Luft- u. Gaskraftmaschinen.
 „ 47. Maschinenelemente.
 „ 48. Metallbearbeitung, chemische.
 „ 49. Metallbearbeitung, mechanische.
 „ 50. Mühlen.
 „ 51. Musikalische Instrumente.
 „ 52. Nähmaschinen.
 „ 53. Nahrungsmittel.
 „ 54. Papiererzeugnisse.
 „ 55. Papierfabrikation.
 „ 56. Pferdegeschirr.
 „ 57. Photographie.
 „ 58. Pressen.
 „ 59. Pumpen.
 „ 60. Regulatoren.
 „ 61. Rettungswesen.
 „ 62. Salinenwesen.
 „ 63. Sattlerei.
 „ 64. Schankgeräthschaften.
 „ 65. Schiffbau.

Kl. 66. Schlächtereie.
 „ 67. Schleifen.
 „ 68. Schlosserei.
 „ 69. Schneidewerkzeuge.
 „ 70. Schreib- und Zeichenmaterialien.
 „ 71. Schuhwerk.
 „ 72. Schußwaffen.
 „ 73. Seilerei.
 „ 74. Signalwesen.
 „ 75. Soda.
 „ 76. Spinnerei.
 „ 77. Sport.
 „ 78. Sprengstoffe.
 „ 79. Tabak.
 „ 80. Thonwaaren.
 „ 81. Transportwesen.
 „ 82. Trockenvorrichtungen.
 „ 83. Uhren.
 „ 84. Wasserbau.
 „ 85. Wasserleitung.
 „ 86. Weberei.
 „ 87. Werkzeuge.
 „ 88. Wind- u. Wasserkraftmaschinen.
 „ 89. Zucker- u. Stärkefabrikation.

Verzeichnifs

der Behörden, Vereine u. s. w., welche die deutschen Patentschriften erhalten und zur unentgeltlichen Einsichtnahme auslegen.

Belgien.

Brüssel Ackerbau-Ministerium.

Deutsches Reich.

Aachen Techn. Hochschule.

Altona Industrie-Verein.

Augsburg Technischer Verein.

Barmen Stadtbibliothek.

Berlin Kaiserliches Patentamt.

Technische Hochschule.

Berg-Akademie (nur die Kl. 1, 4, 5, 7, 10, 12—14, 16—21, 24, 26, 27, 30—32, 35, 36, 38, 40, 42, 45—50, 57—62, 67, 70, 73—75, 78, 80, 82 und 88).

Hygiene-Museum (nur die Klassen 30 und 61).

Bochum Verein techn. Grubenbeamten.

Braunschweig . . . Technische Hochschule.

Bremen Gewerbekammer.

Breslau Gewerbeverein.

Cassel Bezirksverein deutsch. Ingenieure.

Chemnitz Direktion der techn. Lehranstalten.

Coblenz Handelskammer.

Cöln Gewerbeverein.

Crefeld Kuratorium d. Kgl. höheren Weberschule, (nur die Kl. 3, 4, 8, 10, 12, 13, 14, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 36, 42, 46, 47, 48, 49, 59, 60, 75, 76, 81, 82, 85, 86, 88).

Darmstadt . . .	Techn. Hochschule. Großherzogliche Centralstelle für die Gewerbe.
Dessau . . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Dortmund . . .	„ „ „
Dresden . . .	Technische Hochschule.
Duisburg . . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Düsseldorf . . .	Central-Gewerbe-Verein.
Elberfeld . . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Erfurt . . .	Gewerbeverein.
Frankfurt a/M. . .	Handelskammer.
Frankfurt a/O. . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure (nur die Kl. 6, 13, 14, 20, 21, 24, 27, 30, 32, 36, 37, 47, 49, 59, 80, 82, 85, 89).
Flensburg . . .	Magistrat.
Freiberg i. S. . .	Bergakademie.
Gotha . . .	Herzogliche Bibliothek.
Görlitz . . .	Magistrat.
Hagen i. W. . .	Gewerbeschule.
Halberstadt . . .	Handelskammer, (nur die Kl. 1, 6, 10, 13, 15, 16, 17, 22, 24, 28, 31, 36, 38, 49, 50, 55, 71, 75, 79, 80, 89).
Halle a. S. . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Hamburg . . .	Architekten- u. Ingenieurverein.
Hanau . . .	Handelskammer.
Hannover . . .	Technische Hochschule.
Hirschberg i. Schl.	Magistrat.
Karlsruhe . . .	Technische Hochschule.
Kattowitz . . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Kaiserslautern . .	Pfälzisches Gewerbe-Museum.
Kiel . . .	Handelskammer.
Königsberg i. Pr. .	Gewerblicher Centralverein der Provinz Ostpreußen.
Leipzig . . .	Handelskammer.
Lübeck . . .	Gewerbekammer.
Lüdenscheid . . .	Handelskammer.

Magdeburg . . .	Stadtbibliothek.
Mannheim . . .	Handelskammer.
Metz	Handelskammer.
Minden	Handelskammer, (nur die Kl. 6, 13, 14, 15, 16, 21, 22, 24, 28, 29, 31, 38, 46, 49, 50, 55, 59, 64, 75, 76, 79, 80, 86, 89).
Mülhausen i. E. .	Handelskammer.
München . . .	Technische Hochschule. Polytechnischer Verein.
Nürnberg . . .	Gewerbe-Museum.
Offenbach . . .	Handelskammer.
Oppeln	Handelskammer, (nur die Kl. 1, 4, 5, 6, 7, 10, 12, 13, 16, 18, 24, 26, 27, 31, 32, 38, 40, 49, 50, 59, 71, 76, 78, 79, 86, 89).
Pforzheim . . .	Handelskammer, (nur die Kl. 12, 15, 22, 26, 27, 33, 34, 39, 42, 44, 48, 49, 50, 54, 55, 67, 68, 70, 74, 80).
Plauen i. S. . .	Königliche Industrieschule, (nur die Kl. 3, 8, 9, 25, 29, 43, 52, 76, 86).
Posen	Gräfllich Raczynski'sche Bibliothek.
Remscheid . . .	Bergischer Fabrikanten-Verein, (nur die Kl. 13, 14, 24, 27, 31, 38, 46, 49, 59, 67, 68, 69, 88).
Saarbrücken . .	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Siegen	Handelskammer (nur die Kl. 1, 5, 7, 10, 13, 14, 18, 19, 24, 27, 28, 31, 35, 40, 47, 48, 49, 59, 60, 81, 85, 88).
Stettin	Bezirksverein deutsch. Ingenieure.
Solingen	Handelskammer, (nur die Kl. 31, 67, 69).

Straßburg i. E.	Handelskammer.
Stuttgart	Kgl. Württembergische Central- stelle für Handel und Gewerbe. Technische Hochschule.
Trier	Handelskammer.
Waldenburg i. Schl.	Verein für die bergbaulichen In- teressen Niederschlesiens.
Wiesbaden	Gewerbeverein.
Würzburg	Handels- und Gewerbekammer für Unterfranken und Aschaff- enburg.

Dänemark.

Kopenhagen	Ministerium des Innern.
------------	-------------------------

Frankreich.

Paris	Handelsministerium.
-------	---------------------

Großbritannien.

London	Patentamt.
--------	------------

Japan.

Tokio	Patentamt.
-------	------------

Italien.

Rom	Ministerium für Ackerbau, Indu- strie und Handel.
-----	--

Luxemburg.

Luxemburg	Staatsministerium und Präsidium des Großherzogthums.
-----------	---

Oesterreich-Ungarn.

Budapest	Handelsministerium.
Wien	Techn. Hochschule. Niederösterreichischer Gewerbe- verein (nur die Klassen 8, 12, 22, 29, und 43).

Portugal.

Lissabon . . . Ministerium des Handels und der
Industrie.

Rußland.

Petersburg . . . Reichsministerium.
Kaiserliche öffentliche Bibliothek.
Riga . . . Polytechnische Schule.

Schweden und Norwegen.

Christiania . . . Ministerium des Innern.
Stockholm . . . Patentamt.

Schweiz.

Bern . . . Eidgenössisches Amt für geistiges
Eigenthum.
Zürich . . . Polytechnikum.

Spanien.

Madrid . . . Ministerium des Innern.

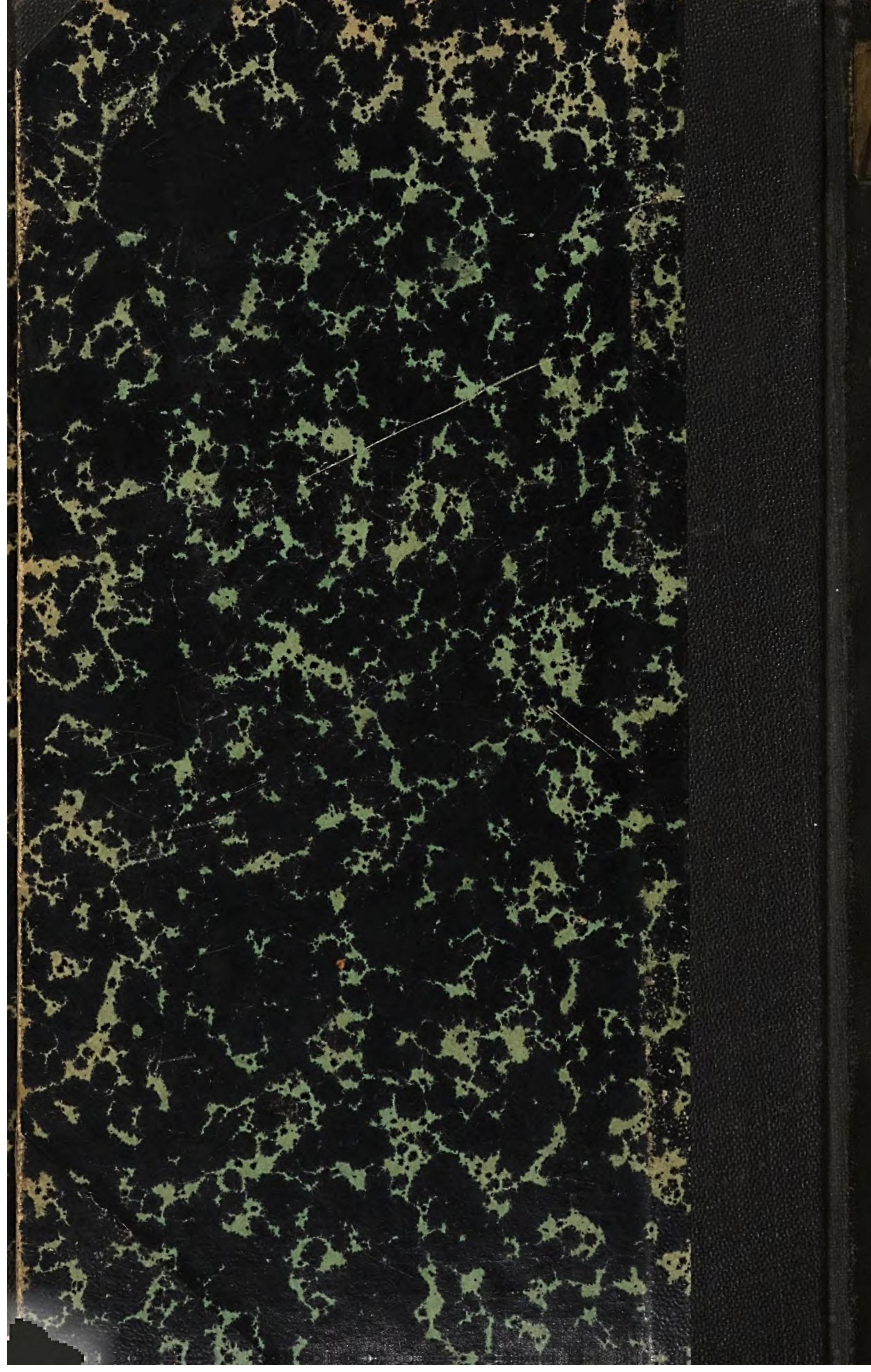
Vereinigte Staaten von Amerika.

Washington . . . Patentamt.
Cincinnati . . . Bibliothek.



Leipzig. Druck von Grimme & Trömel.

Albert Boser
Buchbinderei
München.



/ Schmehlik, Romanus, / Uhland, Wilhelm Heinrich

Sämmtliche Patentgesetze des In- u. Auslandes in ihren wichtigsten Bestimmungen für den praktischen Gebrauch übersichtlich zusammengestellt ; nebst den vollständigen neuen deutschen Patent- und Gebrauchsmuster-Gesetzen, dem Internationalen Verträge zum Schutze des gewerblichen Eigenthums, dem Verträge der südamerikanischen Staaten, dem

Dresden 1894

Techn. 163 cpi

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11889334-7